



tu technische universität
dortmund



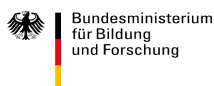
Technische Universität Dortmund
Sozialforschungsstelle

Ursula Ammon
unter Mitarbeit von
Ulrich Pröll und Jens Maylandt

**Handlungspotenziale von Industrie- und Handelskammern
für die gesundheitliche Prävention in kleinen Unternehmen**

**Werkstattbericht WB-01
aus dem BMBF-Verbundprojekt PräTrans**

Das Verbundvorhaben „Transferpotenziale von Kammern und Fachverbänden für gesundheitliche Prävention in Klein- und Ein-Personen-Unternehmen“ (Fkz. 01FA0646/47) wird gefördert von



**Fokusgruppe:
Überbetriebliche Allianzen
für präventive Arbeitsgestaltung**

Dortmund, September 2009

Inhalt

1	Einleitung	4
1.1	Der Forschungs- und Entwicklungskontext des Verbundvorhabens PräTrans	4
1.2	Funktion, Inhalt und Datenbasis dieses Werkstattberichtes	6
2	Organisatorisch-institutionelle Rahmenbedingungen der Industrie- und Handelskammern	7
2.1	Vorbemerkung: Kammerwesen und funktionale Selbstverwaltung	7
2.2	Industrie- und Handelskammern als Selbstverwaltungseinrichtungen der Gewerbtreibenden	8
2.2.1	Mitgliedschaft und Aufbau	8
2.2.2	Gesetzlicher Auftrag und historische Wurzeln	9
2.2.3	Pflichtmitgliedschaft und Beitragszwang	12
2.2.4	Aufgaben und Leistungen	15
2.2.5	Finanzielle Ressourcen	19
2.3	Organisationsstruktur und Personalausstattung	21
2.3.1	Örtliche Kammerebene	21
2.3.2	Überregionale Verbandsebene und der Dachverband DIHK	23
2.3.3	Personal	28
2.4	Leitbild und Selbstverständnis: Zentrales „Markenleitbild IHK“	30
2.5	Selbstverwaltung und Mitglieder-Engagement	31
3	Industrie- und Handelskammern als Kommunikations- plattform und Dienstleister für ihre Mitglieder	34
3.1	Allgemeines Kommunikations- und Dienstleistungsprofil	34
3.1.1	Online- und Print-Informationen	34
3.1.2	Direkte Kommunikation	36
3.1.3	Fort- und Weiterbildung	37
3.2	Arbeit und Gesundheit als Thema der Kammerarbeit	38
3.2.1	Gesundheitswirtschaft und betriebliche Gesundheitsförderung	38
3.2.2	Arbeits- und Gesundheitsschutz als Kammerthema	40
3.2.3	Fallbeispiele und Modellprojekte	42
3.2.4	Gesundheit als Thema der Weiterbildung	44

4	Executive Summary: Potenzialprofile und Entwicklungsoptionen.....	46
4.1	Spezifische Handlungspotenziale der IHK-Organisation für kleinbetriebliches Gesundheitsmanagement	46
4.2	Modellaktivitäten im IHK-Sektor	50
4.2.1	Teilprojekt A: Curriculare Integration betrieblichen Gesundheitsmanagements in einen IHK- Zertifikatslehrgang „Personalentwicklung in KMU“	50
4.2.2	Teilprojekt B: Regionales Agenda Setting für BGM – Moderation eines Strategie orientierten Erfahrungsaustausches in der IHK-Organisation.....	51
5	Quellen und Anlagen	53
5.1	Wissenschaftliche Literatur	53
5.2	Veröffentlichungen aus der IHK-Organisation	55
5.3	Anlagen	57

1 Einleitung

1.1 Der Forschungs- und Entwicklungskontext des Verbundvorhabens PräTrans

Das BMBF-Verbundvorhaben **PräTrans** (www.gesundheit-unternehmen.de) untersucht und erprobt die spezifischen Einwirkungsmöglichkeiten von Branchenverbänden, Wirtschafts- und Berufskammern auf kleinbetriebliches Gesundheitsmanagement.

Die bisherige Forschung und Entwicklung zur Prävention in Kleinunternehmen belegt eindrücklich, dass der *Einbettung von Gesundheitsaspekten in professionelle unternehmerische Routine* eine entscheidende Rolle zukommt, für die wachsende Teilgruppe der Allein-Selbstständigen ist dies der einzig denkbare Ansatzpunkt. Die zentrale These des Projektes *PräTrans* lautet deshalb, dass die Organisationen der Selbstständigen auf dieses *embedding* Einfluss nehmen können, weil und soweit sie Anteil an der Generierung unternehmerischer Leitbilder, beruflicher Standards und praktischer Kompetenzen ihrer Mitglieder haben. Unter dieser Perspektive sind also vor allem die etablierten Funktionsbereiche dieser Organisationen wie Fort- und Weiterbildung, Information, Beratung, Erfahrungsaustausch, Branchen- und Professionspolitik auf ihr präventionspraktisches Potenzial hin zu untersuchen und weiter zu entwickeln.

Bei der Identifizierung und Erprobung solcher - bislang weitgehend ungenutzter - Transferpotenziale richtet *PräTrans* seine Aufmerksamkeit auf alle relevanten Typen von Kammern und Fachverbänden: das IHK-System, die Handwerksorganisation, ausgewählte Berufskammern, Wirtschaftsverbände und das Beraternetzwerk des RKW. Wichtige Dach- und Einzelorganisationen des Feldes sind als Unterstützer und Kooperationspartner beteiligt.

Eine weitere empirische Prämisse des Projektes ist der enge Zusammenhang zwischen dem persönlichen Gesundheitsstil der Unternehmensleitung mit der betrieblichen Präventionskultur. Wegen der vergleichsweise engen alltäglichen Einbindung in das Betriebsgeschehen hat gerade in Kleinunternehmen die persönliche Perspektive der Inhaber/innen auf Gesundheit bei der Erwerbsarbeit großen Einfluss auf die „Gesundheitskultur“ des Unternehmens. Persönliche („entrepreneuriale“) Prävention und betriebliches Gesundheitsmanagement (im Sinne von Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung) werden deshalb in *PräTrans* als präventionsstrategischer Zusammenhang gesehen und behandelt (vgl. Pröll u.a. 2007).

Die erste Projektphase von *PräTrans* (bis etwa Ende 2007) diente dazu, die themenspezifischen Kommunikations- und Servicepotenziale der unterschiedlichen Kammer- und Verbandstypen in ihren Mitglieder bezogenen Funktionsbereichen systematisch empirisch zu analysieren. Gesucht wurde nach bislang nicht oder wenig beachteten Transferkanälen, thematischen Andockstellen und ausbau- bzw. transferfähigen Insellösungen (*good practice*) für die Integration von Präventionsthemen.

Parallel wurden zielgruppen- und transfertaugliche Informationsbausteine, Instrumente und Dienstleistungsangebote zur Prävention inventarisiert und so aufbereitet, dass sie später für die Akteure des Kammer- und Verbandesystems direkt (online) und nachfragegerecht verfügbar sind. In einem weiteren analytischen Untersuchungsteil wurden (und werden) die Bedarfslagen und Erwartungshaltungen der Zielgruppe - im Kontext dieses Projektes sind dies die Mitglieder der betrachteten Organisationen, insbesondere die unternehmerisch Tätigen - in Bezug auf Erwerbsarbeit und Gesundheit näher ausgeleuchtet, um den Transferträgern Anhaltspunkte für eine gezielte und erfolgreiche Mitgliederkommunikation zum Thema „Erwerbsarbeit und Gesundheit“ zu liefern.

Die Ergebnisse dieser Potenzialabschätzung („sektorale Potenzialprofile“) wurden ab Ende 2007 sukzessive in Workshops gemeinsam mit strategischen Partnern des Vorhabens ausgewertet und zur Grundlage von Modell- und Pilotprojekten gemacht. In der damit eingeleiteten zweiten Projektphase (ab 2008) werden in „Entwicklungspartnerschaften“ mit einzelnen Kammern und Verbänden „praktische Machbarkeitsstudien“ durchgeführt, in denen verschiedene Wege der Themenintegration erprobt und zu prototypischen Konzepten aufbereitet werden. Dabei sollen jeweils sektortypische Potenziale, Kernkompetenzen und Alleinstellungsmerkmale genutzt werden, z.B. hinsichtlich des Mitgliederfokus, der Transferwege (Bildung, Beratung etc.) und der konkreten Themenschwerpunkte und -kombinationen. Auf diese Weise wird ein breites Erfahrungsfeld effizient bearbeitet und für die einzelnen Modellentwicklungen sinkt das Risiko der Überforderung oder Verzettelung. In der Projektterminologie bezeichnen wir diese arbeitsteilig vernetzte Versuchsanlage als „Baustellenkonzept“.

Erfolgreich pilotierte Problemlösungen, Werkzeuge, Curricula und Informationsmodule werden systematisiert und auf einem beim RKW angesiedelten Internet-Portal für den Breitentransfer der Kammern und Verbände bereit gestellt und dauerhaft gepflegt. Diese Kommunikationsplattform soll sich dauerhaft zum Impulsgeber und Kommunikationsforum für das zentrale *PräTrans*-Thema entwickeln.

1.2 Funktion, Inhalt und Datenbasis dieses Werkstattberichtes

Dieser Bericht dokumentiert Untersuchungsergebnisse im mitgliederstärksten der fünf Kernsektoren des Forschungs- und Entwicklungsprogramms von *PräTrans*, den **Industrie- und Handelskammern (IHKs)**. Weitere Teilberichte widmen sich jeweils den Bereichen Berufskammern, den Handwerkskammern, den Wirtschaftsverbänden und dem RKW-Netzwerk.

Um Handlungspotenziale für die Beförderung gesundheitlicher Prävention im kleinbetrieblichen Milieu identifizieren zu können, werden im Folgenden der gesetzliche Auftrag, die organisatorischen Strukturen der IHK-Organisation und ihr Mitgliederbezug, die Personalausstattung der Mitgliederbetreuung, Aufgaben- und Aktivitätsschwerpunkte, die institutionellen Rahmenbedingungen für die Generierung und Integration neuer Themen sowie beispielgebende Projekte und innovative Ansätze untersucht.

Empirische Grundlagen für die nachfolgenden Ausführungen sind zum einen intensive Internetrecherchen auf den Homepages des DIHK und einer Vielzahl von örtlichen IHKs, die einen breiten Überblick über Organisationsstrukturen, aktuelle Themenagenden, Mitgliederkommunikation, Dienstleistungen und Selbstdarstellungen liefern. Zum anderen wurden ausführliche Gespräche und Interviews mit IHK-VertreterInnen auf der zentralen (DIHK) und örtlichen Ebene (IHK Nürnberg (Erlangen), Berlin, Dortmund, Halle-Dessau und HK Hamburg) sowie mit der Bildungs GmbH des DIHK geführt. Weiterhin wurde in allen Interviews mit Kleinunternehmer/innen aus verschiedenen Branchen gefragt, wie sie die Kammer wahrnehmen, wie sie sich an der Kammerarbeit beteiligen und was sie von der Kammer erwarten.

Weiterhin wurden systematische Internetrecherchen zu den beiden Themenfeldern „Gesundheitswirtschaft“ (auf der Basis einer DIHK-Umfrage 2007) und „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ (50%-Stichprobe der IHKs), die nicht zum Pflichtaufgabenbereich der IHKs gehören, durchgeführt, um Hinweise zu bekommen, inwieweit aus diesen beiden Aktivitätsbereichen heraus, Fragen der betrieblichen Gesundheitsförderung und insbesondere auch der Prävention für den/die Unternehmer/in selbst von Kammern thematisiert werden und in welcher Form dies geschieht.

Selbstverständlich wurde auch die einschlägige wissenschaftliche Literatur ausgewertet. In der Forschung bzw. wissenschaftlichen Debatte sind die institutionelle Verfasstheit und Entwicklung der Wirtschaftskammern sowie deren spezifische Handlungsprobleme ein Thema von wenigen Spezialisten, hauptsächlich der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Deren Beiträge zur Zulässigkeit der Pflichtmitgliedschaft und Effizienz der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sind daher für eine Potenzialabschätzung von besonderem Belang. Die insbesondere politikwissenschaftliche Diskussion der korporatistischen Interessendurchsetzung der 1970er und 1980er Jahre

und neuerdings wieder vermehrt die Diskussion über Lobbyismus (vgl. Leif/Speth 2003; 2006) erweist sich hingegen für den Zweck der Abschätzung der Handlungspotenziale *innerhalb* der IHK-Organisation als nicht brauchbar. Verbändetheorien (vgl. von Alemann 1987; Sebaldt 1997) und Theorien des Dritten Sektors (vgl. Zimmer/Priller 2007) wiederum beziehen sich auf Non-Profit-Organisationen mit freiwilliger Mitgliedschaft und klammern von daher die Kammern aus. Deren Sonderstatus als öffentlich-rechtliche Körperschaften mit Pflichtmitgliedschaft im Vergleich zu Wirtschaftsverbänden (mit freiwilliger Mitgliedschaft) und tripartistischen Organisationen (wie z. B. dem RKW) wird durch sie allerdings deutlich (vgl. Übersicht bei Sebaldt/Straßner 2004, 57f.).

2 Organisatorisch-institutionelle Rahmenbedingungen der Industrie- und Handelskammern

2.1 Vorbemerkung: Kammerwesen und funktionale Selbstverwaltung

In der Fachliteratur zeichnet sich ein interdisziplinärer Konsens ab, das deutsche Kammerwesen aus seiner Kernaufgabe *funktionaler Selbstverwaltung* heraus zu analysieren. Funktionale Selbstverwaltung unterscheidet sich von der kommunalen Selbstverwaltung durch ihren Subsystembezug und umfasst neben wirtschaftlichen bzw. beruflichen (Wirtschafts- und Berufskammern) noch die akademische (Hochschulen) und die soziale Selbstverwaltung (Sozialversicherungsträger) (Hendler 2002; Kluth 2002, 1999). Gemeinsam ist allen die unter staatlicher Rechtsaufsicht (z.T. auch Fachaufsicht) stehende, zumeist auf Pflichtmitgliedschaft basierende demokratische Regelung eigener Belange im Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Da die Körperschaften Teil der öffentlichen Verwaltung sind, steht ihren Mitgliedern Rechtsschutz durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit zu. Die Industrie- und Handelskammern sind eine von vier „ständischen“ Varianten der Selbstverwaltung¹, die historisch aus den Korporationen der Kaufleute und Gewerbetreibenden hervorgegangen sind.

Wie sich zeigen wird, nehmen die IHKs wegen ihrer Größe, Branchenheterogenität und Statushomogenität auch innerhalb des deutschen Kammerwesens eine besondere Rolle ein. Bei der zentralen Frage von *PräTrans*, wie IHKs ein Aufgabenfeld wie

¹ Die drei anderen sind die in die Handwerksorganisation integrierten Handwerkskammern, die Berufskammern der Freien Berufe sowie die Landwirtschaftskammern. Zu erwähnen sind auch noch die vereinzelt in Deutschland als Pflichtkorporationen der Arbeitnehmerschaft bestehenden Arbeitskammer im Saarland und die Arbeitnehmerkammer in Bremen (vormals getrennte Kammern von Arbeiter/innen und Angestellten).

das der betrieblichen Gesundheitsförderung integrieren können, sind aus sozialwissenschaftlicher Sicht die institutionellen Dynamiken zu beachten, die dies befördern oder hemmen oder gar verhindern können (vgl. Czada/Schimank 2000).

2.2 Industrie- und Handelskammern als Selbstverwaltungseinrichtungen der Gewerbetreibenden

2.2.1 Mitgliedschaft und Aufbau

Gegenüber den anderen in *PräTrans* betrachteten Kammern zeichnen sich die IHKs einerseits durch eine große Branchenheterogenität, andererseits aber Statushomogenität aus. Mitglieder sind alle Unternehmen und selbstständig tätigen Personen aller Branchen, Betriebsgrößen und Rechtsformen, außer denen, die dem Handwerk oder Freien Berufen mit eigenen Kammerorganisationen angehören². Lediglich kommunale Eigenbetriebe sind nicht zur Mitgliedschaft verpflichtet, können aber freiwillig Mitglied sein (vgl. DIHK 2004). In den IHKs sind also alle Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, Baugewerbes, Handels und der weiteren privatwirtschaftlichen Dienstleistungsbranchen zusammengefasst.

Mitglied ist das Unternehmen, dessen Wahlrecht allein durch den Unternehmer wahrgenommen wird. Die Kammermitgliedschaft besteht also ausschließlich aus Personen in aktiver unternehmerischer Entscheidungsfunktion. Mithin sind auch die Gremienfunktionen in einer IHK an eine aktive unternehmerische Praxis gebunden³. Der Kammer-Organisation mit ihren hauptamtlichen Funktionären steht also ein starkes Gegengewicht auf der ehrenamtlichen Seite entgegen.

In der Bundesrepublik gibt es insgesamt 80 IHKs⁴. Maßgeblich für die regionale Untergliederung ist der föderale Aufbau der Bundesrepublik. Für den regionalen Zuschnitt der IHKs sind die Bundesländer zuständig. Mithin folgen die Grenzen der

² Mitglied einer IHK sind natürliche Personen, Handelsgesellschaften und andere nicht rechtsfähige Personenmehrheiten, die zur Gewerbesteuer veranlagt sind. Darüber hinaus besteht die Pflichtmitgliedschaft für juristische Personen des privaten und des öffentlichen Rechts, die eine gewerbliche Niederlassung, eine Betriebsstätte oder eine Verkaufsstelle im jeweiligen Kammerbezirk unterhalten (vgl. IHKG § 2 (1)).

³ Im jüngsten Fall eines bekannt gewordenen Führungskonfliktes, den in der IHK Frankfurt/Main (2006/2007), entzündete sich die Auseinandersetzung in den Gremien daran, dass die aktive unternehmerische Tätigkeit des Präsidenten in Zweifel gezogen wurde. Der Konflikt wurde mit dem Rücktritt des Präsidenten und der Neuwahl des Präsidiums beendet (vgl. div. Artikel in der Frankfurter Rundschau zwischen 12.01.2007 und 28.06.2007).

⁴ Hinzu kommen noch über 50 Außenhandelskammern, die durch Serviceangebote die Wirtschaftsbeziehungen zu den jeweiligen Partnerländern verbessern sollen (Kluth u.a. 2004, 9).

IHKs zum einen den Grenzen der Bundesländer und innerhalb der Bundesländer den kommunalen Gebietskörperschaften oder der mittelinstantzlichen Ebene der Landesverwaltung (Bezirksregierungen). In drei Bundesländern gibt es jeweils nur eine IHK: in Berlin, Hamburg und im Saarland. NRW hat mit 16 die meisten IHK-Bezirke. Im Regelfall umfassen die IHK-Bezirke mehrere kreisfreie Städte oder Landkreise. Einige Kammerbezirke sind deckungsgleich mit den jeweiligen Regierungsbezirken (Nürnberg für Mittelfranken, München und Oberbayern, Augsburg für Schwaben).

Nach Angaben des DIHK (DIHK 2007b) beträgt die Mitgliederzahl aller IHKs 3,6 Millionen Unternehmen. Die IHK München und Oberbayern ist mit 209.000 Mitgliedern die größte IHK. Die IHK Berlin hat fast 203.000 Mitglieder und ist damit zweitgrößte deutsche IHK. Bildet man den Mittelwert für die 80 IHKs, beträgt die durchschnittliche Mitgliederzahl pro Kammer ca. 45.000 Mitglieder. Dieser Wert trifft annähernd beispielsweise für die IHK Magdeburg im Jahr 2005 (ca. 46.000 Mitglieder) zu (vgl. IHK Magdeburg 2006).

Die Mitgliedschaft umfasst sowohl Ein-Personen-Unternehmen (sog. Solo-Selbstständige), deren Anteil im Zuge des Gründungsbooms seit den 1990er Jahren deutlich zugenommen hat, als auch, je nach Kammerbezirk, Hauptbetriebsstandorte von Großkonzernunternehmen (z.B. IHK Wolfsburg-Lüneburg, IHK Pfalz (Ludwigshafen), IHK Frankfurt/Main, IHK für München und Oberbayern). Je nach regionaler Betriebsgrößen- und Branchenstruktur variieren die Anzahl und Zusammensetzung der Mitgliedschaft einer IHK sowie die faktische Bedeutung bestimmter Betriebsgrößen merklich.

Insgesamt ist die Struktur der IHK-Mitgliedschaft im Wesentlichen deckungsgleich mit der Betriebsgrößen- und Branchenverteilung der gewerblichen Wirtschaft. Danach haben 99,9% der 3,53 Millionen Unternehmen in Deutschland (2006) bis zu 499 Beschäftigte und einen Jahresumsatz bis zu 50 Mill. € (IfM Bonn 2009). Allein 91,7% der Unternehmen haben bis zu neun Beschäftigte, weitere 6,7% 10-49 Beschäftigte, 1,5% 50-249 Beschäftigte und 0,18% 250-499 Beschäftigte. Sowohl die Vielzahl der kleinen und Kleinstunternehmen als auch Großunternehmen stellen in organisationspolitischer Hinsicht eine besondere Herausforderung für die IHKs dar.

2.2.2 Gesetzlicher Auftrag und historische Wurzeln

Industrie- und Handelskammern (IHKs) als Selbstverwaltungseinrichtungen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, deren Auftrag durch die Gesetzgeber des Bundes und der jeweiligen Bundesländer festgelegt wird. Ihre rechtlichen Grundlagen

sind das „Gesetz zur vorläufigen⁵ Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern“ (IHKG) von 1956 und ergänzende Landesgesetze (die insb. die Rechtsaufsicht durch die Länder regeln).

In § 1 des IHKG wird als Auftrag der IHKs formuliert,

- das Gesamtinteresse aller Gewerbetreibenden (soweit sie nicht der Handwerksordnung unterliegen) im jeweiligen Kammerbezirk zu vertreten,
- die gewerbliche Wirtschaft zu fördern und dabei die wirtschaftlichen Interessen einzelner Gewerbezweige oder Betriebe abwägend und ausgleichend zu berücksichtigen,
- die Behörden durch Vorschläge, Gutachten und Berichte zu unterstützen und zu beraten,
- Maßnahmen zur Umsetzung und Förderung der Berufsbildung zu treffen⁶ und
- „für die Wahrung von Anstand und Sitte des ehrbaren Kaufmanns zu wirken“ (vgl. DIHK 2004: 11, 18).

In ihrer Sonderstellung zwischen Staat und Unternehmen haben die IHKs eine doppelte Funktion: Zum einen nehmen sie hoheitliche Aufgaben im Auftrag und unter Rechtsaufsicht des Staates wahr und zum Anderen vertreten sie die Belange aller Mitglieder gegenüber Staat, Politik und Öffentlichkeit (s. Sebaldt/Straßner, 2004, 219). Um repräsentativ für die Wirtschaft („Parlament der Wirtschaft“) sprechen zu können, sind alle Gewerbetreibende zur Mitgliedschaft gesetzlich verpflichtet. Zur gleichmäßigen und eindeutigen Durchsetzung der hoheitlichen Akte wird den IHKs ein Gebietsmonopol zugestanden. Sie stehen hier nicht in Konkurrenz zu anderen Kammern, Behörden oder Verbänden. Die Wahrnehmung ihrer Aufgaben regeln die IHKs autonom in der Selbstverwaltung nach demokratischen Regeln und unterliegen hierbei nur der staatlichen Rechtsaufsicht und der öffentlichen Finanzaufsicht.

Ausdrücklich nicht zu den Aufgaben der IHKs gehört „die Wahrnehmung sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Interessen“ ihrer Mitgliedschaft (§ 1 Abs. 5 IHKG).

Die Pflichtmitgliedschaft in Kammern, insbesondere in den IHKs, stand bereits in ihrer Etablierungsphase im Deutschen Reich und später immer wieder in der Kritik aus liberaler Perspektive. Aufgrund der steten Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts und in jüngerer Zeit auch des EuGH steht die Rechtmäßigkeit der

⁵ Da es nach 1945 unterschiedliche Auffassungen über die Selbstverwaltung (Pflicht- vs. freiwillige Mitgliedschaft, mit vs. ohne „Arbeitnehmerbank“) gab, kam es erst 1956 zu dieser Vereinheitlichung der Kammern, die zunächst nur vorläufig sein sollte (Kluth u.a. 2004; Schmidt-Trenz 1996).

⁶ Die Zuständigkeit der IHKs wird durch das Berufsbildungsgesetz präzisiert.

IHKs nicht in Zweifel. Auch wurde die Pflichtmitgliedschaft mehrfach von einer Mehrheit im Bundestag bestätigt, wenngleich allerdings mit Erwartungen hinsichtlich stetiger Leistungsverbesserungen für die Mitglieder sowie mehr Transparenz und sparsamem Umgang mit den Mitgliedereinnahmen verknüpft (vgl. Bundesregierung 2002; 2004). Der Fortbestand der IHKs ist damit auch politisch einstweilen als gesichert anzusehen (Kluth 2002b)⁷.

Wesentliche Merkmale der Rechtsverfassung der IHKs nach IHKG sind folgende (s. Schmidt-Trenz 2006, 160):

- Die Pflichtmitgliedschaft aller Gewerbetreibenden im jeweiligen Kammerbezirk mit Beitragszwang,
- das Recht der Mitglieder, eine parlamentarische Vertretung („Vollversammlung“) zu wählen, die aktive Unternehmer bzw. Vertretungsberechtigte sein müssen,
- Haushaltsrecht und Personalhoheit liegen bei dieser Vollversammlung, die oberstes Beschlussorgan ist und aus ihrer Mitte das ehrenamtlich tätige Präsidium und die hauptamtlich tätige Hauptgeschäftsführung wählt,
- die Delegation der laufenden Geschäfte der Kammer an eine/n Hauptgeschäftsführer/in, der/die von der Vollversammlung bestellt wird,
- die rechtsgeschäftliche Vertretung der IHK durch den Präsidenten und den/die Hauptgeschäftsführer/in gemeinsam,
- die Finanzaufsicht durch einen unabhängigen öffentlichen Rechnungshof und
- die Rechtsaufsicht durch die zuständigen Ministerien der Bundesländer.

Vergleichbare Kammern auf gesetzlicher Grundlage mit Pflichtmitgliedschaft gibt es in der EU auch in Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Luxemburg, Italien, Spanien, Griechenland und Slowenien (vgl. Kluth u.a. 2004, 11).

Die IHKs in der heutigen Form als öffentlich-rechtliche Körperschaften beruhen auf dem preußischen Kammerrecht. Sie wurden 1848 im preußischen Staatsgebiet eingerichtet und nach der Reichsgründung 1871 auch in den übrigen Gebieten sukzessive übernommen. Im Zuge der Industrialisierung haben sie den neuen, stark wachsenden Bereich der Industrieunternehmen organisiert und sind zum mitgliederstärksten Kammersektor in Deutschland aufgestiegen.

⁷ Nach einer jüngeren Lehrmeinung im Kammerrecht wird allerdings Reformbedarf dahingehend gesehen, dass das Selbstverwaltungsprinzip durch mehr demokratische Beteiligungsrechte der Mitglieder u.a. gestärkt werden sollte (Kluth 2002b).

Mit dem preußischen Kammerrecht wurden verschiedene, konkurrierende Formen von Unternehmervereinigungen vereinheitlicht: Die Kaufmannsorganisationen der freien Reichsstädte und in Teilen von Preußen als freiwillige Zusammenschlüsse von Kaufleuten zur gemeinsamen Interessenvertretung, die Beratungsgremien der absolutistischen Fürsten im Zeitalter des Merkantilismus und die napoleonischen Kammergründungen in den französisch besetzten Gebieten, wobei die Kaufmannschaften in starkem Maße Vorbild für das preußische Kammerrecht waren (Schmidt-Trenz 2006, 159f., Ullmann 1988, Hendler 2002, Kluth u.a. 2004, 4). Nach Aussagen von Interviewpartnern wirken die verschiedenen Ursprünge der Kammern nach und prägen noch heute unterschiedliche „Kammerkulturen“.

Das preußische Kammerrecht beruht auf der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung nach der Staatsphilosophie des Freiherrn von Stein, die zunächst auf der Gemeindeebene eingeführt wurde. Damit wurde nicht nur die demokratische Teilhabe der Bürger an der Gesetzgebung sondern auch an der Exekutive in Form einer bürgernahen öffentlichen Verwaltung begründet. Der Gedanke der Selbstverwaltung wurde mit den Kammergründungen auf die „Wirtschaftsbürger“ übertragen, mit der zweifachen Funktion der Kammern, die Interessen der Kaufleute gegenüber dem Staat zu vertreten und gleichzeitig im Auftrag des Staates die sie betreffenden Angelegenheiten selbst zu verwalten. Von Staatsseite wurde damit bezweckt, diese Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung wegen der Sachkunde der Kammermitglieder sachgerechter und effizienter erledigt zu bekommen und sich dadurch zu entlasten.

1919 wurde die Beitragspflicht bzw. das Recht zur Beitragserhebung eingeführt. 1924 wurde das Verbot der Wählbarkeit von Frauen aufgehoben und der einheitliche Begriff „Industrie- und Handelskammer“ eingeführt (iFK o.J.)⁸.

Im Folgenden werden nun das konstitutive Merkmal der Pflichtmitgliedschaft sowie Aufgaben, Ressourcen, Organisationsstrukturen, Gremienstrukturen und Mitgliederengagement sowie Leitbild und Selbstverständnis näher beleuchtet.

2.2.3 Pflichtmitgliedschaft und Beitragszwang

Die Mitgliedschaft von Unternehmen in einer IHK ist mit der Entrichtung von Beiträgen verbunden. Dass *alle* IHK-Mitglieder einen Beitrag entrichten müssen, ist erst mit der Novelle des IHK-Gesetzes 1994 eingeführt worden⁹. Bis 1995 war die Hälfte der

⁸ Die Kammern in Hamburg und Bremen, früh entstanden als freie Korporationen der Kaufleute, dürfen nach IHKG § 13 weiterhin den Namen „Handelskammer“ führen.

⁹ Voraus ging die Klage einer Frankfurter Großbank gegen die Beitragsbefreiung der kleinen Unternehmen, die allerdings vom Bundesverwaltungsgericht 1990 als rechtmäßig anerkannt wurde (vgl. IHK-Verweigerer o.J.).

IHK-Mitglieder beitragsfrei, was einer Anzahl von mehr als 1,5 Mio. Gewerbetreibenden entsprach (vgl. Schmidt-Trenz 2006, 161). Die IHKs hatten damit – nach den Definitionen der ökonomischen Theorie kollektiven Handelns (vgl. Schmidt-Trenz 2006; Goltz 2002) – ein massives Kontributionsproblem, das Problem des sog. Trittbrettfahrtums bei der Herstellung von Kollektivgütern. Alle Mitglieder hatten von den Leistungen profitiert und genossen volles Wahlrecht für die Vollversammlung, aber nur die Hälfte hatte sich an der Aufbringung der Kosten beteiligt. Mit einem Schlag wurde nun 1994 ein erheblicher Teil der Gewerbetreibenden beitragspflichtig, was die Kritik an der Pflichtmitgliedschaft mit Beitragszwang und den Leistungen der IHKs bis hin zur Anstrengung einer Verfassungsklage enorm beflügelte¹⁰. Noch bevor das BverfG 2001 die Pflichtmitgliedschaft mit Beitragszwang bestätigte, wurde 1998 das IHKG erneut geändert (IHKÄndG) und 1999 die Beitragsfreiheit für Kleinstgewerbetreibende (zur Definition s. Kap. 2.2.6) wieder eingeführt. Damit sind wieder ca. ein Drittel der IHK-Mitglieder beitragsfrei gestellt worden (s. ebd., 162).

Über alle Kammern hinweg blieb aber für einen Anteil von 15-20% der Mitglieder die Beitragspflicht erhalten, die bis 1994 noch beitragsfrei waren. Dieser Mitgliederanteil, der je nach regionaler Betriebsgrößenstruktur auch noch höher ausfallen kann, ist somit von der Beitragspflicht unverhältnismäßig stark betroffen, da ihr Jahresertrag bescheiden ausfällt, aber über der Freistellungsgrenze liegt. Ihre Unzufriedenheit mit den „Gegenleistungen“ der IHK dürfte stark ausgeprägt sein. Da diese Betriebsinhaber/innen aber auch stark durch die Betriebs- bzw. Existenzsicherung in Anspruch genommen werden, nehmen sie ihre Mitwirkungsrechte in der Kammer wenig bis gar nicht wahr, was in unseren mit Kleinunternehmer/innen und Solo-Selbstständigen bestätigt worden ist. Aus Sicht der Kammerorganisation stellen sie mithin eine „schwierige“ Mitgliedergruppe dar. Nach Schmidt-Trenz (2006, 163), der sich auf eine Mitgliederbefragung der IHK Karlsruhe von 1994 bezieht, korreliert die Wahrnehmung, dass die Leistungserbringung durch die IHK von hoher Qualität sei, mit der Nähe der Befragten zum Kammergeschehen. Auch eine IHK-Umfrage aus dem Jahr 2005 bestätigte, dass insbesondere die Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten mit der Kammer unzufrieden sind, wohingegen zwei Drittel bis drei Viertel der größeren Unternehmen sich zufrieden äußern (zit. nach Sack u.a. 2008, 144).

Am anderen Ende der Betriebsgrößenskala können Großunternehmen, wenn sie unzufrieden mit der Kammer sind, auf diese Druck ausüben, in dem sie mit dem Austritt bzw. der Betriebsverlagerung drohen und politisches Lobbying für ihre Interessen

¹⁰ 1996 wurde von 350 Gewerbetreibenden im Kammerbezirk Dortmund der IHK-Verweigerer e.V. gegründet (www.ihk-verweigerer.de). Nach eigenen Angaben sind die Kammerkritiker seit 2000 in allen Kammerbezirken organisiert und versuchen, auf die IHK-Vollversammlungen einzuwirken. Weitere Kritiker(gruppen) bleiben hier wegen sehr polemischer Äußerungen und unangemessener historischer Vergleiche außer Betracht.

organisieren können. Sie sind weder in Bezug auf die Dienstleistungen noch in Fragen der Interessenvertretung gegenüber dem Staat bzw. der Politik auf die Kammer angewiesen.

Im Zeitraum bis 2001 haben fast alle IHKs die Umlagesätze deutlich gesenkt und 35 IHKs außerdem den Grundbeitrag reduziert. Der durchschnittliche Anteil der beitragsbefreiten Mitglieder ist danach leicht auf 36,4% gestiegen. Durchschnittlich 2% der IHK-Mitglieder wurde der Beitrag wegen unbilliger Härte ganz erlassen. Gleichwohl blieben die Widersprüche gegen die Beitragsbescheide hoch und die Zahl der Klagen nahm sogar deutlich zu¹¹.

Von Kammerkritikern¹² wird die obligatorische Mitgliedschaft und die Erhebung eines Pflichtbeitrags grundsätzlich in Frage gestellt¹³ (vgl. Schrecker u. a. 2003; IHK-Verweigerer, o.J., b). Die Pflichtmitgliedschaft wird als historisch überholte, nicht sachgerechte¹⁴ und unzumutbare, mithin verfassungswidrige Einschränkung der Vereinigungs- und Berufsfreiheit des Unternehmers angesehen. Der Pflichtbeitrag wird sowohl in der Höhe als inadäquat zu den Kammerleistungen als auch wegen der gröÙenselektiven Wirkung der Beitragsbemessung abgelehnt.

Zur Akzeptanz der Pflichtmitgliedschaft bei den Mitgliedern ließ die Handelskammer Hamburg 2004 und 2005 jeweils eine repräsentative Auswahl von Hamburger Unternehmen befragen (s. Schmidt-Trenz 2006, 162). Danach sahen 59% (2005) bzw. 52% (2004) die Pflichtmitgliedschaft als vorteilhaft für die Erbringung hoheitlicher Aufgaben an. Die hypothetische Frage, ob sie freiwillig Mitglied blieben, falls die Pflichtmitgliedschaft entfiel, bejahten 33% der Unternehmen uneingeschränkt und weitere 41% (2005) bzw. 42% (2004) „unter bestimmten Bedingungen“. Schmidt-Trenz, der Hauptgeschäftsführer der Hamburger Kammer ist, kommt darauf hin zum Schluss, dass im Fall der Handelskammer Hamburg „durchaus eine mehrheitliche Zustimmung der Mitglieder zur kammergesetzlichen Konstruktion der Kollektivgutproduktion (existiere), wenngleich diese Mehrheit nicht besonders groß ist“ (ebd).

¹¹ Durchschnittlich 10 Klagen pro IHK im Jahr 2000

¹² Im Januar 2009 haben sich die verschiedenen Gruppen von Kammerkritikern zu einem „Bundesverband für freie Kammern“ zusammengeschlossen (online-Mitteilung vom 19.01.09: www.kammerwatch.de/tag/bundesverband-fuer-freie-kammern).

¹³ Die Kritik richtet sich insb. gegen die IHKs und die Handwerkskammern.

¹⁴ Argumentiert wird, dass die Vertretung der Gesamtinteressen der Wirtschaft eine nicht einlösbare Aufgabe sei. In der Praxis würden vielmehr Partikularinteressen vertreten, oft auch in Konkurrenz zu anderen Verbänden. Bei den meisten der beliebten staatlichen Aufgaben fehle den Kammern die Fachkunde, so dass diese besser von anderen Branchenverbänden oder fachkundigen Stellen ausgeführt werden könnten. Eine Verletzung des Konkurrenzverbots zu den eigenen Mitgliedern wird u.a. im Bereich der Existenzgründungsberatung und Weiterbildung moniert.

Im Beschluss zur Wiedereinführung der Beitragsfreiheit für Kleinunternehmen wurde 1998 vom Bundestag zum einen klargestellt, dass die IHK als öffentlich-rechtliche Körperschaft mit Pflichtmitgliedschaft weiterhin erforderlich und sachgerecht sei¹⁵, zum anderen damit aber auch ein breiter Reformauftrag¹⁶ an die IHK-Organisation verknüpft. Grundlegende Reformen wurden insbesondere in Bezug auf „mehr Effizienz und Transparenz sowie eine stärkere Orientierung auf Selbstverwaltung, Interessenwahrnehmung und Dienstleistung für die Mitgliedsunternehmen“ sowie ein „Beitrag zur Verminderung der finanziellen Belastung der Wirtschaft“ und eine generell „noch bessere Abstimmung von Beiträgen und Leistungen“ verlangt (vgl. Bundesregierung 2002). Im Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung dieses Reformauftrags wurde dazu festgestellt, dass „deutliche Effizienzsteigerungen bei den Leistungen der IHKs“ und Fortschritte bei der Entwicklung der Mitgliedsbeiträge erzielt worden seien, aber auch weiterhin erwartet werde, dass die IHKs ihre Effizienz und Transparenz verbesserten (vgl. Bundesregierung 2004, 3).

Im Zuge dieses Reformauftrages wurden seit Ende der 1990er Jahre zahlreiche neue Angebote aufgebaut und organisatorische Modernisierungsprozesse eingeleitet, auf die unten (s. Kap. 2.2.2) noch ausführlicher eingegangen werden wird.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass die IHKs als öffentlich-rechtliche Körperschaften mit Pflichtmitgliedschaft und Beitragspflicht seit Anfang der 1990er Jahre unter erheblichem Rechtfertigungsdruck stehen. Außerdem hat sich im Zuge des sektoralen Strukturwandels die Struktur der Mitglieder weiter von den im Durchschnitt größeren Industrie- zu den durchschnittlich kleineren Dienstleistungsunternehmen und zu mittelständischen Unternehmen verschoben.

Im Folgenden sollen nun das Aufgabenspektrum und die finanziellen Ressourcen genauer betrachtet werden.

2.2.4 Aufgaben und Leistungen

Aufgrund ihrer Zwitterstellung zwischen Staat und Wirtschaft nehmen die IHKs, wie auch die anderen deutschen Kammern sowohl hoheitliche Aufgaben im Auftrag des Staates als auch die Kollektivinteressen ihrer Mitglieder gegenüber dem Staat bzw. der Politik wahr (vgl. DIHK 2004).

Interessenausgleich bei heterogener Mitgliedschaft

¹⁵ Im Beschluss des BVerfG vom 17.12.2001 wird der Gesetzgeber aufgefordert, ständig zu prüfen, „ob die Voraussetzungen für eine öffentlich-rechtliche Zwangskorporation noch bestehen“ (zit. nach Kluth 2002, 356).

¹⁶ Voraus ging ein Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz im November 1996.

Wie „das Gesamtinteresse aller Gewerbetreibenden wahr(zu)nehmen“ ist, liegt im Bestimmungsrecht der Selbstverwaltungsgremien jeder IHK.

Den Interessenausgleich unter allen Mitgliedern herzustellen, ist für IHKs aufgrund ihrer großen Branchenvielfalt und Betriebsgrößenspreizung ein durchaus schwieriges „Geschäft“. Themen mit per se hohem Konsenspotenzial sind bspw. die Ablehnung von zusätzlichen Anforderungen der Gesetzgeber für Unternehmen und generell Bürokratieabbau sowie, insbesondere im regionalen Rahmen, die Ausweitung von Gewerbeflächen und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Nicht verwunderlich ist es deshalb, dass IHKs als Sprachrohr der Wirtschaft immer wieder mal in Gegnerschaft zu Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen stehen (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, 222). IHKs vertreten die Interessen der ortsansässigen Wirtschaft und allgemeine, überregionale Interessen der Wirtschaft. Im Zuge der interregionalen und internationalen Konkurrenz um die lokale Entwicklung attraktiver Unternehmensstandorte und die Ansiedlung von neuen Unternehmen treten die IHKs in der Regel gemeinsam mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen auf, teilweise sind sie sogar in die Trägererschaft von überkommunalen regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften eingebunden (wie z. B. bei der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart).

Welche Themen im Rahmen des Auftrags, die Gesamtinteressen der örtlichen Wirtschaft im Kammerbezirk zu fördern, auf die Handlungsagenda kommen, hängt von der regionalen Branchen- und Betriebsstruktur, dem damit verbundenen Beitragsaufkommen und von der unterschiedlichen Wirkmächtigkeit der jeweiligen Branchen bzw. Unternehmen ab. Das zu einem erheblichen Teil ertragsabhängige Beitragsaufkommen ist vor allem maßgeblich dafür, welche innovativen Aktivitäten zur Ausfüllung des gesetzlichen Aufgabenrahmens entfaltet werden können. Im Regelfall dürfte ein gutes Beitragsaufkommen sich günstig auf IHK-Verantwortliche auswirken, zusätzliche Aufgaben wahrzunehmen und innovative Themen aufzugreifen. Allerdings müssen diese nicht nur in den Handlungsrahmen der IHK passen, sondern auch von den Mitgliedern angenommen werden, beschließen diese doch auch die Höhe der Beiträge. Ein Gegenbeispiel stellt die IHK Berlin dar, die sich Anfang der 1990er Jahre hoch verschuldete und in der Folge Kosteneinsparungen mit Personalabbau in erheblichem Umfang durchführen musste. Aus dieser Not heraus hat sie allerdings auch ihre Mitgliederorientierung überprüft und dabei neue Themen und Mitglieder-segmente „entdeckt“ (wie betriebliche Gesundheitsförderung, selbstständige Migrant/innen) (Interview, 2007).

Förderung der gewerblichen Wirtschaft

In den letzten Jahren haben im Bereich Unternehmensförderung der IHKs neue Aufgaben wie Gründungsberatung und Unternehmensnachfolge zunehmend an Bedeu-

tung gewonnen. Im Jahr 2008, einem im Vergleich zu den Jahren davor relativ gründergeschwachen Jahr, haben die IHKs insgesamt über 260.000 Einstiegsgespräche und fast 60.000 ausführliche Beratungsgespräche mit Gründungsinteressierten geführt. Zu über 23.000 Anträgen zur Förderung der Existenzgründung haben sie fachliche Stellungnahmen abgegeben. Fast 32.000 Personen haben an Gründerseminare der Kammern teilgenommen (s. zu allen Angaben DIHK 2009a).

Im Bereich der Unternehmensnachfolge in der mittelständischen Wirtschaft nahm der Beratungsbedarf im Jahr 2008 deutlich zu. Insgesamt wurden 23.800 Gespräche zur Unternehmensnachfolge geführt, davon 4.800 mit Senior-Unternehmer/innen (plus 7% gegenüber Vorjahr), die ihren Betrieb abgeben möchten, und fast 7.900 Gespräche (plus 23%) mit Übernahminteressierten. Außerdem haben über 11.000 Senior-Unternehmer/innen und Gründer/innen an entsprechenden Seminaren teilgenommen (s. zu allen Angaben DIHK 2009b).

Erstberatung für Gründungsinteressierte ist eines der neuen Dienstleistungsangebote für (potenzielle) Mitglieder, die mit den Modernisierungsprozessen in den IHKs seit den 1990er Jahren eingeführt worden sind. An weiteren Strukturen und Instrumenten, durch die das organisationsinterne Handlungspotenzial in Bezug auf Mitgliederkommunikation und -betreuung deutlich erweitert wurde, sind z. B. zu nennen die Online-Akademie, das Weiterbildungs- und Umweltinformationssysteme, Unternehmensnachfolge- und Existenzgründungsbörsen, Recycling- und Technologiebörse, Online-Schlichtung, digitale Signatur und das IHK24-Konzept für den Internetauftritt. Um die Qualität der Leistungen zu verbessern, wurden Betriebsvergleiche zwischen den Kammern und Zertifizierungen nach ISO-Normen vorgenommen. Zur Effizienzsteigerung wurden Maßnahmen der Personalentwicklung und ein computergestütztes Wissensmanagement eingeführt sowie Buchführung und Rechnungslegung auf die kaufmännische Kostenrechnung umgestellt. Mit einem einheitlichen Marketing und jährlichen Themen- und Arbeitsschwerpunkten in der gesamten IHK-Organisation sollen die Leistungen für die Wirtschaft deutlicher sichtbar werden. Im Interesse von mehr Transparenz wurde den Mitgliedern ermöglicht, an der Vollversammlung teilzunehmen und Einsicht in die Haushaltspläne zu nehmen.

Allerdings sind Dienstleistungen für IHKs ebenfalls kein unumstrittenes Feld, ihre Leistungsfähigkeit gegenüber den Mitgliedern zu zeigen, denn sie müssen dabei das Gebot der Wettbewerbsneutralität beachten. Das heißt, sie - wie auch alle anderen Kammern - dürfen mit ihrem Angebot, insbesondere ihren Dienstleistungen nicht in Konkurrenz mit den Geschäftsinteressen privatwirtschaftlicher Anbieter treten, die

gleichzeitig pflichtmäßig zu ihrer eigenen Mitgliedschaft gehören¹⁷. IHKs bieten deshalb keine (Einzel-)Beratung für Mitgliedsunternehmen, sondern nur Allgemeininformationen und Erstberatungen an und vermitteln diese dann zur substantielleren Beratung an privatwirtschaftliche Beratungsunternehmen weiter. Auch im Bereich der Fort- und Weiterbildung sind den IHKs Grenzen gesetzt, wenn im Kammerbezirk ein ausreichendes privates Angebot vorhanden ist¹⁸. Aufgabenkonform sind solche Dienstleistungen nur, wenn regionale Disparitäten in der Versorgung vorübergehend durch die Kammer ausgeglichen würden.

Die IHK-Organisation stellen darüber hinaus eine Vielzahl von Markt-, Branchen- und Länderdaten für die Mitglieder und die Öffentlichkeit zur Verfügung. Hierzu werden regelmäßig eigene Befragungen bei den Mitgliedsunternehmen, bspw. zur konjunkturellen Entwicklung und zu aktuellen politischen Themen (z. B. Steuerpolitik, Kreditkonditionen für Unternehmen als Folge der Finanzmarktkrise) durchgeführt (DIHK 2008a/b/c, 2009b/c). Außerdem werden Informationen über Ausschreibungen und Fördermöglichkeiten aller Politikebenen bekannt gemacht.

Wirtschafts- und rechtspolitische Stellungnahmen

Bei wirtschafts- und rechtspolitischen Stellungnahmen für alle politischen Handlungsebenen und die Gesetzgeber, sowie bei der Erstellung von Gutachten handelt es sich nicht um unabhängige Fachauskünfte, sondern um interessenpolitische Stellungnahmen im Namen *der* Wirtschaft in der Regel gegenüber Behörden und Politik/Gesetzgeber. Auch der Förderauftrag der IHKs wird in der Regel so wahrgenommen, dass Forderungen im Namen *der* Wirtschaft gegenüber Staat und Politik erhoben werden.

Die Belange der Wirtschaft im politischen Raum zu vertreten, ist ureigenste Aufgabe der Kammern. Wo die Grenzen legitimer politischer Stellungnahmen für die Kammern liegen, ist durchaus umstritten und hin und wieder auch Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. So hat jüngst der Verwaltungsgerichtshof von Hessen die Auffassung der beklagten IHK Kassel zurückgewiesen, dass sie legitimiert sei „an der politische Willensbildung mitzuwirken“ (zit nach Frankfurter Rundschau,

¹⁷ Vom DIHK wurden 2001 Leitlinien zur Abgrenzung gegenüber privaten Anbietern erstellt: Wettbewerbsrelevante Dienstleistungen der Industrie- und Handelskammern, Fassung vom 16.12.2001. Danach „übernehmen die IHKs in erster Linie eine Pionierfunktion, um neue Dienstleistungsmärkte zu erschließen oder zu fördern“, wozu die genannten Beispiele dienen (s. Bericht der Bundesregierung 2002, 9).

¹⁸ Dies ist in den neuen Bundesländern ein Problem. Dort haben die neugegründeten IHKs nach der deutschen Einheit zunächst das Angebot sichergestellt, da es noch keine privaten Anbieter gegeben hat. In der Folge haben sie relativ große Bildungskapazitäten aufgebaut, die sie nun reduzieren müssen, weil inzwischen ein ausreichendes privates Angebot vorhanden ist (vgl. zur rechtlichen Prüfung dieser Problematik am Beispiel der IHK Halle-Dessau: Kluth/Voigt 2002).

06.02.09). Stein des Anstoßes für die Klage eines kammerkritischen Mitgliedes war die Beteiligung der IHK Kassel an der „Limburger Erklärung“ der hessischen Kammern zum „Gewerbe- und Industriestandort Hessen“ (2004), in der zu sechs Politikfeldern von Bildungs- bis Verkehrspolitik Forderungen formuliert wurden. Bei ihren Plädoyers für Studiengebühren, Kernenergie und Ganztagsbetreuung in Schulen sah der hessische VGH die Grenze zwischen erlaubter Interessenvertretung und verbotener allgemeinpolitischer Stellungnahme als überschritten und als außerhalb der Kompetenzen der Kammer liegend an (ebd.)¹⁹.

Berufsausbildung im dualen System

Bei der dualen Ausbildung in gewerblichen und kaufmännischen Berufen nehmen die IHKs maßgebliche Aufgaben wahr. Sie wirken mit an der Erstellung neuer Berufsbilder, nehmen die Prüfungen ab, registrieren die Ausbildungsverhältnisse und Stellen die Ausbildereignung etc.

Administrative Aufgaben und Gutachtenerstellung

Darüber hinaus nehmen sie zahlreiche administrative Aufgaben zur Regelung des Geschäftsverkehrs (Ursprungszeugnisse, Bescheinigungen, Sach- und Fachkundenprüfungen, Schlichtungsverfahren, Einigungsstelle bei Wettbewerbsstreitigkeiten) wahr und stellen Gutachten aus (fachkundige Stellungnahmen z.B. in Insolvenzverfahren, bei der Vergabe von öffentlichen Krediten und Zuschüssen). In ca. 50 Einzelvorschriften verschiedener Gesetze sind ihnen weitere spezielle Aufgaben übertragen worden (vgl. DIHK 2002). Die IHKs sind berechtigt, Einrichtungen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu gründen und zu unterhalten. Die Vertretung sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Interessen ist ausdrücklich aus dem Aufgabenbereich der IHKs ausgenommen.

2.2.5 Finanzielle Ressourcen

Die Einnahmen der IHK setzen sich aus den Pflichtbeiträgen der Mitglieder, aus Gebühren und Entgelten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen und der Erstattung von Verwaltungskosten durch das jeweilige Bundesland zusammen (vgl. Kluth/Rieger 2004, 39). Die Beiträge und Erstattungen decken - definitionsgemäß - die Finanzierung der gesetzlichen Auftragsleistungen und die Leistungen für die Gesamtinteressen der Gewerbetreibenden ab, wobei der größte Teil der Einnahmen auf

¹⁹ Die Revision beim Bundesverwaltungsgericht wurde zugelassen.

die Beiträge entfällt²⁰ (vgl. DIHK 2004, 12). Die Kammern sind bei der Haushaltsplanung an die „Grundsätze einer sparsamen und wirtschaftlichen Finanzgebarung unter pfleglicher Behandlung der Leistungsfähigkeit der Kammerzugehörigen“ gebunden und unterliegen der Finanzaufsicht der jeweiligen Landesregierung (Kluth/Rieger 2004, 41).

Die Beitragszahlungen gliedern sich auf in einen Grundbeitrag und eine Umlage. Ihre Höhe und Staffelung sowie Freistellungsgrenzen werden von der Kammer-Vollversammlung jeweils autonom in der Beitragsordnung und der Haushaltssatzung im Rahmen des gesetzlichen Gestaltungsspielraums festgelegt (vgl. DIHK 2004 und IHKG §3 (2), §4). Deren jeweilige Höhe richtet sich wesentlich nach der Wirtschaftskraft des jeweiligen IHK-Mitglieds. Die Bemessung des Grundbeitrages richtet sich nach Größe und Art der Unternehmung. Die Umlage definiert sich als Prozentsatz vom Gewinn/Ertrag (Gewerbesteuermessbetrag). Solo-Selbstständige oder Unternehmungen, die nicht im Handelsregister geführt sind und einen geringeren Jahresertrag als 5.200 Euro (Kleinstgewerbetreibende) aufweisen, sind seit 1999²¹ wieder von der Pflicht zur Beitragszahlung entbunden. Für Solo-Selbstständige, die ins Handelsregister eingetragen sind, und neugegründete Unternehmen, gibt es zusätzliche Ausnahmeregelungen, wie z.B. den Erlass des Grundbeitrages in den ersten beiden Jahren oder der Umlage (in den ersten vier Jahren). Bei der Festlegung von Freistellungen muss berücksichtigt werden, dass mindestens 55% der Kammermitglieder in der Beitragspflicht verbleiben (vgl. DIHK 2004, 13).

Alle IHKs haben eine Staffelung bei den Grundbeiträgen, die je nach Kammer unterschiedlich gestaltet ist. Die Spreizung bei den Grundbeiträgen liegt zwischen 25 Euro und 3.579 Euro pro Jahr (nach Angaben der Bundesregierung für Anfang diese Jahrzehnts, vgl. Bundesregierung 2002, 5). In 54 IHKs gibt es außerdem Großbetriebsstaffeln („Jumbo-Beitrag“), damit Großunternehmen zur Finanzierung der Kammer herangezogen werden können. Angegeben wird, dass diese in der Regel zwischen 3.000 und 5.000 Euro liegen (ebd.)²².

In Folge des Auftrags der Wirtschaftsministerkonferenz bzw. des Bundestages im Zusammenhang mit der Gesetzesnovellierung 1996/1997 haben bis 2001 insgesamt 46 IHKs die Grundbeitragsstaffelung mindestens ein Mal geändert, wobei 35 IHKs die Grundbeitragslast für die Mitglieder gesenkt haben (ebd.). Der durchschnittliche

²⁰ Im Durchschnitt aller IHKs entfielen 2000 69,7% der gesamten Einnahmen auf die Beiträge, 30% allein auf die Grundbeiträge (Bundesregierung 2002, 35). In Bezirken mit ertragsschwachen Unternehmen und in konjunkturellen Tiefphasen kann der Anteil der Grundbeiträge deutlich höher liegen.

²¹ Vgl. dazu Kap. 2.2.4

²² In einigen IHKs der neuen Bundesländer auch bis zu 50.000 Euro (ebd.).

Grundbeitrag wurde von 183 € (1998) auf 164€ (2001), der Umlagesatz von 0,40% (1998) auf 0,28% (2002) gesenkt (ebd., 17f.).

2.3 Organisationsstruktur und Personalausstattung

2.3.1 Örtliche Kammerebene

Etwa zwei Drittel der IHKs folgen in der Benennung ihrer Geschäftsfelder den Empfehlungen des DIHK (vgl. DIHK o.J) und weisen folgende Hauptgeschäftsbereiche aus:

- Standortpolitik
- Starthilfe und Unternehmensförderung
- Aus- und Weiterbildung
- Innovation/Umwelt
- International
- Recht und Fairplay.

Sie bilden auch die zentralen Navigationspunkte in den vereinheitlichen Internetauftritten. Im Kern stellen sie allerdings Bezeichnungen für das Marketing der Kammern dar, die sich nur partiell in den Organisationsstrukturen abbilden.

Unter Standortpolitik wird die Stärkung der jeweiligen Wirtschaftsstandorte durch gezielte Einflussnahme auf regionale Planungsprozesse (Bebauungs-, Flächennutzungspläne, großflächige Einzelhandelsentwicklungen, Gewerberaumentwicklung, Verkehrskonzepte) und Entscheidungen der kommunalen Gebietskörperschaften (Verordnungen, Abgabenlast der Unternehmen) verstanden.

Im Geschäftsfeld Starthilfe und Unternehmensförderung ist die direkte Hilfe für Unternehmen angesiedelt. Es umfasst die Unterstützung ortsansässiger Unternehmen (Informationen über Fördermittel, Nachfolgevermittlung, Konjunkturberichte) sowie neuer Unternehmen und Existenzgründer durch Unterstützung der Ansiedlung, Gründungsberatung, Gründerbörsen, Gründertagen etc.

Bei der Aus- und Weiterbildung zeigt sich eine Schnittstelle zwischen der funktionalen und der thematischen Differenzierung der Aufgabenbereiche der IHKs. Neben den administrativen Aufgaben und der Qualitätssicherung umfasst das Geschäftsfeld „Aus- und Weiterbildung“ noch die Beratung von Auszubildenden und Auszubildenden und die (Weiter-) Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsgängen.

Im Geschäftsfeld Innovation und Umwelt werden die Aktivitäten zusammengefasst, die auf die Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen im Bereich neuer Technologien, der Umwelttechnologien und des betrieblichen Umweltschutzes abzielen. Instrumente dafür sind Technologiebörsen, Innovationsberatung, Fördermittelberatung, Umweltberatung und Umwelt-Informationssysteme. Ebenfalls ist hier der Arbeitsschutz zugeordnet.

Im Geschäftsfeld International(isierung) soll Unternehmen durch Kooperation mit den Außenhandelskammern²³ der Eintritt in ausländische Märkte erleichtert werden. Die Maßnahmen umfassen die Ausstellung von Ursprungszeugnissen, die Außenwirtschaftsberatung und Vermittlung von Geschäftskontakten, Trainings, Delegationsreisen, Messeservice etc.

Die IHKs haben den Anspruch, fairen Wettbewerb zu gewährleisten, indem sie Wettbewerb verzerrende Aktivitäten unterbinden. Im Geschäftsfeld „Recht und Fairplay“ soll deshalb die Selbstregulationsfähigkeit der Wirtschaft (Bereitstellen von Sachverständigen, Verfolgung von Wettbewerbsverstößen, Konfliktmanagement, Rechtsauskünfte, Gewerberechtsberatung, Schuldnerliste etc.) gestärkt werden.

Während auf der Ebene des DIHK diese Geschäftsfelder die horizontale Ebene einer ansatzweise matrixförmigen Organisationsstruktur bilden, auf der die jeweiligen Aktivitäten bereichs- bzw. abteilungsübergreifend koordiniert werden, ist auf der örtlichen Ebene eine beträchtliche Vielfalt bei der aufgabenbezogenen Schneidung von Geschäftsbereichen bzw. Abteilungen festzustellen²⁴. Vorzufinden ist sowohl die traditionelle Aufgliederung der Bereiche in Industrie, Handel und Dienstleistungen, (regionale) Wirtschaftspolitik, Berufliche Bildung, Recht und Steuern, Außenwirtschaft/Internationales sowie Zentrale Dienste, mit Erweiterungen oder Ergänzungen um die Themen Innovation und Technologie sowie Umwelt (z.B. IHK München-Oberbayern, Dortmund, Fulda, Bochum), als auch die organisatorische Aufstellung entsprechend der für die Kundenorientierung empfohlenen Geschäftsfelder (z.B. IHK Hochrhein-Bodensee, IHK Berlin). Eine Matrixorganisation mit Geschäftsfeldern und die Geschäftsfelder übergreifende Koordination der Belange von Branchen weist die IHK Berlin auf. Darüber hinaus kommen in der Geschäftsverteilung regionale Besonderheiten zum Ausdruck, wie Schwerpunktsetzungen im Bereich Technologiepolitik (z.B. IHK Dortmund, IHK Mittelfranken) oder bestimmte Branchenschwerpunkte wie Tourismus.

²³ Siehe zu den Aufgaben der Außenhandelskammern www.ahk.de

²⁴ Nachfolgende Angaben beziehen sich auf einen stichprobenartigen Vergleich der Organisationspläne von einem halben Dutzend Kammern.

Des Weiteren ist interessant, wie Informationspolitik und mitgliederbezogene Dienstleistungen organisatorisch verankert sind. Allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist bei den meisten Kammern als Stabsstelle bei der Hauptgeschäftsführung angesiedelt. Bei den mitgliederbezogenen Dienstleistungen werden die in den letzten Jahren propagierten Service-aus-einer-Hand-Konzepte (sog. Service-Center) bisher nur von einem Teil der Kammern realisiert (z.B. IHK Dortmund, IHK Berlin, IHK Hochrhein-Bodensee, IHK München-Oberbayern). In NRW sind aufgrund der Vorgaben der Landeswirtschaftspolitik in den letzten zwei Jahren für den Bereich der Gründungsberatung in allen Kammern sog. Starter-Center eingerichtet worden, teilweise auch in Kooperation mit regionalen Wirtschaftsförderungen, die alle für eine Unternehmensgründung erforderlichen Beratungen, Anmeldungen, Genehmigungen, Antragstellungen etc. ermöglichen sollen.

Auch die Bildungsinfrastruktur ist in der IHK-Organisation vielgestaltig. Ein Teil der örtlichen Kammern verstehen sich als reine Vertriebsorganisationen zentral entwickelter Bildungsangebote (z.B. IHK Dortmund). Andere profilieren sich mit ihren Bildungszentren und entwickeln auch selbst neue Angebote (z.B. IHK Schwaben/Augsburg, SIHK Hagen, Wirtschaftsakademie der drei schleswig-holsteinischen Kammern).

Auffällig ist auch, dass einige mitgliederstarke und/oder räumlich ausgedehnte IHKs über mehrere (Außen-)Geschäftsstellen zur Mitgliederbetreuung verfügen, die teilweise schon lange bestehen (z.B. IHK Mittelfranken, IHK München-Oberbayern, IHK Schwaben/Augsburg, IHK Koblenz) oder teils auch Ergebnis einer strategisch betriebenen Dezentralisierung in den letzten Jahren ist (z.B. IHK Berlin).

Um bei großer räumlicher Ausdehnung ausreichende Mitgliedernähe gewährleisten zu können, unterhalten 45 IHKs (entspricht 56% der IHKs) mindestens eine weitere Vertretung (Geschäfts-, Zweig-, Nebenstelle) neben dem Hauptsitz im Kammerbezirk²⁵. Die übrigen 36 IHKs wickeln alle Geschäfte am Hauptsitz ab.

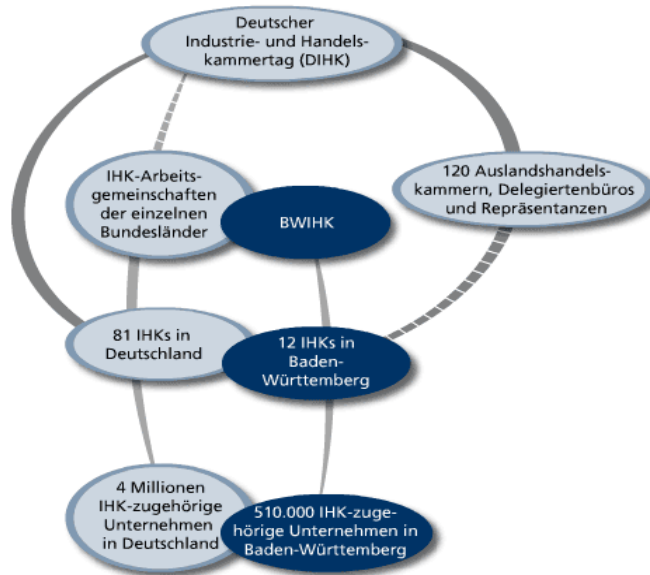
2.3.2 Überregionale Verbandsebene und der Dachverband DIHK

Wichtige Bestandteile der IHK-Organisation sind überregionale Zusammenschlüsse. Im Dachverband DIHK sind alle IHKs zusammengeschlossen. Auch auf der Ebene der Bundesländer gibt es Landesvereinigungen der IHKs. Im Norden haben sich die 14 Kammern von Ostfriesland bis Neubrandenburg über Ländergrenzen hinweg zur Arbeitsgemeinschaft IHK Nord zusammengeschlossen.

²⁵ Eigene Auszählung nach dem Adressverzeichnis des DIHK 2006a.

Den föderalen Aufbau der IHK-Organisation zeigt die folgende Abbildung am Beispiel der baden-württembergischen IHKs:

Abbildung 1: Die IHK-Organisation



Quelle: Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag

Alle überörtlichen Zusammenschlüsse der IHKs auf Landes- und Bundesebene sind Organisationen nach dem Vereinsrecht; sie sind also keine öffentlich-rechtlichen Körperschaften und keine Selbstverwaltungseinrichtungen der Mitgliedsunternehmen²⁶. Dies gilt auch für den DIHK als Dachorganisation der IHKs wie für alle Dachverbände. Es gibt also keine unmittelbare Repräsentation der Mitgliedsunternehmen in Vollversammlungen auf der Landes- und Bundesebene²⁷. Folglich können Beschlüsse des DIHK oder der Ländervereinigungen auch nicht durch Mitglieder der örtlichen Ebene, sondern nur durch einzelne IHKs als deren Mitgliedsorganisationen gerichtlich angefochten werden²⁸. Vice versa hat der DIHK keine Weisungsbefugnis

²⁶ Kluth sieht hierin eine unzureichende Umsetzung des Selbstverwaltungsgedankens (Kluth 2002b, 62).

²⁷ Eine solche Repräsentanz wird von einer neueren kammerrechtlichen Lehrmeinung (insb. vertreten durch Kluth) für notwendig erachtet, um die Selbstverwaltung legitimatorisch besser nach innen und außen abzusichern (Kluth 2002, 364).

²⁸ So wurde die erstmalige Klage einer Umweltschutzorganisation, der Deutschen Umwelthilfe, gegen das umweltpolitische Positionspapier des DIHK 2005 vom Verwaltungsgericht Berlin abgewiesen, weil das klagende Tochterunternehmen der Umwelthilfe als Mitglied der IHK Hochrhein-Bodensee dazu nicht berechtigt ist (siehe www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,378579,00.html (Zugriff am 18.03.2009), Pressemitteilung der DUH vom 23.11.2005 und der IHK in Konstanz).

gegenüber den einzelnen IHKs, sondern eine koordinierende Funktion der überörtlichen Belange und Interessen der Einzel-IHKs. Im Vordergrund stehen dabei die Entwicklung und Pflege der „Marke IHK“, die konzeptionelle Unterstützung bei Regel- und Gemeinschaftsaufgaben der IHKs (Weiterbildung, Gründungsförderung usw.) und vor allem die bundespolitische Lobbyarbeit.

In der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) sind die einzelnen IHKs durch ihren Präsidenten und den Hauptgeschäftsführer vertreten. Die Mitgliedschaft einer IHK im DIHK ist nicht verpflichtend (vgl. Satzung des Industrie- und Handelskammertages, §3). Dennoch gehören alle IHKs dem DIHK an.

Der DIHK hat laut Satzung mit der Mitgliederversammlung, dem Vorstand, dem geschäftsführenden Vorstand und dem Präsidenten vier zentrale Organe. Den geschäftsführenden Vorstand bilden der Präsident und die vier Vizepräsidenten, aus deren Mitte der Hauptgeschäftsführer berufen wird. Die Wahl des Präsidenten und des geschäftsführenden Vorstandes wird durch die Vollversammlung vorgenommen (vgl. Satzung des DIHK §5 und §6).

Der Vorstand des DIHK besteht (derzeit) aus 27 Mitgliedern, die von den Kammertagen der Bundesländer berufen werden. Der Vorstand berät den Präsidenten, bereitet die Beschlüsse der DIHK-Mitgliederversammlung vor und verantwortet die wirtschaftspolitischen Richtlinien des DIHK. Die Geschäfte werden vom Präsidium geführt, dem der Präsident, die vier Vizepräsidenten und der Hauptgeschäftsführer angehören (vgl. DIHK-Satzung, §§ 9, 12).

Die Mitgliedschaft einer IHK im DIHK ist mit der Entrichtung von Beiträgen verbunden. Der DIHK erhebt ebenfalls einen Grundbeitrag und eine Umlage. Zu dem Grundbeitrag addiert sich die Umlage, deren Höhe sich durch den Anteil der Gewerbebeiträge im betreffenden Kammerbezirk am gesamten Gewerbebeitrag aller Kammerbezirke bestimmt (vgl. Satzung des Industrie- und Handelskammertages, §16).

Der DIHK ist matrixförmig organisiert. Die beiden Achsen der Matrix bilden die Bereiche (wie Hauptgeschäftsführung, Kommunikation/Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik/Mittelstand/Innovation, Dienstleistungen/Infrastruktur/Regionalpolitik, Europa, Internationales etc.) und die bereits oben erwähnten Geschäftsfelder (wie Standortpolitik, Starthilfe/Unternehmensförderung etc.).

Der DIHK als Dachorganisation der 80 IHKs in Deutschland definiert als seine Aufgaben zum einen die Förderung der Zusammenarbeit der IHKs verbunden mit der Organisation eines breiten Erfahrungsaustausches und zum anderen die Vertretung der Interessen der Gesamtheit der Gewerbetreibenden gegenüber politischen Akteuren auf Bundes- und EU-Ebene. Diese Aufgabenverteilung umschreibt der DIHK in seinem Internetauftritt so: „Niemand erfüllt augenfälliger als die 80 IHKs mit fast 110

Geschäfts- und Außenstellen die Forderung nach Kundennähe und konkreter Leistung vor Ort. Was in größerem politischen Rahmen geregelt werden muss, übernimmt der DIHK“ (DIHK 2007).

Darüber hinaus bietet der DIHK etliche zentrale Dienstleistungen für die einzelnen IHKs an, wie beispielsweise einen Artikeldienst für IHK-Zeitschriften (bspw. zu einem jeweils aktuellen „Thema der Woche“), Rundschreiben und Newsletter zu einzelnen Geschäftsbereichen (wie Branchen, Technologien, Umwelt). Im Bereich der Informations- und Datengewinnung können die IHKs die vom DIHK getragene Gesellschaft für Informationsverarbeitung mit Sitz in Dortmund in Anspruch nehmen. Das zentrale Daten- und Informationsmanagement, das im Wesentlichen durch den Aufbau und die Pflege von Datenbanken besteht, erfolgt durch den DIHK. Von den DIHK-Fachreferent/innen werden Erfahrungsaustausch-Arbeitskreise mit den örtlichen Fachreferent/innen organisiert.

Die DIHK Bildungs GmbH als zentrale Stabsstelle

Berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung ist einer der hauptsächlichen Aktivitätsbereiche der IHKs. Dieser Bereich wird zentral unterstützt durch die DIHK-Bildungs GmbH, einer 100%igen Tochter des DIHK. Sie ist eine gemeinnützige GmbH, die vor etwa 20 Jahren gegründet wurde, um als „Konzeptschmiede“ Produkte rund um die Aus-, Weiter- und Fortbildung²⁹ für die IHKs zu entwickeln.

Aufgabe der Bildungs-GmbH ist es, die Qualifizierungsbedarfe aus der Wirtschaft aufzunehmen, sie in Zusammenarbeit mit interessierten Unternehmen und örtlichen Kammern in Projekte zu gießen und geeignete Produkte für Unternehmen bzw. örtliche Kammern zu entwickeln. Die GmbH hat etwa 40 Mitarbeiter/innen und ist IHK-Partner nach § 1 IHK-Gesetz. Sie finanziert sich zu 95 % aus Einnahmen für die Produkte und zu 5 % aus Projektmitteln Dritter.

Anlass für die Gründung dieser Zentralstelle war die große curriculare Vielfalt, die durch die selbstständigen Aktivitäten der örtlichen Kammern und Auslandskammern über die Jahre entstanden war, wodurch die Vergleichbarkeit der Angebote und Abschlüsse erschwert wurde. Ziel war es deshalb, die IHK-Bildungsaktivitäten in einen einheitlichen Rahmen zu bringen, der Vergleichbarkeit erlaubt, aber auch Freiräume für spezifische branchen- und unternehmensbezogene Anforderungen bietet. So sieht das Grundgerüst für Lehrgänge mit IHK-Zertifikat als eines der wichtigsten Angebote im Bereich der Fortbildung vor, dass 40-50 Lehrstunden mit Anwesenheitspflicht absolviert werden müssen. Das Angebot richtet sich an größere Unternehmen

²⁹ Außerhalb des Bereichs der beruflichen Erstausbildung im dualen System nach Berufsbildungsgesetz

oder eine ganze Branche. Die IHKs bürgen für die Qualität des Zertifikats.

Die DIHK-Bildungs-GmbH gliedert sich in folgende Bereiche:

- Bereich Seminare: Dort werden Mitarbeiter/innen der IHKs auf aktuelle Themen aufmerksam und darin kompetent gemacht. Ein aktuelles Thema war zum Zeitpunkt unseres Experteninterviews (2007) bspw. der Zertifikatslehrgang „Versicherungsvermittler“ zur Umsetzung einer entsprechenden neuen Richtlinie durch die IHKs. Die Expert/innen für solche Seminare kommen in der Regel aus den betroffenen Branchen bzw. Unternehmen, mithin also der Mitgliedschaft sowie vom DIHK und örtlichen Kammern.
- Bereich Prüfungsentwicklung: Dort werden zentral Prüfungsordnungen und -verfahren für die so genannte Aufstiegsweiterbildung (vom Bilanzbuchhalter über Industriemeister bis zu den neuen IT-Berufen) entwickelt.
- Bereich Lektorat: Erstellung von Lehrgangsprodukten für Lehrende und Teilnehmer/innen sowie Broschüren über Weiterbildungsangebote.
- Im Bereich „Konzepte und Mediamixed Learning“ werden neue Angebote und Qualifizierungsprofile³⁰ entwickelt und moderne Lehr- und Lernmethoden eingeführt und erprobt wie Web-Based-Trainings (WBT) und Online-Konferenzen.

Eine wichtige Ebene ist dabei die IHK-Online-Akademie, eine Plattform mit E-Learning Angeboten für Unternehmer/innen- und Mitarbeiter/innen-Fortbildungen mit einem breiten Themenspektrum³¹.

Mit dem jüngsten Entwicklungszweig „Praxistraining mit IHK-Zertifikat“ wird den umsetzenden IHKs und IHK-Bildungszentren die Chance gegeben, auch maßgeschneiderte inhouse-Angebote für und mit Unternehmen machen zu können. Das Pilotbeispiel dafür war das Qualifizierungsprogramm für „Auto 5000“ bei der Volkswagen AG in Kooperation mit der IHK Lüneburg-Wolfsburg.

Zurzeit gibt es ca. 100 Zertifikatslehrgänge bzw. Praxistrainings im Angebot der Bildungs GmbH

Das Konzept für „Auto 5000“ war ein Erfolgsmodell, so dass die IHK-Spitzenorganisation sich entschieden hat, einen Standard zu entwickeln, der nicht nur auf die Automobilindustrie und Großkonzernen zugeschnitten ist. Das Modell soll

³⁰ Z.B. der Zertifikatslehrgang für Callcenter-Agents, der bundesweit in den Kammern zum Einsatz kommt.

³¹ Dieses zentrale Online-Angebot wird von ca. 30 IHKs getragen, ist allerdings nicht das einzige Angebot im Bereich der IHK-Organisation. Weitere sind „ihk@hoc“, über die 12 IHKs aus Süddeutschland E-Learning-Angebote bereitstellen sowie die „Unternehmer Akademie“ der süddeutschen Landesverbände der Wirtschaftsunioren.

es jeder (größeren) Firma ermöglichen, mit der jeweiligen IHK vor Ort in einer Projektgruppe, in welche die DIHK-Bildungs-GmbH ihren Input als Dienstleister einbringt, Praxistrainings zu entwickeln.

Ein weiteres Element der zentral betriebenen Bildungsinfrastruktur ist das Weiterbildungs-Informationssystem (WIS), das von der DIHK Service GmbH betrieben wird. Praktisch ist dies eine Online-Suchmaschine, die bundesweiten Zugriff auf über 21.000 Weiterbildungsangebote von 302 Anbietern (IHKs, IHK-Bildungszentren und Externe) ermöglicht³².

2.3.3 Personal

Nach den Angaben der Bundesregierung waren zum Jahresende 2002 in der IHK-Organisation insgesamt 6.893 Personen in Vollzeit und 1.482 in Teilzeit beschäftigt (vgl. Bundesregierung 2004, 8). Darüber hinaus sind keine Angaben über die Personalausstattung nach Kammern und/oder Bundesländern verfügbar.

Aufgrund unserer stichprobenartigen Recherche kann angenommen werden, dass die örtlichen IHKs zwischen 50 und maximal 400 Mitarbeiter/innen haben. Die IHK für München und Oberbayern (2006) als mitgliederstärkste Kammer gibt eine Mitarbeiterzahl von 400 an. Die IHK Magdeburg, mit einer Mitgliederzahl von ca. 46.000 nahe dem Gesamtdurchschnitt (vgl. 2.2.1), beschäftigt nach der Mitarbeiterliste auf ihrer Homepage 102 Mitarbeiter. Für 80 Mitarbeiter lässt sich aufgrund der Angaben auf dieser Liste vermuten, dass sie zumindest anteilig in der Mitgliederbetreuung tätig sind. Somit kämen auf einen Mitarbeiter 450 zu betreuende Unternehmen. Für die IHK München (290.000 Mitglieder) wäre dieses Verhältnis 1/725, für die IHK Berlin (202.738 Mitglieder, 195 Planstellen) 1/1.039 und für die IHK Frankfurt (74.000 Mitglieder, 183 Mitarbeiter) 1/404.

Beim DIHK sind 542 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2007) beschäftigt, davon 184 an den Standorten Berlin und Brüssel und 301 in Delegationen, Repräsentanzen und Außenhandelskammern. In verbundenen Unternehmen im In- und Ausland sind 197 Mitarbeiter/innen beschäftigt (vgl. DIHK 2007, 49).

Auch hinsichtlich der Personalstruktur der IHKs sind keine Daten verfügbar. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Führungspositionen in den Kammern heute durchgängig mit Personen mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium besetzt sind, ebenso die Funktionen im wissenschaftlichen Dienst. (Wirtschafts-) Verbände sind seit langem ein attraktives Betätigungsfeld für Hochschulabsolvent/innen, traditionell für Jurist/innen und Wirtschaftswissenschaftler/innen. Mit der

Ausweitung der Handlungsfelder auf Bereiche wie Bildung, Technologiepolitik, Umweltschutz etc. hat sich die IHK-Organisation auch für Absolvent/innen weiterer Disziplinen geöffnet.

Die Hauptgeschäftsführung der IHKs ist noch weitgehend eine Männerbastion. Nur in wenigen IHKs nimmt eine Frau die Funktion der Hauptgeschäftsführerin (z. B. in Offenbach/Main, Neubrandenburg, Hellweg-Sauerland (Arnsberg)) oder die der Stellvertretung (z.B. Mittelfranken(Nürnberg), Gießen-Friedberg, Leipzig, Essen) wahr. Eine jüngst bekannt gegebene Antwort der Landesregierung NRW auf eine Kleine Anfrage zeigt, dass sich hieran in den IHKs in NRW bisher wenig geändert hat (Landtags-Drucksache 14/9280). Danach sitzen lediglich in sechs von 16 Kammern eine Frau, in zwei weiteren Kammern zwei Frauen im Präsidium.

Für die Ausbildung der eigenen Nachwuchskräfte haben sich die IHKs zum „Ausbildungsring der Deutschen Industrie- und Handelskammern“ zusammengeschlossen. Im Rahmen eines einjährigen Traineeprogramms werden Hochschulabsolvent/innen für eine Tätigkeit im wissenschaftlichen Dienst der IHK-Organisation und bei Wirtschaftsverbänden ausgebildet³³.

Personalentwicklung ist einer der Bereiche, denen im Zuge der Reformbemühungen zur Steigerung der Effizienz der IHK-Organisation seit Ende der 1990er Jahre besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll. So gibt es inzwischen ein internes Fortbildungsprogramm für (angehende) Führungskräfte.

Die fachbezogene Aus- und Weiterbildung für IHK-Mitarbeiter/innen in Fach- und Führungsfunktionen wird von der DIHK Bildungs GmbH zentral für die gesamte IHK-Organisation koordiniert und überwiegend von Mitarbeiter/innen der Bildungs GmbH und/oder Führungskräften des DIHK und der örtlichen Kammern durchgeführt (s. Seminarprogramm 1/2008). Das Programm umfasst Einführungsseminare für wissenschaftliche Nachwuchskräfte, Persönlichkeitstrainings, Seminare in Methodenkompetenz, Sprachtrainings im Ausland, EU-Basics sowie funktionsbezogene Seminare (z.B. für Gründungsberater/innen, Prüfer/innen).

Die (wirtschafts-)politische Weiterbildung für IHK-Mitarbeiter/innen in Fach- und Führungsfunktionen wird durch das „Institut für sozial- und wirtschaftspolitische Ausbildung“ (ISWA)³⁴ durchgeführt, welches durch die Spitzenverbände der Wirtschaft DIHK, BDA und BDI gemeinsam getragen wird. Das ISWA bietet jährlich sechs bis neun mehrtägige Seminare zu einem breiten Spektrum von aktuellen, praxisnahen

³² Angaben vom 11.02.2009: www.wis.ihk.de/ueberwis/zahlenfakten.html (Zugriff am 11.02.09)

³³ www.dihk.de/inhalt/dihk/ausbildungsring.html (Zugriff am 25.09.08)

³⁴ Das ISWA ist ein Verein mit Sitz in Berlin und besteht seit über 30 Jahren.

und grundsatzorientierten Themen an, mit Vortragenden aus Bundesministerien und EU-Kommission, Bundestag und Europaparlament, Wissenschaft, Medien und Verbänden. Themen der im Herbst 2008 angebotenen Seminare sind aktuelle europapolitische Fragen, Kommunikation über Wirtschaftspolitik im Fernsehen, Wissensmanagement im Verband und Zukunft der Verbände³⁵.

2.4 Leitbild und Selbstverständnis: Zentrales „Markenleitbild IHK“

In den letzten Jahren haben eine Reihe von IHKs Selbstverständnis, Handlungsziele und Aufgabenverständnis in einem Leitbild zusammengefasst und ausformuliert. Der DIHK als Dachorganisation hat daraus ein „Markenleitbild IHK“ entwickelt (vgl. DIHK o.J.), das sich sowohl gegen die teils wütenden Angriffe der Kammerkritiker als auch gegen Forderungen nach radikaler Deregulierung richtet. Als wirtschaftspolitisches Gesamtziel wird vom DIHK genannt, dass Deutschland zu den TOP 3-Wirtschaftsstandorten der Welt gehören soll. Die Gesamtheit der IHKs wird als entscheidende, gestaltende Kraft in der Entwicklung des Standorts Deutschland angesehen. Man sieht sich als „kritischer Partner der Politik“ und als „unabhängiger Anwalt des Marktes“. Die Bedingungen für unternehmerisches Handeln werden als verbesserungsbedürftig angesehen. Die IHK engagiere sich für die Qualität der Wirtschaftsstandorte durch die Beeinflussung von Planungsprozessen zugunsten einer leistungsfähigen Infrastruktur, durch Zurückdrängen der staatlichen Regelungsflut und durch Bekämpfung der hohen Abgabenlast.

Die Mitgliedsunternehmen der IHKs werden als Kunden angesehen. Ihnen gegenüber versteht man sich als „kundenorientierter Dienstleister der Wirtschaft“. Das Kundencredo lautet: „Wir machen uns stark für Ihren Erfolg“. Die Dachorganisation der IHKs schließt sich hier wie viele andere Organisationen und auch öffentliche Einrichtungen der in den letzten Jahren allgemein verbreiteten Kundenrhetorik an und stellt Dienstleistungsfunktionen und -angebote in den Vordergrund, wohingegen die parastaatlichen Aufgaben der Kammern in den Hintergrund treten. Damit soll bezweckt werden, dass die Leistungen der IHKs deutschlandweit als „Markenprodukte“ wahrgenommen werden, mit denen die Unternehmen ein hohes Maß an Qualität verbinden. Die „dezentrale, aber vernetzte Organisation“ wird als effiziente Struktur zur Erfüllung der Aufgaben angesehen.

Das Handeln der IHKs soll sich dynamisch auf Veränderungen einstellen können. An die eigene Organisation gerichtet wird gefordert, „permanent dazuzulernen, um auf Basis hoher Kompetenz und der Kenntnis der Kundenbedürfnisse als gestaltende und Nutzen stiftende Kraft ein starker Partner der Unternehmen zu sein“.

³⁵ www.iswa-online.de (Zugriff am 25.09.08)

Die 80 IHKs in Deutschland zeichnen sich durch ein mehr oder weniger ausgeprägtes Lokalkolorit aus, das in differenten (Gründungs-)Traditionen und regional dominanten Branchen- und Unternehmensstrukturen gründet. Das Fortbestehen solcher regionaler Kammerkulturen wird durch die Entscheidungsautonomie jeder Kammer unterstützt. Sie stehen daher in einem durchaus spannungsreichen Verhältnis zu zentralen Strategien der Etablierung eines IHK-Markenlabels und der Vereinheitlichung der Interessenvertretung der Wirtschaft.

2.5 Selbstverwaltung und Mitglieder-Engagement

Das zentrale Gremium einer IHK ist ihre Vollversammlung, die eine Versammlung gewählter Vertreter der Mitglieder ist. Sie wählt den Präsidenten, bestellt den Hauptgeschäftsführer, legt den Haushaltsplan fest, setzt Ausschüsse ein und beschließt die Satzung und alle wichtigen Angelegenheiten der IHK. Die Satzung einer IHK kann auch Angelegenheiten benennen, die auf anderem Wege als durch die Vollversammlung geregelt werden. Hiervon ausgenommen sind laut IHK-Gesetz (§4):

- Die Satzung
- Wahl-, Beitrags- und Gebührenordnung
- Festlegung des Haushaltsplans
- Festsetzung der Maßstäbe für Beiträge und Sonderbeiträge
- Erteilung der Entlastung
- Übertragung von Aufgaben an andere IHKs und Bildung von öffentlich-rechtlichen Zusammenschlüssen.

Für die Vollversammlung wählbar sind Kammermitglieder sowie in bestimmten Fällen legitimierte Vertreter wie z.B. Prokurist/innen³⁶ und besonders bestellte Bevollmächtigte. Für die Wahl der Vollversammlung werden die Kammermitglieder nach Wahlgruppen und Wahlbezirken unterteilt. Durch die Bildung von Wahlgruppen wird die angemessene Vertretung aller im Kammerbezirk vorkommenden Branchen angestrebt. Die Wahlbezirke sorgen für eine territoriale Differenzierung. Pro Wahlgruppe und Wahlbezirk wird eine nach einem bestimmten Schlüssel festgelegte Anzahl von Personen in die Vollversammlung gewählt. Die Sitzverteilung spiegelt den Anteil der Branchen an der regionalen Wirtschaftsleistung wieder. Neben der direkten Wahl der Mitglieder der Vollversammlung ist auch eine mittelbare Wahl zusätzlicher Mitglieder durch die unmittelbar gewählten Mitglieder der Vollversammlung möglich (vgl. z.B.

³⁶ Vgl. zum jüngsten Konfliktfall über die Rechtmäßigkeit der Wahl des Präsidenten der IHK Frankfurt am Main das Kap. 2.2.1.

IHK zu Dortmund 2005, HK Hamburg 2008). Plenarwahlen finden alle drei Jahre statt.

Die Vollversammlungen tagen seit etwa zehn Jahren öffentlich. 1998 sprach die DIHK-Vollversammlung eine entsprechende Empfehlung aus, der die IHKs sukzessive folgten und die Öffentlichkeit ausdrücklich vorschrieben oder de facto zuließen. Bis dahin garantierten nur drei IHKs die Öffentlichkeit (vgl. Bericht der Bundesregierung 2002, 13). Auch ist die Mehrzahl der Kammern dazu übergegangen, den Haushaltsplan vor oder nach der Haushaltsdebatte in der Vollversammlung auszulegen oder eine Kurzfassung davon zu veröffentlichen (ebd.).

Den Präsidenten der IHK wählt die Vollversammlung aus ihrer Mitte. Ferner bestimmt sie den Hauptgeschäftsführer. Diese beiden Personen vertreten die IHK rechtsgeschäftlich und gerichtlich (vgl. IHKG §7) sowie auf der DIHK-Ebene.

Alle in Wahlfunktionen tätigen Mitglieder einer IHK sind ehrenamtlich tätig. Es sind dies die Mitglieder in der Vollversammlung und des Präsidiums sowie in den Ausschüssen. Zentrales Partizipationsinstrument der Mitglieder ist also die direkte (ehrenamtliche) Mitarbeit in Gremien und Ausschüssen der jeweiligen IHK. Nach Angaben der Bundesregierung sind mehr als 200.000 Unternehmer/innen ehrenamtlich in den Gremien tätig (Bundesregierung 2004, 9)³⁷.

Die Ausschüsse werden durch die Vollversammlung einer IHK auf Dauer eingesetzt. Das IHK-Gesetz lässt allerdings auch die Möglichkeit offen, die Einsetzung von Ausschüssen durch die jeweilige Satzung einer IHK zu regeln. Die Zahl der Ausschüsse ist von IHK zu IHK verschieden. Der Berufsbildungsausschuss ist nach Berufsbildungsgesetz Pflicht. Häufig werden Ausschüsse zu Themen wie Außenwirtschaft, Dienstleistungen, Finanzen und Steuern, Handel, Verkehr etc. einberufen.

Arbeitskreise haben hingegen einen weniger verbindlichen Status. Sie sind temporäre Zusammenschlüsse thematisch Interessierter aus der Mitgliedschaft zur Bearbeitung aktueller Themen. Sie können aber auch gezielt eingesetzt werden, um einen größeren Kreis von Mitgliedsunternehmen über fachliche bzw. aktuelle Thematiken in die Kammerarbeit einzubeziehen, wie es bspw. die IHK Mittelfranken mit sog. Anwenderklubs rege praktiziert (vgl. dazu 3.1.2).

Für Unternehmer/innen bis zum Lebensalter von 40 Jahren gibt es darüber hinaus die Möglichkeit, sich bei den „Wirtschaftsjunioren“ zu organisieren. Es handelt sich dabei um freiwillige Zusammenschlüsse und Netzwerke von Jung-

³⁷ Hinzu kommen weitere, die in Ad-hoc-Arbeitskreisen o. Ä. tätig sind sowie etwa 180.000 ehrenamtlich Tätige im Prüfungswesen (Berufsausbildung, Weiterbildung, gewerberechtliche Sachkundeprüfungen).

Unternehmer/innen, mit eigenen, auch überregionalen Gremien, die von den Kammern am Ort organisatorisch betreut werden³⁸. Und in ehrenamtlichen Projekten können besonders Jungunternehmer/innen interessierende Themen wie Vorbereitung in der Schule auf die Arbeitswelt, Lokale Bündnisse für Familie zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Beratung von Gründer/innen verfolgt werden.

Die Beteiligung an den Plenar- bzw. Vollversammlungswahlen als Kriterium des Mitgliederengagements ist schwierig zu beurteilen, da es hierüber wenig öffentlich zugängliche Informationen gibt. Eine der wenigen mitteilsameren Kammern ist hier die Handelskammer in Hamburg. Sie gibt für die Plenarwahlen 2008 eine Wahlbeteiligungsquote für alle Handelsregister-Betriebe und Kleingewerbetreibende zusammen von knapp 10% und für die Handelsregister-Betriebe allein von gut 15% an. Nach Branchen differierten sie zwischen 10 und 30% (HK Hamburg 2008b). Nach Angaben der Kammerkritiker lagen die Beteiligungen bei den letzten Vollversammlungswahlen zwischen 4,5 und 17% (www.kammerwatch.de/wahlbeteiligungen-vollversammlung, Zugriff am 23.09.08). An demokratischen Maßstäben beispielsweise der kommunalen Selbstverwaltung gemessen fällt danach die demokratische Legitimation der Repräsentation der Mitglieder in der Vollversammlung bescheiden aus. Das hierin liegende Legitimationsproblem könnte durchaus – wie immer wieder in der Vergangenheit – auch in Zukunft die Kritik an den IHKs als Kammern mit Pflichtmitgliedschaft herausfordern. Daher sind Positionen, insbesondere vertreten von Kluth (2002, 2008), berechtigt, die die Herausforderung der Zukunft für die Kammern in Deutschland, insbesondere für IHKs, darin sehen, die Selbstverwaltung zu stärken und die Gestaltungsspielräume des Ehrenamtes in den Kammern zu erweitern, denn sie richten das Augenmerk auf ein latentes, den Bestand gefährdendes Risiko für die IHKs.

Ein grundsätzliches Problem stellt darüber hinaus dar, die Vielzahl von kleinen Mitgliedsunternehmen in der Vollversammlung und den Gremien angemessen zu repräsentieren. Hier scheint neben der Sensibilität der Kammerverantwortlichen gegenüber diesem Mitgliederbereich auch ein erhebliches Maß an Eigeninteresse und Kompetenz zur Selbstorganisation auf Seiten der kleinen Unternehmen notwendig zu sein. So konnte beispielsweise durch die Mobilisierung für eine Frauenliste bei der IHK Mülheim-Essen-Oberhausen bei der letzten Vollversammlungswahl der Anteil von Unternehmerinnen merklich erhöht werden.

³⁸ Es gibt über 200 Kreise von Wirtschaftsunioren mit über 10.000 Mitgliedern (s. Wirtschaftsunioren Dortmund-Hamm-Unna: www.wjd-do.de (Zugriff am 09.04.2009).

3 Industrie- und Handelskammern als Kommunikationsplattform und Dienstleister für ihre Mitglieder

3.1 Allgemeines Kommunikations- und Dienstleistungsprofil

Im vorhergehenden Kapitel wurde zunächst der institutionell definierte Handlungsrahmen der Industrie- und Handelskammern (Recht, Ressourcen, Organisation) analysiert. Im Folgenden soll es nun darum gehen, die Interaktionen und Austauschbeziehungen im Binnenverhältnis zwischen „Apparat“ und Mitgliedern zu betrachten, um das endogene Potenzial genauer abschätzen zu können, wie und inwieweit Aspekte des betrieblichen Gesundheitsmanagements in die Kammerarbeit bzw. Mitgliederbetreuung integriert werden könnten.

Im Folgenden wird die Kommunikation der Kammer mit den Mitgliedern in einem ersten Schritt zunächst mit Blick auf generell vorhandene Kommunikations- und Serviceformate betrachtet. In einem zweiten Schritt soll dann gefragt werden, ob und welche konkreten Erfahrungen in IHKs bereits zum Thema des betrieblichen Gesundheitsmanagements vorliegen. Allgemeines Kommunikationsprofil

3.1.1 Online- und Print-Informationen

Der Aufgabe, ihre Mitglieder über wirtschaftsrelevante Belange zu informieren, kommen die Kammern in großem Umfang nach. Durch das Internet sind die Informationen auch leicht verfügbar zu machen. Die Internetangebote der IHKs und des DIHK sind eine Fundgrube für allgemeine Wirtschafts- und Brancheninformationen sowie Informationen zu allen Standard-Geschäftsfeldern. Viele örtliche Kammern haben ihren Internetauftritt einheitlich nach dem IHK24-Strukturaufbau des DIHK gestaltet. Darüber hinaus werden für jedes Geschäftsfeld und jeden Fachbereich Newsletter, Informationsbroschüren, Fakten- und Argumentationsblätter, Leitfäden, Checklisten und Links zu externen Quellen und Akteuren bereitgestellt. Viele Broschüren und Berichte werden darüber hinaus auch als Printprodukte zur Verfügung gestellt. Alle diese Informationen sind allgemein, nicht nur für Mitglieder, zugänglich. Den besonderen Wert der IHK-Informationen (Konjunktur-, Branchenberichte, Stellungnahmen) macht aus, dass sie auf originären Unternehmensstatistiken und Mitgliederbefragungen beruhen. Weiterhin stellen sie Unternehmensdatenbanken, Einsicht ins Handelsregister und diverse Börsen online bereit. Einige IHKs (z.B. Dortmund, Region Stuttgart) bieten schon eine RSS-Service-Funktion³⁹ an, mit der Nutzer eine Vielzahl von

³⁹ RSS (rich site summary) ist ein Standard, mit dem Textinformationen auf Webseiten für andere Rechner zur Verfügung gestellt werden können.

Webseiten zeitsparend direkt von ihrem Rechner aus auf Neuigkeiten verfolgen lassen können.

Standardthemen in der Kommunikation der IHKs auf der regionalen Ebene sind Standortprobleme vor allem im Hinblick auf Gewerbeflächen und Verkehrsverbindungen, die regionale Konjunktur- und Arbeitsmarktlage, Fragen des Außenhandels und der Erschließung ausländischer Märkte sowie Informationen aus allen Rechtsgebieten und der Steuergesetzgebung. Hinzu kommen die in den letzten Jahren zunehmend wichtiger werdenden Themen wie Existenzgründungsförderung, Unternehmensförderung in Bezug auf regionale Branchenschwerpunkte und Standortprofile, Unternehmensführung und Finanzierungsfragen, Krisenmanagement und Unternehmensnachfolge, Ausbildungsstellensituation, Technologieförderung und -beratung, Umwelt- und Energiefragen.

Während auf der Seite des DIHK unter Standortpolitik insbesondere die Auseinandersetzung mit neuen Regulierungen von Bundes- und EU-Seite sowie der Wirtschafts- und Finanzpolitik geführt wird, lassen sich auf der regionalen Ebene Hinweise auf eine Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitisch diskutierten aktuellen Themen wie z.B. familienorientierte bzw. -bewusste Personalpolitik, demografischer Wandel oder Fachkräftemangel feststellen.

Zu Beginn dieses Jahrzehnts war eine Reihe von IHKs an einem von der prognos AG koordinierten und vom BMBF geförderten Projekt zur alterns- und altersgerechten Erwerbsarbeit beteiligt. Ziel dieses Projektes war es, überbetriebliche Organisationen für die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Erwerbsarbeit zu sensibilisieren und sie bei der Integration von Maßnahmen zur Förderung einer altersgerechten Erwerbsarbeit in ihr Tätigkeitsspektrum zu unterstützen (Projektverbund 2002). Den organisationsinternen Diskussionsprozess hat der DIHK 2008 in einem wirtschaftspolitischen Positionspapier zur Bewältigung des demografischen Wandels zusammengefasst. Hier wird der Handlungsbedarf allerdings weniger auf der betrieblichen Ebene als vielmehr in der Bildungs-, Arbeits- und Sozialpolitik gesehen (DIHK 2008d).

Eine bundesweite Ausrichtung der IHKs an thematischen Schwerpunkten findet über ein sog. Jahresthema statt. Jahresthemen waren „Chance Unternehmen - gründen, wachsen, sichern“ (2007), „Wirtschaft bildet - unsere Zukunft“ (2008) und „Mobilität ist Zukunft“ (2009). Unter einem einheitlichen Logo wird das jeweilige Thema in Veranstaltungen und Seminaren auf allen IHK-Ebenen behandelt. Weiterhin finden in diesem Rahmen mehrere bundesweit koordinierte Veranstaltungstage zu Teilaspekten des Leitthemas statt. Das Jahresthema wird begleitet durch ein zentrales Argumentations- bzw. Positionspapier (in 2007: „Agenda für mehr Unternehmertum“).

Weiterhin werden von den Fachreferent/innen des DIHK Fakten- und Argumentationspapiere (eine Seite) zu aktuellen „Themen der Woche“ sowie Newsletter (z.B. Innovations-Nachrichten) zur Verfügung gestellt.

3.1.2 Direkte Kommunikation

Unterhalb der Ebene der durch die Vertreterversammlung eingesetzten Gremien (Ausschüsse) gibt es in jeder IHK eine mehr oder weniger große Anzahl von Branchen- und Themenarbeitskreisen der jeweiligen Fachreferent/innen der Kammer, die dem Erfahrungsaustausch mit den Mitgliedsunternehmen dienen. Sie stellen ein niederschwelliges Angebot auch für kleinere Unternehmen dar, sich an der Kammerarbeit zu beteiligen und durch den Austausch mit anderen Unternehmen und regionalen Akteuren (Wissenschaft, Politik/Verwaltung) zu profitieren. Beispielsweise werden Arbeitskreise zum Wissensaustausch und der Netzwerkbildung im Bereich der IHK Mittelfranken/Nürnberg reichlich genutzt (Interview 2007). In thematischen „Anwenderklubs“ mit verschiedenen Arbeitskreisen und Foren wird ein breites Spektrum von technologischen und Managementthemen (Energie, Automation, neue Materialien, Umwelt, Innovations- und Qualitätsmanagement, Datenschutz, electronic business u.a.) behandelt.

In der Gründungsberatung kommen die neuen (potenziellen) Mitglieder zum ersten Mal in direkten Kontakt mit „ihrer“ zukünftigen Kammer (s. auch Kap. 2.2.4). Die IHKs können hier ein wichtiger Wegweiser zu professioneller Beratung, Coaching und Qualifizierung sowie zu Finanzierungsmöglichkeiten und Förderwettbewerben sein. In der Gründungsberatung erreichen die IHKs unmittelbar (Solo-)Gründer/innen, die i. d. R. zunächst klein beginnen. Gründungsberatung ist daher im Prinzip ein interessantes Handlungsfeld, um die kleinbetriebliche Zielgruppe zu adressieren. In den letzten Jahren ist dieser Bereich im Hinblick auf die Integration von Themen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes durch andere Projekte (guss, progründer) konzeptionell schon gut erschlossen und sind verschiedene Instrumente erarbeitet worden (vgl. Otto-von-Guericke-Universität-Magdeburg 2004, Freigang-Bauer u.a. 2005, ASER 2002). Dieses Feld soll in PräTrans deshalb primär nicht weiter vertieft werden.

Offene, dialogorientierte Angebote bieten für kleine Mitgliedsunternehmen relativ günstige Zugangsvoraussetzungen, sich an Kammeraktivitäten zu beteiligen. Sie können sich hier in stärkerem Maße themenspezifisch und aktionsorientiert einbringen und vernetzen als dies bei der auf Kontinuität angelegten Wahrnehmung von Gremienfunktionen in der Kammer der Fall ist. Ein solches unmittelbar interessenorientiertes Engagement, das in der Regel dann auch nur temporär besteht, stellt aller-

dings für auf stärkere Verbindlichkeit angelegte Dialogformen und Netzwerkbildung wiederum ein Problem dar.

In jüngster Zeit haben eine Reihe von Kammern „Krisenteams“ gebildet, um die Mitgliedsunternehmen bei Finanzierungsproblemen „vor Ort“ zu beraten. So gibt der Präsident der IHK Frankfurt/M. als Motto vor, dass die Kammer zu ihrer Klientel gehen müsse und nicht darauf warten dürfe, bis sie zu ihr komme (Frankfurter Rundschau v. 22.08.09).

3.1.3 Fort- und Weiterbildung

In den beruflichen Bildungszentren der IHKs werden jährlich über 20.000 Seminare bundesweit durchgeführt. Davon richten sich über 400 Seminare explizit an Führungskräfte (2% des Gesamtangebots), die in der Regel als berufsbegleitende Angebote gestaltet sind. Es handelt sich dabei sowohl um IHK-Veranstaltungen als auch Seminare externer Anbieter, die über das IHK-Weiterbildungssystem vertrieben werden. Das Spektrum reicht von eintägigen Veranstaltungen zu speziellen Themen (wie Arbeitsrecht, Betriebsverfassungsrecht, Haftungsrisiken) über mehrtägige Führungskräftetrainings mit IHK-Zertifikat bis hin zu einem berufsbegleitenden Bachelor-Studium für Führungskräfte in mittelständischen Unternehmen an der Universität Oldenburg, das auf den IHK-Weiterbildungen aufbaut.

Dem oben genannten methodischen Leitprinzip folgend, dass Unternehmer/innen vor allem von anderen Unternehmer/innen bereit sind zu lernen, sind im Prinzip auch alle Veranstaltungen der Kammern hier zu ergänzen, die sich üblicherweise an betriebliche Entscheider richtet. Veranstaltungen, die exklusiv für Unternehmer/innen angeboten werden, werden auch kammerbezirksübergreifend angeboten.

Auch die „Wirtschaftsjunioren“ bieten Weiterbildung auf professioneller Basis, beispielsweise mit der „Unternehmer Akademie“ (www.unternehmer-akademie.org) an, die von den Landesverbänden Baden-Württemberg und Bayern getragen wird.

Darüber hinaus werden im Rahmen der Ausbildung zum Industriemeister zukünftige Führungskräfte und ggf. spätere Unternehmensgründer/innen ausgebildet. Die Kosten der Meisterausbildung werden vollständig von den Teilnehmenden getragen, weshalb diese daran interessiert sind, in möglichst kurzer Zeit viel Ausbildungsstoff vermittelt zu bekommen. Von den befragten Expert/innen wurde berichtet, dass die Bereitschaft bei den Teilnehmenden daher als gering anzusehen sei, noch weitere Themen bzw. Lernmodule über den Standardthemenkanon hinaus aufzunehmen.

Die Meisterausbildung wird deshalb i. R. dieser Potenzialbeschreibung nicht weiter verfolgt.

Auch die berufliche Erstausbildung im Rahmen des dualen Systems soll in dieser institutionellen Analyse ausgeklammert werden. Sie stellt zwar einen der hauptsächlichen Tätigkeitsbereiche einer IHK dar, aber er unterliegt nicht ihrer alleinigen Handlungsautonomie.

3.2 Arbeit und Gesundheit als Thema der Kammerarbeit

Im folgenden Kapitel soll nun betrachtet werden, in welcher Weise die Kammern das Thema der betrieblichen Gesundheitsförderung bzw. des betrieblichen Gesundheitsmanagements⁴⁰ bereits ansprechen. Es handelt sich dabei nicht um ein „Pflichtthema“ für die Kammern, hat aber schon heute angesichts der demografischen Strukturveränderungen in den Belegschaften und auch in der Unternehmerschaft Bedeutung und wird wegen des erwarteten Fachkräftemangels in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Allerdings stellt dieses Thema besondere Anforderungen an die Kammern, wie sie es in legitimer und Akzeptanz findender Weise thematisieren können, so dass sie Zuspruch seitens ihrer Mitglieder finden.

3.2.1 Gesundheitswirtschaft und betriebliche Gesundheitsförderung

Der DIHK hat dem *PräTrans*-Projekt eine Zusammenstellung von Aktivitäten in der IHK-Organisation zum wachsenden Markt privatwirtschaftlicher Gesundheitsdienstleistungen („Gesundheitswirtschaft“) zur Verfügung gestellt. Diese Übersicht „Zukunft Gesundheit – ein Thema für Unternehmen und IHKs“ (Stand: 04.05.2007) basierte auf einer Umfrage des DIHK bei den örtlichen IHKs im Frühjahr 2007, ihre Aktivitäten in diesem Bereich zu benennen.

Die Auflistung des DIHK zeigte, dass fast alle IHKs in der Bundesrepublik sich mit Fragen der Gesundheitswirtschaft beschäftigten. Die dabei stichwortartig skizzierten konkreten Aktivitäten sind zumeist dem Bemühen zuzuordnen, die Potenziale der Gesundheitswirtschaft für ihren Organisationsbereich abzuschätzen und sich in kommunale bzw. regionale Bemühungen der Struktur- und Standortentwicklung ein-

⁴⁰ Entsprechend der Luxemburger Deklaration (1997/2005) und Lissabonner Erklärung (2001) verstehen wir betriebliche Gesundheitsförderung als übergreifende Aufgabe von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gesellschaft zur Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz. Bei der Umsetzung dieses allgemeinpolitischen Anliegens auf der Unternehmensebene sehen wir vor allem die Unternehmensleitung in der Pflicht und sprechen deshalb von einer Managementaufgabe.

zubinden. Den Angaben war auch zu entnehmen, dass einige wenige IHKs (etwa 1/5) dabei auch den Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung als Beratungsmarkt, beispielsweise für örtliche Mitgliedsunternehmen, und „weichen“ Standortfaktor für Arbeitgeber im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte thematisierten.

Ausgehend von der These, dass die Gesundheitswirtschaft für das IHK-System eine „Inkubatorfunktion“ für eine intensivere Befassung mit Fragen der betrieblichen Gesundheitsförderung haben könnte, führten wir eine vertiefende Nachrecherche zu diesem Themenfokus durch. Zu allen IHKs, die in der DIHK-Umfrage Hinweise zu gesundheitsbezogenen Aktivitäten gaben, haben wir über Internet-Recherchen auf den Homepages dieser Kammern (soweit möglich) zusätzliche Informationen eingeholt. Die Recherchen wurden im Juni 2007 durchgeführt. Das Ergebnis dieser Internetrecherchen ist in der tabellarischen Synopse im Anhang wiedergegeben⁴¹.

Insgesamt konnten wir - trotz gewisser methodischer Einschränkungen - doch eine ganze Reihe von Aktivitäten in der IHK-Organisation zur betrieblichen Gesundheitsförderung genauer erfassen und einordnen:

- Etwa die Hälfte der auf dem Gebiet der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) aktiven IHKs (etwa 10% aller Kammern) führten im Erhebungszeitraum 2006-2007 meist eintägige Weiterbildungsseminare zu betrieblichen Gesundheitsthemen durch. Neben der Weiterbildung wurden für den Einstieg in die Thematisierung meist längere Artikel oder Titelgeschichten in der Kammerzeitschrift („Impulsartikel“) und/oder eine einmalige Veranstaltung gewählt. Beispiele hierfür sind das Wirtschaftsforum Südbadens zum Thema „Gesundheit fördern – Kosten senken im Betrieb“ am 12.11.2004, veranstaltet von den beiden IHKs (Freiburg, Konstanz), den Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Region, der Handwerkskammer Freiburg sowie der örtlichen AOKs und ein Unternehmertag der IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern um Thema „Gesundheit im Unternehmen“ am 27.08.2008, der sich an Geschäftsführer, Personalleiter und Beauftragte für betriebliche Gesundheitsförderung wandte und „Praxis und wirtschaftlichen Nutzen betrieblicher Gesundheitsförderung“ behandelte.
- In den großstädtischen, stadtstaatlichen Kammerbezirken Berlin und Hamburg waren (und sind) überdurchschnittliche Aktivitäten zur betrieblichen Gesundheitsförderung zu verzeichnen (s. dazu Kap. 3.2.3). Die besondere Qualität der The-

⁴¹ Einschränkend ist zur Qualität der Datenlage zu sagen, dass nicht alle IHKs eine Rückmeldung zu der Umfrage des DIHK gegeben haben. Weiterhin stellten wir fest, dass nicht zu allen Angaben in der DIHK-Synopse Informationen auf der jeweiligen Homepage der Kammer gefunden werden konnten oder die Angaben in der Synopse ungenau waren.

menadaption zeigte sich vor allem daran, dass verschiedene Wege der Kommunikation mit den Mitgliedern systematisch genutzt werden, aktiv in den regionalen Netzwerken mitgewirkt wird und teilweise selbst Netzwerke initiiert und organisiert werden.

- Leitmotiv der Thematisierung der betrieblichen Gesundheitsförderung war Mitte dieses Jahrzehnts in erster Linie die Problematisierung von krankheitsbedingtem Arbeitsausfall. Ziel war es, das Einsparpotenzial bei den Personalkosten deutlich zu machen, wenn es in den Betrieben gelingt, die Krankheitsausfalltage der Belegschaften zu reduzieren. Die leitmotivische Verknüpfung von Gesundheit mit individueller Leistungsfähigkeit („Fitness“) und betrieblicher Wettbewerbsfähigkeit, sowohl auf dem Produkt- als auch dem Markt der Fach- und Spitzenkräfte, ist eher selten vorzufinden.

3.2.2 Arbeits- und Gesundheitsschutz als Kammerthema

Vor dem Hintergrund örtlicher Kooperationserfahrungen der Sozialforschungsstelle im Rahmen des „pragmagus“-Projektes (s. Kap. 3.2.3) und weiterer Hinweise auf andere IHKs interessierte uns, welchen Stellenwert das Thema des „klassischen“ Arbeits- und Gesundheitsschutzes in der Fläche der IHK-Organisation hat. Im Handwerk ist dieses Thema traditionell durchaus stabil verortet.

Ziel einer weiteren Recherche war es deshalb, Art und Umfang der Aktivitäten der örtlichen IHKs in diesem Themenfeld, das ebenfalls nicht zum expliziten Pflichtaufgabenbereich der IHKs gehört, in einer Stichprobe von IHKs zu ermitteln. Dazu wurden im Juni 2007 die Homepages jeder zweiten IHK in der Bundesrepublik (50%-Stichprobe) durchsucht. Auch dieses Rechercheergebnis (s. Anhang) unterliegt methodischen Einschränkungen⁴², gleichwohl können aus ihnen einige Systematiken und Trends abgelesen werden:

- Das Themenfeld Arbeitssicherheit bzw. Arbeitsschutz ist in den IHKs in der Regel dem Geschäftsbereich Innovation und Umwelt zugeordnet.

⁴² Möglich ist, dass mit den gewählten Suchstichworten nicht alle einschlägigen Einträge gefunden werden konnten. Außerdem konnten nur solche Aktivitäten gefunden werden, zu denen überhaupt Informationen auf den Homepages verfügbar sind⁴². Es wird deshalb nicht der Anspruch erhoben, mit dieser Recherche die Arbeitsschutzaktivitäten der ausgewählten IHKs vollständig erfasst zu haben.

- Die Homepages werden als Informationsplattform zum Thema genutzt. Im Vordergrund steht die Bereitstellung von Info-Blättern über neue Regulierungen, von Gesetzes- und Richtlinien-texten, von Merkblättern und Leitfäden, von Newslettern und Terminen sowie Hinweisen zu Schulungsangeboten. Weiterhin wird häufig zu anderen Homepages (von Ministerien, Behörden, Datenbanken etc.) verlinkt.
- Diese Informationen betreffen hauptsächlich Fragen der technischen Arbeitssicherheit, der Produktsicherheit und -haftung, des Chemikalienrechts, der Gefährdungsbeurteilung und der Gefahrguthandhabung sowie der Hygiene.
- Der betriebliche Gesundheitsschutz (z. B. als Checklisten i. R. von Qualitätsmanagementsystemen) wird eher selten angesprochen (z.B. durch die IHKs Aachen, Berlin (vgl. Kap. 3.2.3), Braunschweig, Karlsruhe).
- Betriebliches Gesundheitsmanagement als strategische Unternehmensaufgabe wurde von einer Kammer (Koblenz) zum Thema einer Veranstaltung gemacht, auf der u.a. von einem Mitgliedsunternehmen betriebliche Erfahrungen vorgetragen wurden.
- Jede sechste IHK der Stichprobe hat eine/n Ansprechpartner/in für Arbeitssicherheit bzw. Arbeitsschutz benannt. Etwa der Hälfte dieser Arbeitsschutzreferent/innen steht ein Arbeitskreis mit Fachkräften für Arbeitssicherheit bzw. betrieblichen Verantwortlichen für Arbeitsschutz zur Seite und ermöglicht es ihnen, ihren Wirkungskreis zu verbreitern (z.B. IHKs in Bielefeld, Ludwigshafen, Trier, Weingarten).
- Etwa jede sechste IHK der Stichprobe führte Veranstaltungen zu aktuellen Themen des Arbeitsschutzes durch oder bietet Sprechstage an wie z.B. IHKs Schwaben, Berlin, Bremerhaven, Cottbus, Karlsruhe, Koblenz, Mittlerer Niederrhein, Regensburg). Themen sind bspw. Haftung und Verantwortung im Arbeitsschutz, das neue Chemikalienrecht REACH. Auch werden über die Homepages arbeitsschutzrelevante Downloads zur Verfügung gestellt.

Aufgrund weitere Recherchen und Experteninterviews ist hinzuzufügen, dass einzelne (größere) IHKs mit größeren, regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen hervortreten:

- So hat bspw. die IHK Mittelfranken (Nürnberg) in Kooperation mit dem Verband Deutscher Sicherheitsingenieure (bis 2007) fünf Mal das Forum „Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit“ für Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte durchgeführt.

- Die IHK Region Stuttgart hat „Stuttgarter Sicherheitstage“ (2006, 2008) zum betrieblichen Arbeitsschutz und Brandschutz veranstaltet.
- Bei der IHK Hannover wird die Arbeit der Referent/innen und Branchenbetreuer/innen durch eine E-Learning-Plattform zum Arbeitsschutz unterstützt.

In wie weit speziell von Kleinunternehmen Unterstützung bei Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes nachgefragt wird, wurde in einer Befragung der Kleinunternehmen im Bezirk der IHK Dortmund im Rahmen des „pragmagus“-Projektes (s. nachfolgendes Kapitel) untersucht. Auch wenn die Ergebnisse nicht repräsentativ sind⁴³, so ist gleichwohl bemerkenswert, dass immerhin 40% der Antwortenden im Vorjahr (2001) externe Unterstützung gesucht hatten. Auf die Frage, bei welcher Institution diese Unterstützung nachgefragt wurde, wurde die IHK an vierter Stelle genannt nach Berufsgenossenschaft, Arbeitsmedizinischem Dienst und Krankenkasse. Ein deutlich höherer Anteil (57%) würde allerdings ein größeres Informations- und Bildungsangebot der IHK in diesem Themenbereich begrüßen.

Es zeigt sich, dass IHKs in diesem Themenbereich eine ganze Reihe von Veranstaltungen durchführen und Angeboten bereit stellen. Arbeitsschutz zählt mithin zu den Standardthemen der IHKs. Gleichwohl signalisierten uns Interviewpartner aus dem Bereich der IHK, dass Arbeitsschutz kein opportunes Thema für weitere Entwicklungsüberlegungen unsererseits sei. Arbeitsschutz wird allem Anschein nach als Themenangebot für Nachfragen aus der Mitgliedschaft bereit gehalten, aber von der IHK-Organisation nicht offensiv beworben oder weiter entwickelt.

3.2.3 Fallbeispiele und Modellprojekte

„Fit in Hamburg“ der Handelskammer Hamburg

Welche Möglichkeiten der Mitgliederkommunikation und der Unterstützung von gesundheitlicher Prävention in mittelständischen Unternehmen sich hier für Kammern erschließen lassen, zeigen die Beispiele der Handelskammer in Hamburg und der IHK in Berlin. Die Hamburger Kammer war zu Beginn dieses Jahrzehnts Vorreiter mit der Initiative „Fit in Hamburg“ (www.fit-in-hamburg.info), bei der Branchenbetreuung und Mitgliedermobilisierung auf der einen Seite und Vernetzung von Präventi-

⁴³ Befragt wurden 2002 ca. 5000 Kleinunternehmen (< 50 Beschäftigte) aus dem Mitgliederregister der IHK Dortmund. Mit ca. 3% war der Rücklauf erwartungsgemäß niedrig. Anzunehmen ist, dass an diesem Thema besonders aufgeschlossene und engagierte Unternehmen bzw. Unternehmer/innen geantwortet haben. Bei fast allen dieser Unternehmen ist das Spektrum der Kammerleistungen bekannt und die Hälfte dieser Unternehmen nutzt es auch.

onsakteuren und Transfer von Handlungswissen über gesundheitliche Prävention in die Unternehmen auf der anderen Seite in beispielhafter Form praktiziert werden. Leitmotiv der Kammeraktivitäten ist „gesunde Mitarbeiter – starkes Unternehmen“. Für die Kommunikation mit den Mitgliedern bzw. Unternehmen wird ein breites Spektrum von Mitteln eingesetzt (wie Internetplattform, Online-Leitfäden und Selbstcheck-Instrumente, Erstberatung, Presseartikel und Medienpartnerschaften etc.). Seit 2005 wird jährlich der „Gesundheitstag der Hamburger Wirtschaft“ ausgerichtet, bei dem Präventionsdienstleister/innen aus der eigenen Mitgliedschaft ihr Angebot präsentieren können. Weiterhin wird mit einem Best-Practice-Wettbewerb und zukünftig mit einem Qualitätssiegel öffentlichkeitswirksam für die betriebliche Gesundheitsförderung geworben. Die auf die betriebliche Gesundheitsförderung und die Pflege von Humanressourcen gerichteten Aktivitäten der Handelskammer sind darüber hinaus in kommunale bzw. landespolitische konzertierte Aktivitäten zur Gesundheitsförderung insgesamt eingebettet (Aktionsbündnis „Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.“ (www.hag-gesundheit.de)).

Betriebliche Gesundheitsförderung der IHK Berlin

Auch die Aktivitäten der IHK Berlin sind eingebunden in die lokal- bzw. landespolitische Arbeitsgemeinschaft „Gesundheit Berlin e.V.“. Bereits in den 1990er Jahren hatte sich in diesem Rahmen ein Akteursnetzwerk zur betrieblichen Gesundheitsförderung gebildet (vgl. Pröll 1995). Anfang dieses Jahrzehnts hat die IHK mit einer Studie das große Wachstums- und Beschäftigungspotenzial in der Gesundheitswirtschaft für Berlin deutlich gemacht. In den folgenden Meinungs- und Strategiebildungsprozessen zur Erarbeitung eines Masterplans zur Gesundheitswirtschaft hat die Kammer federführend den Schwerpunkt der betrieblichen Gesundheitsförderung verantwortet. Weiterhin hat die Kammer in einem parallelen Ansatz in Kooperation mit der AOK und fachlicher Unterstützung eines AOK-nahen Beratungsinstituts den Fokus auf problematische Belastungskonstellationen in kleinbetrieblich geprägten Branchen (wie Einzelhandel, Hotellerie, Gebäudereinigung) gerichtet. Damit wird das Ziel verfolgt, Arbeitgeber mit Hilfe von betrieblichen Instrumenten der Selbstevaluation auf das Gesundheitsrisiko durch branchentypische Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen und zur Umsetzung kostengünstiger Maßnahmen zur Gesundheits- und Motivationsförderung zu motivieren. Ein Best-practice-Wettbewerb zum betrieblichen Gesundheitsmanagement fand 2005 allerdings nur wenig Resonanz bei den Betrieben. Seit 2007 wird er mit einem erweiterten Ansatz, der auf Unternehmenskultur und Humanressourcenmanagement insgesamt abhebt, durchgeführt und findet nun größeren Zuspruch. Eines der fünf Bewertungskriterien ist dabei die Wirksamkeit

von Maßnahmen für den Gesundheitsschutz. Innerhalb der IHK wird Gesundheit als bereichsübergreifendes Querschnittsthema bearbeitet; die betriebliche Gesundheitsförderung wird als strategische Stellschraube für die Wettbewerbsfähigkeit der überwiegend mittelständischen und kleinen Betriebe der Berliner Wirtschaft anerkannt. Hingegen wird es als durchaus sehr mühsam angesehen, die Unternehmen dafür zu motivieren.

„pragmagus“- Modellprojekt – gesund und sicher arbeiten in kleinen Unternehmen

Pragmagus ist ein Internet basiertes Informationssystem für „Pragmatisches Management von Gesundheit und Sicherheit in Kleinunternehmen“ (www.pragmagus.de), das im Rahmen eines BMBF-geförderten Projektes von der Sozialforschungsstelle in Zusammenarbeit mit wichtigen regionalen Handlungsträgern entwickelt und in Kleinunternehmen unterschiedlicher Branchen erprobt worden ist (Pröll u.a. 2007, 69f.).

Ziel dieses auf die Region ausgerichteten Projektes war es, mit institutionellen Akteuren des Arbeitsschutzes ein möglichst einfaches und alltagstaugliches, aber dennoch rechtskonformes Gesundheits- und Sicherheitsmanagement für Kleinunternehmen aufzubauen und zu erproben. Hierfür wurde u.a. ein betriebliches Handlungsmodell und Instrumente für ein Online-Angebot zur Gefährdungsanalyse für Kleinbetriebe entwickelt und online bereit gestellt, mit denen insbesondere kleine Unternehmen ihren Präventionsstatus eigenständig überprüfen und optimieren können.

Ein institutioneller Partner⁴⁴ war die IHK Dortmund, die maßgeblich das Zustandekommen sowie die empirischen Arbeiten (Mitgliederbefragung) des Projektes befördert hat⁴⁵. Im weiteren Verlauf des Projektes, als es um die Umsetzung konkreter Instrumente für Unternehmen ging, zog sich die Kammer immer mehr zurück. Zu vermuten ist, dass in dem Maße wie im Projekt Dienstleistungen für Unternehmen entwickelt wurden, dies zunehmend mit dem Gebot der Wettbewerbsneutralität für die Kammer kollidierte.

3.2.4 Gesundheit als Thema der Weiterbildung

Weiterbildung ist funktional betrachtet einerseits ein Dienstleistungsangebot und andererseits für Großorganisationen wie die Kammern ein kommunikatives Sensorium, um Themeninteressen und Bedarfslagen in der Mitgliedschaft zu ermitteln. Im Folgenden sollen einige bemerkenswerte Weiterbildungsangebote aus der IHK-Organisation genannt werden, die explizit auf Fragen der gesundheitlichen Präventi-

⁴⁴ Neben der IHK waren auch AOK, BAuA, StAfA, Berufsgenossenschaften usw. beteiligt.

⁴⁵ Förderlich war hier sicherlich, dass auf Seiten der IHK ein Arbeitsschutzfachmann agierte, der zuvor als Aufsichtsbeamter der staatlichen Gewerbeaufsicht tätig war.

on und eines ausgeglichenen Verhältnisses von Arbeiten sowie privatem und sozialem Leben gerichtet sind:

Die IHK Düsseldorf bietet im Themenbereich „Gesundheit & Wellness“ ein regelmäßiges Angebot (mind. seit 2007), das die Themen betriebliche Gesundheitsförderung sowie Leben und Arbeiten in Balance umfasst. Bei den erstgenannten Themen wurden erkennbar auch verschiedene Formate (Abendveranstaltung vs. Zweitagesveranstaltung, einmalig vs. über mehrere Wochen gestreckt) erprobt.

Ein-Tages-Seminare zum betrieblichen Gesundheitsmanagement werden auch von den IHKs in Gießen und Leverkusen (in 2009) sowie München (2006) angeboten. Weiterbildungs- und Coaching-Seminare zu Stressmanagement wurden im Zeitraum 2006-2007 des weiteren von den IHKs in Chemnitz, Hamburg, Pfalz/Ludwigshafen und Niederbayern angeboten, teilweise ausdrücklich für „stressexponierte Verantwortungsträger“ (IHK Chemnitz).

Im Beobachtungszeitraum (seit Anfang 2007) gehört das Angebot der IHK-Online-Akademie zu „Zeit- und Selbstmanagement“, inzwischen mit tutorieller Betreuung, zu den fünf meist genutzten Online-Angeboten.

Stärker auf unmittelbare betriebliche Wirksamkeit ausgerichtete Weiterbildungsprojekte haben jüngst die IHKs in Reutlingen (2007-2008) und Karlsruhe (2008-2009) gestartet. In Kooperation jeweils mit einer Betriebskrankenkasse wird eine mit IHK-Zertifikat ausgezeichnete vertiefte Weiterbildung zum/r Gesundheitsbeauftragten bzw. Gesundheitsmanager/in⁴⁶ mit finanziellen Anreizen für die Unternehmen der Teilnehmer/innen verbunden. Die beteiligten Unternehmen stellen finanzielle oder personelle Ressourcen für betriebliche Gesundheitsförderung bereit, richten einen regelmäßig stattfindenden Arbeitskreis dafür ein und erhalten dafür einen Nachlass auf die Lehrgangsgebühren (PM der IHK Reutlingen vom 26.06.2007; PM der IHK-Bildungszentrums Karlsruhe vom 31.03.2008). Anlass für dieses Angebot ist die Befürchtung eines zunehmenden Fachkräftemangels, weshalb mittelständische Unternehmen im Kammerbezirk bei der nachhaltigen Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements unterstützt werden sollen⁴⁷.

Diese beispielhafte Aufzählung zeigt, dass das Thema Gesundheit durchaus eine Rolle spielt im Weiterbildungsangebot von IHKs und hierbei durchaus auch in bemerkenswerter Weise mit zielgruppengerechten Formaten experimentiert wird. Die vorhandenen innovativen Ansätze können noch beträchtlich ausgebaut werden. Spielräume bestehen in konzeptioneller Hinsicht darin, gesundheitliche Prävention in

⁴⁶ Im Umfang von 112 bzw. 200 Unterrichtseinheiten plus Praxisprojekt

⁴⁷ Beide Kammerbezirke hatten vor der Finanzkrise eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland.

Kleinbetrieben und bezogen auf deren Unternehmer/innen mit aktuellen Entwicklungen des Humanressourcenmanagements zu verknüpfen. Weiterhin scheint es, dass die IHK-Aktivitäten in der Weiterbildung noch zu wenig mit denen in anderen Geschäftsbereichen zur betrieblichen Gesundheitsförderung (wie Gesundheitstagen, -messen, Netzwerken, Internetportalen) und/oder weiteren aktuellen Themen des Humanressourcenmanagements (z.B. demografischer Wandel, familienfreundliche Arbeitszeiten) verkoppelt sind und hier noch Aktivierungspotenziale unter den Mitgliedern ausgeschöpft werden können.

4 Executive Summary: Potenzialprofile und Entwicklungsoptionen

In diesem Kapitel werden die Befunde der empirischen Potenzialabschätzung zusammen gefasst und zu einem hypothetischen, spezifischen „Potenzialprofil“ der IHK-Organisation verdichtet (4.1). Anschließend werden die auf dieser Grundlage zusammen mit den Praxispartnern aus dem IHK-Bereich generierten Ideen für konkrete Pilotprojekte (Modellentwicklungen) vorgestellt. Die detaillierte Planung und Begründung einzelner Modellmaßnahmen (Arbeits- und Zielvereinbarungen der Entwicklungspartnerschaften) kann in diesem analytisch ausgerichteten Werkstattbericht ebenso wenig dargestellt werden, wie erste praktische Interventionserfahrungen der tw. bereits gut voran geschrittenen Modellaktivitäten. Dies wird zusammen mit den Ergebnissen der systematischen Evaluation der Modelle im wissenschaftlichen Endbericht dokumentiert werden, der Ende 2010 zu erwarten ist.

4.1 Spezifische Handlungspotenziale der IHK-Organisation für kleinbetriebliches Gesundheitsmanagement

Im Mittelpunkt der Potenzialabschätzung stehen zwei zentrale Dimensionen⁴⁸:

- In welcher **Konfiguration** ist das Thema betriebliches Gesundheitsmanagement im IHK-Sektor **legitim** und zugleich **organisationspolitisch opportun**? Mit Legitimität ist dabei die Konformität mit gesetzlichen und satzungsgemäßen Zielen und Aufträgen gemeint, die „Opportunität“ zielt auf die praktischen oder organisationspolitischen Nutzenerwartungen der einzelnen Akteursgruppen einer IHK an eine solche Themenintegration. Dies schließt die Frage nach geeigneten **Themenvernetzungen** und „**Andockthemen**“ mit ein.
- Welche „**Formate**“ und **Plattformen für Dialog und Dienstleistung** eignen sich (in besonderer Weise) für die Integration des Themas betriebliches Gesund-

⁴⁸ Zur Konzeptualisierung von „themenspezifischen Potenzialprofilen“ vgl. auch den Werkstattbericht über die Potenzialabschätzung von Berufskammern (Pröll 2008).

heitsmanagement in IHK-Routine? Auf welchen *funktionalen Ebenen* von Dialog und Dienstleistung (Information, Beratung, Bildung, regionale Wirtschaftspolitik etc.) liegen spezifische Stärken des IHK-Sektors für die Themenintegration, insbesondere mit Blick auf *soziale Reichweite* (Adressierung kleinbetrieblicher Zielgruppen) und „*Vitalität*“ der *internen Kommunikation* (Partizipation, Engagement der Akteure).

Im Gegensatz zum klassischen Arbeitsschutz, der in den IHKs als legitimes, aber ungeliebtes Pflichtthema „unauffällig“ mitgeführt wird, ist das Thema „betriebliches Gesundheitsmanagement“ (bzw. betriebliche Gesundheitsförderung) programmatisch inzwischen relativ gut verankert. Es wird in Teilen der Wirtschaft zunehmend als Bestandteil nachhaltigen unternehmerischen Erfolgs und verantwortlicher Unternehmensführung anerkannt. Hintergrund ist nicht zuletzt eine verstärkte gesellschaftliche Thematisierung, an der sich auch die Wirtschaft aktiv (und nicht nur defensiv) beteiligt hat und deren Ergebnis sich in einer Reihe programmatischer Texte und rechtlicher Neuerungen ablesen lässt.⁴⁹ An der grundsätzlichen Legitimität und Opportunität als IHK-Thema gibt es deshalb auch keinen Zweifel: Die Promovierung betrieblichen Gesundheitsmanagements als Bestandteil der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ist ein geeignetes Mittel, die Belange der regionalen gewerblichen Wirtschaft gemeinwohlorientiert zu fördern.

Die Generierung neuer Themen im IHK-System erfolgt in der Regel von unten nach oben, indem einzelne Kammern externe Impulse aus Mitgliedschaft und Gesellschaft aufnehmen und schrittweise in der eigenen Tätigkeit verankern. Bei entsprechender „Basisbreite“ werden Themen vom DIHK aufgenommen mit dem Ziel, eine Kommunikation über *good practice* zu organisieren und Standards für die gesamte IHK-Organisation zu definieren. Ein frühes Beispiel dafür ist der Umweltschutz in den 1990er Jahren, in diesem Jahrzehnt die Themen „familienfreundliche Arbeitszeiten“ oder „demografischer Wandel“ (vgl. Kap. 3.1.1). In unserem Untersuchungszeitraum (seit 2007) ist die Anzahl der Kammern, die sich mit diesen Themen befassen, sprunghaft angestiegen.

Die Adaption des Themas „betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM)“ folgt diesem Grundschema, ist derzeit aber noch nicht so weit fortgeschritten wie bei den Parallelthemen. Es zeichnet sich allerdings ab, dass der Arbeit-Gesundheit-Kontext

⁴⁹ Hier sei nur verwiesen auf die Unterstützung der betrieblichen Gesundheitsförderung durch die gesetzliche Krankenversicherung nach § 20 SGB V, die Luxemburger Deklaration der Sozialpartner auf EU-Ebene zur betrieblichen Gesundheitsförderung (1997 verabschiedet, 2005 aktualisiert), die Lissaboner Erklärung zur Gesundheit am Arbeitsplatz in kleinen und mittleren Unternehmen (2001) und das vereinfachte Verfahren der steuerlichen Anrechenbarkeit von betrieblichen Gesundheitsmaßnahmen (500 Euro pro Beschäftigtem) mit dem Jahressteuergesetz 2009.

durch die parallelen Themenkonjunkturen eher Auftrieb erhält und weniger zu ihnen in einem Konkurrenzverhältnis steht. So weitet sich z. B. die Thematisierung familienfreundlicher Arbeitszeiten in der IHK-Community zusehends zu einer systemischeren Sicht auf die Bedeutung von gelungener Work-Life-Balance für Personalentwicklung und –bindung aus und greift damit „zwangsläufig“ einen nicht unwesentlichen Aspekt modernen betrieblichen Gesundheitsmanagements auf. Noch ausgeprägter ist der Stellenwert von gesundheitlicher Prävention in einzelwirtschaftlichen Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels, was ebenfalls zu deutlichen Verstärkungseffekten führt. Ähnliche Synergien sind zu erwarten, wenn die Debatte um *corporate social responsibility* (CSR) (vgl. Schmeisser u.a. 2009; Pröll 2009) in der Wirtschaft weitere Kreise zieht.

Ob, wie schnell und intensiv das Thema BGM von einer IHK absorbiert wird, hängt gleichwohl primär von **regionalen** Akteurskonstellationen (Branchenmix etc.) und Themenagenden ab, damit auch vom Gewicht der genannten „Synergiethemen“ im regionalen Wirtschaftsdialog.

Die wachsende Themenvernetzung könnte auch der problematischen Tendenz entgegen wirken, BGM allzu pragmatisch auf verhaltensorientierte Maßnahmen im Bereich Bewegung, Ernährung und Entspannung (*fit for job*) zu reduzieren und stattdessen verstärkt auf organisatorische und unternehmenskulturelle Faktoren zu achten.

Mit der wachsenden Zahl von gewerblichen Mitgliedsunternehmen, die Dienstleistungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung anbieten und unter denen (noch) ein beträchtlicher Anteil kleine Unternehmen sind, ist das Thema BGM für eine IHK sowohl als mittelständisches Geschäftsfeld als auch als Standortfaktor von Interesse (Versorgung mit zukunftsrelevanten unternehmensnahen Dienstleistungen). Fruchtbare regionale Plattformen für IHK-Aktivitäten zum BGM bieten sich also insbesondere dort, wo eine „kritische“ Masse privatwirtschaftlicher BGM-Dienstleistern vorhanden ist und sich - auf der „Nachfragerseite“ - Vorreiterunternehmen in Bezug auf ein modernes Humanressourcenmanagement engagieren. Die Förderung der Gesundheitswirtschaft, die in fast allen Regionen explizit auf der IHK-Agenda steht, bietet dabei noch eine zusätzliche Legitimationsbasis. Multimodale Aktionsformen, die Informations- und Erfahrungsaustausch, Messen und Wettbewerbe von und für unternehmerische Entscheidungsträger miteinander verknüpfen, scheinen dabei, wie das Beispiel „Fit in Hamburg“ der Handelskammer Hamburg zeigt, Erfolg zu versprechen.

Betrachtet man nun die „operative Kompetenz“ für Dialog und Mitgliederservice (die zweite Kriteriendimension für die Potenzialabschätzung), dann fällt zunächst ein spezifisches Legitimationsproblem der IHK-Organisation ins Gewicht: Direkte **Bera-**

tungsleistungen für die Mitgliedschaft, für die es einen funktionierenden regionalen Markt gibt, darf eine IHK aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht anbieten. Sie würde damit in Konkurrenz zu solchen Mitgliedern treten, die als gewerbliche Dienstleister auf den entsprechenden Märkten (z.B. Unternehmensberatung, Gesundheitsberatung und –coaching usw.) aktiv sind. Dies ist auch nicht mittelbar über ausgegliederte GmbHs möglich. IHKs können sich deshalb auch nicht am Betrieb von Pools für präventionsfachliche Betreuung nach BGV A2 beteiligen. Zulässig sind allenfalls initiierte Beratungen (Erstberatungen) sowie temporäre Aktivitäten, mit denen regionale Versorgungsdisparitäten ausgeglichen werden. Der Funktionsbereich „Einzelfallberatung“ kann demnach – im Gegensatz zu beträchtlichen Potenzialen im Bereich der Berufs- und Handwerkskammern sowie der Wirtschaftsverbände – für das IHK-System außer Betracht bleiben.

Im Funktionsbereich **Informationsangebote** für die Mitglieder operieren IHKs – wie andere Kammern vergleichbarer Größe – auf hohem professionellen Niveau. Sie greifen dabei sowohl auf klassische Medien und Transferwege (wie Mitgliederzeitschriften, Broschüren und Veranstaltungen) als auch auf neue Medien (wie Homepages, Email-Newsletters etc.) zurück. Der mit der staatlichen Bestandsgarantie verknüpfte Modernisierungsauftrag hat auch auf diesem Sektor zu erheblichen Anstrengungen und Verbesserungen geführt. In etlichen IHKs ist dabei auch das Thema BGM mehr oder weniger differenziert abgebildet.

Auf zwei Handlungsfeldern verfügen IHKs vor dem Hintergrund unserer Potenzialanalyse über ausgeprägte und spezifische operative Stärken:

Dies ist zum einen die **Weiterbildung von betrieblichen Fach- und Führungskräften**. Hier kann die IHK-Organisation in der Fläche auf ein breit gefächertes Angebot, eine funktionierende Logistik (Bildungsabteilungen in allen IHKs, tw. Bildungszentren), curriculare Kompetenz (DIHK-Bildungs-GmbH) und nicht zuletzt auch auf eine enge Rückkopplung der Angebotsplanung und –gestaltung mit der regionalen Klientel verweisen. Ein Blick auf das inhaltliche Themenspektrum und seine curriculare Ausrichtung zeigt vielfältige, bislang offenbar aber noch unzureichend genutzte Schnittstellen zum Themenkreis BGM.

Das zweite Feld, auf dem die IHKs sogar ein „institutionelles Alleinstellungsmerkmal“ reklamieren können, ist die Moderation eines **regionalen Wirtschaftsdialogs**, der nicht an Branchengrenzen halt macht (machen darf) und verpflichtet ist, auch weiche Standortfaktoren, Gemeinwohlinteressen und Nachhaltigkeitsaspekte angemessen zu berücksichtigen. Die Fallbeispiele aus Hamburg und Berlin zeigen, dass dies offensichtlich erhebliche Thematisierungspotenziale für BGM eröffnet, die bislang aber nicht großflächig genutzt werden.

4.2 Modellaktivitäten im IHK-Sektor

Beide Handlungsfelder boten sich deshalb im Rahmen unseres arbeitsteiligen Baustellenkonzeptes als geeignete Laboratorien für die Erschließung ungenutzter Thematisierungspotenziale an. Mit unseren jeweiligen strategischen Kooperationspartnern auf der DIHK-Ebene⁵⁰ wurden deshalb zwei weiter führende Entwicklungsaktivitäten vereinbart.

4.2.1 Teilprojekt A: Curriculare Integration betrieblichen Gesundheitsmanagements in einen IHK-Zertifikatslehrgang „Personalentwicklung in KMU“

PräTrans hat bereits frühzeitig das Gespräch mit der DIHK-Bildungs-GmbH aufgenommen, um Ansatzpunkte zu identifizieren, das Thema Gesundheit in Weiterbildungskonzepten und -curricula zu integrieren. Im weiteren Projektverlauf (2008) konzentrierte sich die Zusammenarbeit des *PräTrans*-Teams der Sozialforschungsstelle mit der Bildungs-GmbH auf die Integration von gesundheitlicher Prävention in eine neue, modular angelegte Weiterbildungskonzeption für *Personalentwicklung in KMU*.

Mit diesem Qualifizierungsprogramm soll praxisnah und ganzheitlich das grundlegende Umsetzungswissen für eine erfolgreiche strategische Personalentwicklung vermittelt werden. Der Lehrgang umfasst insgesamt 64 Lehrstunden. Behandelt werden die grundlegende Bedeutung einer systematischen Personalentwicklung für die Kompetenzsicherung des Unternehmens, der Zusammenhang von Personalentwicklung und Führung, Personalplanung und Personalmarketing, Wissensmanagement und Kommunikation als Voraussetzung für eine erfolgreiche Personalentwicklung, Humanressourcen und Gesundheitsmanagement sowie des Controllings.

Das Qualifizierungskonzept ist unter Federführung der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein, der Weiterbildungseinrichtung der drei Nord-IHKs, von einer Arbeitsgruppe von Vertreter/innen der IHK Leipzig, des DIHK und der DIHK-Bildungs-GmbH und der Wirtschaftsförderung Lübeck sowie unter fachlicher Begleitung durch die SIHK Hagen und dem *PräTrans*-Team der Sozialforschungsstelle erarbeitet worden.

Vom *PräTrans*-Team wurde ein Modul im Umfang von acht Lehrstunden zu „Humanressourcen- und Gesundheitsmanagement“ erarbeitet, in dem die Schnittstellen von Personalentwicklung und BGM systematisch aufgezeigt und jeweils Handlungsmöglichkeiten und Instrumente zur pragmatischen Verknüpfung dargestellt werden. Die Teilnehmenden sollen den Unternehmensnutzen erkennen sowie die Problem-

⁵⁰ Diese zentrale Kooperationsebene wurde auch bei den Entwicklungsaktivitäten wegen ihres hohen systemischen Wirkungsgrades für den Breitentransfer im IHK-System bevorzugt.

schwerpunkte und moderne Methoden eines betrieblichen Gesundheitsmanagements kennen lernen. Sie sollen um seine strategische Bedeutung für das Humanressourcen-Management, eine nachhaltige Unternehmensführung und die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmens (CSR) wissen. Um Themenverständnis, Lernerfolg und Handlungsmotivation zu verstärken, wird tw. auch auf das persönliche Gesundheitsmanagement der Teilnehmenden Bezug genommen.

Die Bedeutung des BGM, auch für kleine und mittelständische Unternehmen, soll an den aktuellen Themen der Work-Life-Balance (WLB) und Stressprävention deutlich gemacht werden. Die Lernziele sind im Einzelnen,

- die Prinzipien und Führungsinstrumente zur Unterstützung einer guten WLB kennen zu lernen,
- die Quellen, Auswirkungen und Präventionsmöglichkeiten von negativem Stress zu wissen,
- die elementare Bedeutung einer gesundheitsgerechten Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsumwelt zu erkennen,
- Beispiele, Strategien und Instrumente zur erfolgreichen betrieblichen Umsetzung eines BGM kennen zu lernen und
- ein eigenes Konzept zur Umsetzung eines Gesundheitsmanagements im Unternehmen zu erarbeiten.

Das neue Lehrgangsangebot wird seit Anfang 2009 im IHK-internen Markt der Weiterbildungsangebote für die örtlichen Kammern bzw. IHK-Bildungszentren angeboten. Für das Jahresende 2009 ist eine erste Evaluation der Anwendererfahrungen mit dem Curriculum vorgesehen.

4.2.2 Teilprojekt B: Regionales Agenda Setting für BGM – Moderation eines Strategie orientierten Erfahrungsaustausches in der IHK-Organisation

Schon auf dem ersten *PräTrans*-Werkstattgespräch im Juni 2008 in Dortmund (http://www.gesundheit-unternehmen.de/04_Service/Veranstaltungen/Werkstatt_1/index.html)

äußerten sich die anwesenden Expertinnen und Experten aus IHKs sehr interessiert an einer Bilanzierung und strategischen Reflexion der lokalen Erfahrungen mit Kammerinitiativen auf der Schnittstelle von Gesundheitswirtschaft und betrieblichem Gesundheitsmanagement. Im Rahmen eines Rückkopplungsgesprächs mit mehreren Fachabteilungen des DIHK (Oktober 2008) wurde dieses strategische Interesse bekräftigt und die Möglichkeit eröffnet, das Thema auf die Agenda der nächsten Zu-

sammenkunft der IHK-Dienstleistungsreferenten/innen im Juni 2009 in Magdeburg zu setzen. Die Sozialforschungsstelle hat diesen Erfahrungsaustausch moderiert und die Ergebnisse ausführlich dokumentiert.

Schon jetzt lässt sich als zentrales Ergebnis festhalten, dass ein Grundverständnis für die Wichtigkeit von BGM bei den Diskussionsteilnehmenden vorhanden ist. Demografischer Wandel und Fachkräftemangel werden als entscheidende Motive angesehen, weshalb sich Unternehmen verstärkt mit dem Thema Gesundheit im Unternehmen befassen sollen. Die Unternehmen dabei zu unterstützen wird als wichtige IHK-Aufgabe angesehen.

Eine systematische Auswertung und Verdichtung zu einem strategischen Diskussionspapier wird der nächste Schritt in diesem Teilprojekt sein (bis Ende 2009).

5 Quellen und Anlagen

5.1 Wissenschaftliche Literatur

- Alemann, Ulrich von (1987): Organisierte Interessen in der Bundesrepublik. Wiesbaden
- ASER (Hrsg.) (2002): Sicher investieren und gesünder arbeiten! Schriftenreihe des Instituts ASER. Nr. 1, Wuppertal
- Bundesregierung (2002): Bericht der Bundesregierung über Beiträge, Aufgaben und Effizienz der Industrie- und Handelskammern. Bundestagsdrucksache 14/9175
- Bundesregierung (2004): Zukunft der Pflichtmitgliedschaft in Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, den Landwirtschaftskammern und den Kammern der Freien Berufe, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage, Drucksache 15/3114. Bundestagsdrucksache 15/3265
- Czada, Roland/ Schimank, Uwe (2000): Institutionendynamiken und politische Institutionengestaltung: Die zwei Gesichter sozialer Ordnungsbildung; in: Werle, Raymond/ Schimank, Uwe (Hrsg.): Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit. Frankfurt/M. 2000, 23-43
- Freigang-Bauer, Ingra/ Dieckhoff, Klaus (2005): Existenzgründung – Gesund und sicher starten, unveröff. Abschlussbericht an das BMWA
- Goltz, Ferdinand (2002): Mancur Olsons Logik des kollektiven Handelns und das (Rechts-)Problem der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern; in: Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts. Baden-Baden, 179-221
- Hendler, Reinhard (2002): Geschichte und Idee der funktionalen Selbstverwaltung; in: Jahrbuch des Kammerrechts, 9-22
- iFK – Institut für Kammerrecht (o.J.): Übersicht zur Entwicklung der Industrie- und Handelskammern: <http://www.kammerrecht.de/downloads/Entwicklung-der-Industrie-und-Handelskammern.pdf> (Zugriff am 17.07.08)
- iFK – Institut für Kammerrecht (o.J.): Übersicht zur historischen Entwicklung des deutschen Kammerwesens: <http://www.kammerrecht.de/downloads/Historische-Entwicklung-des-Deutschen-Kammerwesens.pdf> (Zugriff am 17.07.08)
- IFM – Institut für Mittelstandsforschung Bonn (2009): Ergebnisse aus dem Unternehmensregister, Unternehmen 2006 in Deutschland. Online-Dokument: www.ifm-bonn.org (Zugriff am 26.08.09)
- Kluth, Winfried (1999): Verfassungsrechtliche Grundlagen der Selbstverwaltung in den Industrie- und Handelskammern – Kritische Bestandsaufnahme und Vision, Online-Manuskript, <http://www.kammerrecht.de/downloads/grundlagen.pdf> (Zugriff am 17.07.08)

- Kluth, Winfried (2002): Funktionale Selbstverwaltung; in: Die Verwaltung, Bd. 35, 349-376
- Kluth, Winfried (2002): Die Zukunft der funktionalen Selbstverwaltung – Perspektiven und Themen einer Reformdiskussion; in: Jahrbuch des Kammerrechts, 43-63
- Kluth, Winfried (2008): Ungeliebte Pflichtmitgliedschaft oder Chance zur Mitgestaltung? Selbstverwaltung in der Wirtschaft. In: Zeitschrift der IHK Ulm und Bodensee-Oberschwaben, Heft 4, Download: www.kammerrecht.de/downloads/downloads.html (Zugriff am 17.07.08)
- Kluth, W./ Rieger, F. (2004): Grundbegriffe des Rechts der Industrie- und Handelskammern. Halle (Saale): Institut für Kammerrecht
- Kluth, W./ Voigt, J. (2002): Rechtliche Rahmenbedingungen für die Betätigung von Kammern im Bereich von Bildungsdienstleistungen – Eine Analyse am Beispiel des Bildungszentrums der IHK Halle-Dessau; in: Jahrbuch des Kammerrechts, Baden-Baden, 351-416
- Leif, Thomas/ Speth, Rudolf (Hrsg.) (2003): Die stille Macht. Lobbying in Deutschland. Wiesbaden
- Leif, Thomas/ Speth, Rudolf (Hrsg.) (2006): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden
- Otto-von-Guericke-Universität-Magdeburg (Hrsg.): Auf dem Weg zum erfolgreichen Unternehmen. Gesundheit und Arbeitsschutz für Existenzgründer. Ein Wegweiser. Magdeburg
- Pröll, Ulrich (2009): Corporate Social Responsibility (CSR) – ein innovatives Instrument für die Stressprävention? Kurzgutachten i. A. der BAuA, Dortmund, unveröff. Manuskript
- Pröll, Ulrich/ Ammon, Ursula/ Ertel, Michael/ Haake, Gunter/ Kruse, Oliver (2007): selbstständig & gesund. Prävention und Gesundheitsförderung bei selbstständiger Erwerbsarbeit. Schriftenreihe der BAuA, Forschung Fb 1092. Dortmund/Berlin/Dresden
- Pröll, Ulrich (Red.) (1995): Regionale Kooperationsnetzwerke Arbeit & Gesundheit. Modelle – Projekte – Erfahrungen. Dokumentation der Informationstagung ‚Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt durch regionale Zusammenarbeit‘ in Dortmund am 25.10.1995, Düsseldorf/Dortmund
- Projektverbund Öffentlichkeits- und Marketingstrategie demographischer Wandel (Hrsg.) (2002): Handlungsanleitungen für eine altersgerechte Arbeits- und Personalpolitik – Ergebnisse aus dem Transferprojekt. Stuttgart, Download: www.prognos.com/Publikationsdatenbank (Zugriff am 25.08.09)
- Sack, Detlef/Schroeder, Wolfgang (2008): Bedingungen und Chancen der Transformation des deutschen Kammerwesens, unveröff. Manuskript
- Schmeisser, Wilhelm/ Rönsch, Maria/ Zilch, Isabel (2009): Shareholder Value Approach versus Corporate Social Responsibility. Eine unternehmensethische Einführung in zwei konträre Ansätze. München/ Mering

- Schroeder, Wolfgang (2003): Lobby pur. Unternehmensverbände als klassische Interessenvertreter; in: Leif, Thomas / Speth (Hrsg.): a.a.O., S.
- Schmidt-Trenz, Hans-Jörg (2006): Wie viel Zwang braucht der Dritte Sektor? Die Logik kollektiven Handelns bei Delegation am Beispiel der Industrie- und Handelskammern. In: Jahrbuch Recht und Ökonomik des Dritten Sektors 2005/2006 (RÖDS). Baden-Baden: Nomos, 140-164
- Schmidt-Trenz, Hans-Jörg (1996): Die Logik kollektiven Handelns bei Delegation. Das Organisationsdilemma der Verbände am Beispiel des Beitragszwangs bei den Industrie- und Handelskammern. Tübingen
- Sebaldt, Martin (1997): Organisierter Pluralismus in Deutschland: Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen. Wiesbaden
- Sebaldt, M./ Straßner, A. (2004): Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden
- Ullmann, Hans-Peter (1988): Interessenverbände in Deutschland. Frankfurt/M.
- Zimmer, Annette/ Priller, Eckhard (2007): Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung. Wiesbaden, 2. Auflage (online)

5.2 Veröffentlichungen aus der IHK-Organisation

- DIHK - Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.) (2002): Leistungen im öffentlichen Auftrag. Aufgaben der Industrie- und Handelskammern vom Gesetzgeber übertragen. Broschüre, Berlin: DIHK
- DIHK (2004): Industrie- und Handelskammern der Bundesrepublik Deutschland. Aufgaben und Gesetz. Berlin: DIHK
- DIHK (2005): Satzung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages
- DIHK (2006a): Anschriften der Industrie- und Handelskammern. Broschüre. Berlin: DIHK
- DIHK (2006b): Jahresbericht 2005. Berlin: DIHK
- DIHK (2006c): DIHK – Jargon von A bis Z. Ein kleines Wörterbuch für alle, die neu in der IHK – Welt sind. Broschüre. Berlin: DIHK
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2007a): Für was wir stehen: www.dihk.de. Zugriff am 11.01.2007
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2007b): Wer wir sind: <http://www.dihk.de/inhalt/dihk/index.html>, Zugriff am 01.2.2007
- DIHK (2007): Jahresbericht 2007, Auszug: DIHK-Finanzen (online-Dokument)
- DIHK (2008a): Mittelstandsreport. Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Sommer 2008. Berlin: DIHK
- DIHK (2008b): Erbschaftssteuer verunsichert Mittelstand – DIHK-Report zur Unternehmensnachfolge 2008. Berlin: DIHK

- DIHK (2008c): Wirtschaftslage und Erwartungen, Sonderauswertung „Kreditkonditionen“. Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 2008. Berlin: DIHK
- DIHK (2008d): Den demografischen Wandel bewältigen – vor allem durch bessere Bildung: 10 Weichenstellungen. Wirtschaftspolitische Positionen 2008 der IHK-Organisation. Berlin: DIHK
- DIHK (2009a): Schwieriges Gründungsklima – DIHK-Gründerreport 2009. Berlin: DIHK
- DIHK (2009b): Unternehmensnachfolge im Zeichen von Erbschaftssteuer und Finanzmarktkrise. DIHK-Report zur Unternehmensnachfolge 2009. Berlin: DIHK
- DIHK (2009c): Mittelstandsreport. Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Sommer 2009. Berlin:DIHK
- DIHK (Hg.) (o.J.): IHK – Das Leitbild der Marke. Manuskript, Berlin: DIHK
- DIHK Bildungs GmbH: Qualifizierung von IHK-Mitarbeitern. Seminarprogramm 1/2008
- IHKG - Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I S.920), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerklicher Vorschriften zum 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2934); in: DIHK (2004)

5.3 Anlagen

Maylandt, Jens/Pröll, Ulrich/Ammon, Ursula/Kowalski, Kathrin

IHK-Aktivitäten im Themenfeld „Gesundheitswirtschaft/ betriebliche Gesundheitsförderung“

**Vertiefende Internetrecherche auf Grundlage einer Umfrage des DIHK unter
deutschen Industrie- und Handelskammern zum Thema „Zukunftsmarkt Ge-
sundheit –
ein Thema für Unternehmen und IHKs“ /Stand 04.05.2007)**

Dortmund, März 2008

1. Zielsetzung und Vorgehensweise

Im Rahmen des BMBF-Projektes PräTrans, das der DIHK als strategischer Partner unterstützt, wurde uns eine synoptische Zusammenstellung von Aktivitäten im IHK-System zum wachsenden Markt privatwirtschaftlicher Gesundheitsdienstleistungen („Gesundheitswirtschaft“) zur Verfügung gestellt. Die Synopse des DIHK (Stand: 04.05.2007) basiert auf einer Umfrage bei den örtlichen IHKs im Frühjahr 2007, ihre Aktivitäten in diesem Bereich der Branchenbetreuung zu benennen.

Die Synopse des DIHK zeigt, dass fast alle IHKs in der Bundesrepublik sich mit Fragen der Gesundheitswirtschaft beschäftigen. Die dabei stichwortartig skizzierten konkreten Aktivitäten sind zumeist dem Bemühen zuzuordnen, die Potenziale der GW für ihren Organisationsbereich abzuschätzen und sich in kommunale bzw. regionale Bemühungen der Struktur- und Standortentwicklung einzubinden. Den Angaben war auch zu entnehmen, dass einige wenige IHKs (etwa 1/5) dabei auch den Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung als Beratungsmarkt und „weichen“ Standortfaktor thematisieren.

Ausgehend von der These, dass die Gesundheitswirtschaft für das IHK-System eine „Inkubatorfunktion“ für eine intensivere Befassung mit Fragen der betrieblichen Gesundheitsförderung haben könnte, führten wir eine vertiefende Nachrecherche zu diesem Themenfokus durch. Zu allen IHKs, die in der DIHK-Umfrage Hinweise zu gesundheitsbezogenen Aktivitäten gaben, haben wir über Internet-Recherchen auf den Homepages dieser Kammern (soweit möglich) zusätzliche Informationen eingeholt. Die Recherchen wurden im Juni 2007 durchgeführt. Das Ergebnis dieser Internetrecherchen ist in der nachfolgenden tabellarischen Synopse dargelegt.

Die drei rechtsseitigen Spalten der Übersicht zeigen, dass fast alle IHKs die Gesundheitswirtschaft fördern. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt dabei im Bereich der Strukturpolitik bzw. Standortförderung.

Die linke Seite der Übersicht zeigt, welche IHKs im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung aktiv sind. In der zweiten Spalte werden die Aktivität und die Partner benannt, mit denen die jeweilige IHK dabei zusammenarbeitet. Die dritte Spalte zeigt, dass 2004/2005 die ersten IHKs die betriebliche Gesundheitsförderung als Thema aufgenommen haben. Die vierte Spalte benennt den Typus der Aktivität (Netzwerk, Veranstaltung, Service/Tool etc.). In der fünften Spalte werden Produkte benannt und auf die jew. URL-Adresse verwiesen.

Einschränkend ist zur Qualität der Datenlage zu sagen, dass nicht alle IHKs eine Rückmeldung zu der Umfrage des DIHK gegeben haben. Weiterhin stellten wir fest, dass nicht zu allen Angaben in der DIHK-Synopse Informationen auf der jeweiligen

Homepage der Kammer gefunden werden konnten oder die Angaben in der Synopse ungenau waren.

Insgesamt konnten wir allerdings doch eine ganze Reihe von Aktivitäten im IHK-System zur betrieblichen Gesundheitsförderung genauer erfassen und einordnen.

2. Erste Befunde

- Etwa die Hälfte der auf dem Gebiet der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) aktiven IHKs führen meist eintägige Weiterbildungsseminare zu betrieblichen Gesundheitsthemen durch. Neben der Weiterbildung werden für den Einstieg in die Thematisierung meist längere Artikel oder Titelgeschichten in der Kammerzeitschrift („Impulsartikel“) und/oder eine einmalige Veranstaltung gewählt.
- In den großstädtischen, stadtstaatlichen Kammerbezirken Berlin und Hamburg sind überdurchschnittliche Aktivitäten zur BGF zu verzeichnen. Die besondere Qualität der Themenadaptation zeigt sich vor allem daran, dass verschiedene Wege der Kommunikation mit den Mitgliedern genutzt werden, aktiv in den regionalen Netzwerken mitgewirkt wird und teilweise selbst Netzwerke initiiert und organisiert werden.

IHK-Aktivitäten im Themenfeld „betriebliche Prävention“

IHK	Prävention und Gesundheitsförderung				Förderung der Gesundheitswirtschaft		
	Aktivität/ Partner	Zeit	Typus	Produkte/ Linkliste s. Anhang	Struktur- politik/ Förderung	Bildung	Sonstiges
Aachen					X		
Augsburg					X	X	
Bayreuth							X
Berlin	Teilnahme an der Berliner Landesgesundheitskonferenz	seit 2004	Netzwerke				
Berlin	Studie zum Arbeits- und Gesundheitsschutz im mittelständischen Berliner Einzelhandel (IHK Berlin, AOK Berlin, Berufsgenossenschaft Einzelhandel)	2004-2005??	Netzwerke	CD-ROM mit Selbstcheck zum betrieblichen Gesundheitsmanagement für den Berliner Einzelhandel.			
Berlin	Aktionsbündnis „Pro Betriebliches Gesundheitsmanagement“ (IHK Berlin, Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales u. Verbraucherschutz und weitere Partner)	11/2005 (Auftaktveranstaltung)	Netzwerke				
Berlin	Auslobung eines Wettbewerbs „Best Practices des Betriebl. Gesundheitsmanagements in KMU“ in Medienpartnerschaft mit dem Tagesspiegel.	11/2005 und 5/2007	Netzwerke				

IHK	Prävention und Gesundheitsförderung				Förderung der Gesundheitswirtschaft		
	Aktivität/ Partner	Zeit	Typus	Produkte/ Linkliste s. Anhang	Struktur- politik/ Förderung	Bildung	Sonstiges
Berlin	Workshopreihe „Betriebliches Gesundheitsmanagement“	2006	Veranstaltung				
Berlin	Discussion-Paper „Thinking in Networks“ der BGF???	Juli/August 2005	Veröffentlichung				
Berlin	Workshopreihe „Stärkung betrieblicher Gesundheitspotenziale als Führungsaufgabe und Motor des Geschäftserfolgs“	2007	Veranstaltung	Dokumentation der ersten Veranstaltung der Workshopreihe „Stärkung betrieblicher Gesundheitspotenziale als Führungsaufgabe und Motor des Geschäftserfolgs“ in 2007			
Berlin	Healthy Hotels - Gesundheitscheck für die Hotellerie		Service/Tool	CD-ROM mit Selbstcheck zum betrieblichen Gesundheitsmanagement für das Berliner Hotelgewerbe			
Berlin	Förderung der Gesundheitswirtschaft				X		
Bochum					X		
Bonn					X	X	

IHK	Prävention und Gesundheitsförderung				Förderung der Gesundheitswirtschaft		
	Aktivität/ Partner	Zeit	Typus	Produkte/ Linkliste s. Anhang	Struktur- politik/ Förderung	Bildung	Sonstiges
Bremen	<ul style="list-style-type: none"> - Veranstaltung „Betriebliche Gesundheitsförderung - Chancen für Unternehmen“ 	28.02.2006	Veranstaltung		X		
Bremer- haven	<ul style="list-style-type: none"> - „Gesundheit am Arbeitsplatz“ Schwerpunktthema im IHK Magazin 	3/2002	Veröffentlichung				
Chemnitz	<ul style="list-style-type: none"> - „Coachingfortbildung für Führungskräfte“ (Kommunikation Führungskraft und Mitarbeiter) - „Der Faktor Mensch im Management“ (Gesundheit der Führungskraft) 	10/2007	Seminare		X	X	
Coburg					X		
Detmold					X		
Dillenburg und Wetzlar	<ul style="list-style-type: none"> - Infoveranstaltung Fit im Job – Gesundheitsmanagement für Unternehmer - Vortragsveranstaltung Das neue Verständnis betrieblicher Gesundheitsförderung 		Veranstaltungen		X		

IHK	Prävention und Gesundheitsförderung				Förderung der Gesundheitswirtschaft		
	Aktivität/ Partner	Zeit	Typus	Produkte/ Linkliste s. Anhang	Struktur- politik/ Förderung	Bildung	Sonstiges
Dortmund					X		
Dresden					X		
Duisburg					X		
Düsseldorf	Seminare zu den Themen: - Betriebliche Gesundheitsförderung - Betriebliche Suchtprävention - Leben und Arbeiten in Balance	2006/07	Seminare	Pressemitteilung zum Weiterbildungspro- gramm:	X	X	
Emden					X		
Erfurt						X	
Essen					X		
Flensburg					X		
Frank- furt/Main					X		
Frank- furt/Oder						X	
Freiburg	- 6. Wirtschaftsforum Südbaden zur Ge- sundheitsförderung in Unternehmen (in Zusammenarbeit u. a. mit der IHK Hoch-	2004	Veranstaltung		X		

IHK	Prävention und Gesundheitsförderung				Förderung der Gesundheitswirtschaft		
	Aktivität/ Partner	Zeit	Typus	Produkte/ Linkliste s. Anhang	Strukturpolitik/ Förderung	Bildung	Sonstiges
	rhein-Bodensee) in diesem Zusammenhang: Grundlagenpapier zum Thema Gesundheitsförderung mit best-practice-Beispielen aus der Region						
Fulda	- Schulungen/Seminare zur Gesunderhaltung der Mitarbeiter und die Verbesserung des Arbeitsumfeldes in kritischen Bereichen (bedarfsorientiert)		Seminare			X	
Gießen-Friedberg					X		
Hagen					X		
HK Hamburg	<p>1.) „Aktivposten Gesundheit. Ein Weg zum unternehmerischen Erfolg“</p> <p>- „Persönliches Stressmanagement: Verständnis, Vermeidung, Anzeichen, Bewältigung“</p> <p>2.) Moderation der Initiative „Fit in Hamburg“</p> <p>3.) 2005: Gesundheitstag der Hamburger Wirtschaft</p> <p>- 2006: „Betriebliches Gesundheitsmanagement. Fit im Unternehmen“</p> <p>- 2007: Gesundheitstag der Hamburger Wirtschaft 2007</p>	<p>1.) 2007</p> <p>2.) Seit 2005</p> <p>3.) 2005/06/07</p>	<p>1.) Seminare</p> <p>2.) Netzwerke/Projekt</p> <p>3.) Veranstaltungen</p>	<p>1.) Kurzinformationen zu den Seminaren als Download</p> <p>2.) „Fit im Hamburg“-Website: U. A. mit Online checks.</p>	X	X	

IHK	Prävention und Gesundheitsförderung				Förderung der Gesundheitswirtschaft		
	Aktivität/ Partner	Zeit	Typus	Produkte/ Linkliste s. Anhang	Struktur- politik/ Förderung	Bildung	Sonstiges
Hannover					X		
Heidenheim					X	X	
Kassel					X		
Kiel					X	X	
Koblenz					X	X	
Köln					X		
Heilbronn- Franken	- Titelgeschichte „Betriebliches Gesundheitswesen“ im IHK-Magazin		Veröffentlichung				
Mittlerer Niederrhein KR-MG-NE	- Gastvortrag Gesundheitsvorsorge im Unternehmen		Veranstaltung		X		
Leipzig					X		
Limburg						X	
Lübeck					X		
Pfalz, Ludwigshafen	1.) Stress und Konflikte I (Prävention von Burnout) 2.) Stress und Konflikte II (Entspannungstechniken und anderes)	3.)2007	Seminare		X	X	

IHK	Prävention und Gesundheitsförderung				Förderung der Gesundheitswirtschaft		
	Aktivität/ Partner	Zeit	Typus	Produkte/ Linkliste s. Anhang	Struktur- politik/ Förderung	Bildung	Sonstiges
	3.) Selbstmanagement und Zeitplanung – Die Organisation der eigenen Arbeit						
Magdeburg	Unterstützung und Ausrichtung des Arbeitsschutztages 2005 Sachsen-Anhalt	2005					
Mannheim					X	X	
München und Ober- bayern					X	X	
Münster					X		
Neubran- denburg					X		
Nürnberg					X	X	
Oldenburg					X		
Osnabrück					X		

IHK	Prävention und Gesundheitsförderung				Förderung der Gesundheitswirtschaft		
	Aktivität/ Partner	Zeit	Typus	Produkte/ Linkliste s. Anhang	Struktur- politik/ Förderung	Bildung	Sonstiges
Niederbay- ern, Passau	1.) Ausgewogene Ernährung trotz Stress (Juli 2006) 2.) Zeitmanagement und Selbstmanagement für Meister (2006 und Juli 2007) 3.) PPP für die Zielgruppe Personalvorstände mit Angeboten und Präventionsmaßnahmen und Firmenkuren (Erarbeitung und Umsetzung 2004/2005)	1.) 2006 2.) 2006+07 3.) 2004/05	1.) +2.) Seminare 3.) Projekte/Netzwerke		X	X	
Pforzheim					X		
Potsdam					X	X	
Regensburg	- „Work-Life-Balance“ - „Zeitmanagement“	2006/07	- Seminare				
Reutlingen					X		
Rostock					X		
Saarbrü- cken					X		
Schwerin					X		

IHK	Prävention und Gesundheitsförderung				Förderung der Gesundheitswirtschaft		
	Aktivität/ Partner	Zeit	Typus	Produkte/ Linkliste s. Anhang	Struktur- politik/ Förderung	Bildung	Sonstiges
Siegen	<p>1.)Mitwirkung im Projekt der Bertelsmann Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und inqa "Gesunde Arbeitswelten im demografischen Wandel - Zukunftsfähige Klein- und Mittelbetriebe durch regionale Vernetzung" im Kreis Siegen-Wittgenstein seit Juni 2005-2008)</p> <p>2.)Titelgeschichte im Wirtschaftsreport der IHK Siegen "Gesundheit im Betrieb -Fit für den Erfolg?"</p> <p>3.)Workshop "Warum lohnt sich betriebliches Gesundheitsmanagement aus unternehmerischer Sicht?" am 24. Januar 2007 in der IHK Siegen</p>	<p>1.)Juni 2005-2008</p> <p>2.)12/2004</p> <p>3.)1/2007</p>	<p>1.)Projekt/Netzwerk</p> <p>2.)Veröffentlichung</p> <p>3.)Veranstaltung</p>				X
Stuttgart						X	
Suhl						X	
Trier					X	X	
Villingen/ Schwennin- gen					X	X	
Weingarten					X		
Wiesbaden					X		

IHK	Prävention und Gesundheitsförderung				Förderung der Gesundheitswirtschaft		
	Aktivität/ Partner	Zeit	Typus	Produkte/ Linkliste s. Anhang	Struktur- politik/ Förderung	Bildung	Sonstiges
Würzburg/Schweinfurt					X	X	
DIHK- Bildungs- GmbH						X	

Linkliste

IHK Berlin:

http://www.berlin.ihk24.de/produktmarken/innovati-on/gesundheitswirtschaft/betriebliche_Gesundheitsfoerde-rung/Healty_Hotels.jsp

IHK Chemnitz:

http://www.chemnitz.ihk24.de/Ressourcen/startApplication.jsp?applicationId=vst_details&NeueSuche=false&vstid=11368&suf=.jsp

http://www.chemnitz.ihk24.de/Ressourcen/startApplication.jsp?applicationId=vst_details&NeueSuche=false&vstid=15393&suf=.jsp

IHK Düsseldorf:

http://www.duesseldorf.ihk.de/servicemarken/presse/archiv/2006/20060612news_872.jsp

IHK Freiburg:

<http://www.konstanz.ihk.de/produktmarken/standortpolitik/anlagen/Papier6Wirtschaftsforum.pdf>

HK Hamburg:

<http://www.fit-in-hamburg.info/>

IHK Pfalz, Ludwigshafen:

http://www.pfalz.ihk24.de/produktmarken/weiterbildung/angebot/seminare_managementtraining/Management/Selbstmanagement_und_Zeitplanung_Die_Organisation_der_eigenen_Arbeit_.jsp

IHK Niederbayern, Passau:

http://www.passau.ihk.de/themen/bildung/weiterbildung/Aktuelles/2007/Allgemein2007/Neu_technik2007.pdf

IHK Regensburg:

<http://ihk-regensburg-weiterbildung.de/aktuell/progheft/H06/Programmheft.pdf>

IHK Siegen:

1.) http://www.ihk-siegen.de/Gesunde_Arbeitswelten_im_Demog.795.0.html

3) http://www.ihk-siegen.de/Workshop_Betriebliches_Gesund.1020 html?&no_cache=1&sword_list=Betrieb&sword_list=Gesund&sword_list=im

Eigene Recherche: Die grau unterlegten IHK'en hatten dem DIHK keine Rückmeldung gegeben

Maylandt, Jens/Pröll, Ulrich/Ammon, Ursula/Kowalski, Kathrin

**Internetrecherche zu den IHK-Aktivitäten im Themenfeld
„Arbeits- und Gesundheitsschutz“**

Dortmund, März 2008

1. Zielsetzung und Vorgehensweise

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer systematischen Internetrecherche zu den auf den Homepages der örtlichen IHKs verfügbaren Informationen im Themenfeld „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ in tabellarischer Form dargestellt. Dazu wurden im Juni 2007 die Homepages jeder zweiten IHK in der Bundesrepublik (50%-Stichprobe) durchsucht.

Die Recherche wurde begonnen mit den thematischen Stichwörtern: Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, Maschinensicherheit, Geräte- und Produktsicherheit. Im zweiten Schritt wurden die angezeigten Subseiten nach Typen von Aktivitäten bzw. Informationen (wie Arbeitskreis/Ausschuss, Veranstaltung, Beratung, Bildungsangebot, Broschüren, Downloads, Links; siehe vierte Spalte der Tabelle).

Ziel der Recherche war es, Art und Umfang der Aktivitäten der örtlichen IHKs in diesem Themenfeld, das nicht zum Pflichtaufgabenbereich der IHKs gehört, in einer Stichprobe von IHKs zu ermitteln und hierüber Hinweise zu bekommen, ob und wie der Arbeits- und Gesundheitsschutz thematisiert wird.

Angeregt wurde diese systematische Recherche durch unsere Detail- und Nachrecherchen zu der Synopse des DIHK „Zukunft Gesundheit – ein Thema für Unternehmen und IHKs“ (Stand: 04.05.2007) (s. auch WB 0? Entwurf – zur internen Verwendung). Es zeigte sich dabei, dass aus der Betreuung des neuen und wachsenden Bereichs privatwirtschaftlicher Gesundheitsdienstleistungen („Gesundheitswirtschaft“) heraus, der betriebliche Gesundheitsschutz in bedeutsamem Umfang thematisiert wird, allerdings nie auf Aktivitäten des Arbeits- und Gesundheitsschutzes verwiesen wird.

Die nachfolgende tabellarische Synopse zeigt, bei welchen der ausgewählten IHKs Informationen zu Arbeitsschutzthemen gefunden wurden und welcher Art diese Aktivitäten (Typus) sind. In der rechten Spalte „Anmerkungen/Links“ werden Hinweise zum Fundort gegeben.

Dieses Rechercheergebnis unterliegt bestimmten Einschränkungen: Möglich ist, dass mit den gewählten Suchstichworten nicht alle einschlägigen Einträge gefunden werden konnten. Außerdem konnten nur solche Aktivitäten gefunden werden, zu denen überhaupt Informationen auf den Homepages verfügbar sind. Es wird deshalb nicht der Anspruch erhoben, mit dieser Recherche die Arbeitsschutzaktivitäten der ausgewählten IHKs vollständig erfasst zu haben.

2. Erste Befunde

Gleichwohl können aus den Recherche-Ergebnissen einige Systematiken und Trends abgelesen werden:

Das Themenfeld Arbeitssicherheit bzw. Arbeitsschutz ist in den IHKs in der Regel dem Geschäftsbereich Innovation und Umwelt zugeordnet.

Die Homepages werden als Informationsplattform genutzt. Im Vordergrund steht die Bereitstellung von Info-Blättern über neue Regulierungen, von Gesetzes- und Richtlinien-texten, von Merkblättern und Leitfäden, von Newslettern und Terminen sowie Hinweisen zu Schulungsangeboten. Weiterhin wird häufig zu anderen Homepages (von Ministerien, Behörden, Datenbanken etc.) verlinkt.

Diese Informationen betreffen hauptsächlich Fragen der technischen Arbeitssicherheit (Maschinen-, Arbeitsstätten-, Transportsicherheit), der Produktsicherheit und –haftung, des Chemikalienrechts, der Gefährdungsbeurteilung und der Gefahrgut-handhabung sowie der Hygiene. Der betriebliche Gesundheitsschutz wird eher selten angesprochen (z.B. durch die IHK Aachen, Berlin, Braunschweig, Karlsruhe, Koblenz).

Jede sechste IHK der Stichprobe hat einen Ansprechpartner für Arbeitssicherheit bzw. Arbeitsschutz benannt. Etwa der Hälfte dieser Arbeitsschutzreferent/innen steht ein Arbeitskreis mit Fachkräften für Arbeitssicherheit bzw. betrieblichen Verantwortlichen für Arbeitsschutz zur Seite und ermöglicht ihnen, ihren Wirkungskreis zu verbreitern (z.B. AK Werkssicherheit und AK Gefahrgut bei der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld, Informationskreis Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit bei der IHK für die Pfalz, AK Arbeitsschutz bei der IHK Trier, AK der Arbeitssicherheitsfachkräfte bei der IHK Bodensee-Oberschwaben).

Etwa jede sechste IHK der Stichprobe macht auf den Arbeitsschutz über thematische Veranstaltungen aufmerksam (wie z.B. IHKs Schwaben, Berlin, Bremerhaven, Cottbus, Karlsruhe, Koblenz, Mittlerer Niederrhein, Regensburg). Themen sind bspw. Haftung und Verantwortung im Arbeitsschutz, das neue Chemikalienrecht REACH, Betriebliches Gesundheitsmanagement als strategische Unternehmensaufgabe. Auch werden über die Homepages arbeitsschutzrelevante Downloads zur Verfügung gestellt, wie z. B. Broschüren zum Qualitätsmanagement (IHKs Aachen, Karlsruhe, Würzburg-Schweinfurt), Leitfäden zur Implementierung eines Arbeitsschutzmanagements (IHK Mittlerer Niederrhein und IHK Duisburg) und zum Arbeitsschutz in KMU (IHK Düsseldorf), Erfahrungsberichte zu Betrieblichem Gesundheitsmanagement als strategischer Unternehmensaufgabe (IHK Koblenz), Leitfäden zur Ermittlung und Be-

urteilung der Gefährdungen durch Gefahrstoffe am Arbeitsplatz (IHK Mittlerer Niederrhein). Die IHK Mittlerer Niederrhein führt Arbeitsschutzsprechtage durch.

Aus vorangegangenen Internetrecherchen ist hinzuzufügen, dass einzelne (größere) IHKs größeren, regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen hervortreten:

So hat bspw. die IHK Mittelfranken (Nürnberg) im April 2007 zum fünften Mal das Forum „Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit“ für Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte, in Kooperation mit den regionalen Fachverbänden, durchgeführt.

Die IHK Stuttgart hat in 2006 den ersten Stuttgarter Sicherheitstag zu betrieblichem Arbeitsschutz und Brandschutz veranstaltet.

Die Handelskammer Hamburg veranstaltet jährlich seit 2005 den „Gesundheitstag der Hamburger Wirtschaft“ (organisiert im Rahmen der Branchenbetreuung Gesundheitswirtschaft).

Bei der IHK Hannover wird die Arbeit der Referent/innen und Branchenbetreuer/innen durch eine E-Learning-Plattform zum Arbeitsschutz unterstützt.

Diese Internetrecherchen wurden im Rahmen des PräTrans-Projektes durchgeführt.

Nr.	IHK	Thema	Typus/Was wird gemacht?	Anmerkungen/Links
		Arbeitsschutz: Maschinensicherheit, Produktsicherheit Arbeitsstätten-sicherheit (Innovation und Umwelt oft als Überbegriff)	z.B. Arbeitskreis/Ausschuss Veranstaltungen Beratung Bildungsangebot Informationsangebot - persönlich oder schriftlich (Broschüren, Links,...)	
1	IHK Aachen	Arbeitsschutz, übergreifend	Kurzinfor: Weiterbildung im Umweltschutz - Bildungsträger als Download (Themen: Ansprechpartner für Arbeitsschutz, Gefahrgut, Immissionsschutz,...)	Über "Umwelt"
		Arbeits- und Gesundheitsschutz	Qualitätsmanagementsysteme - ein Wegweiser für die Praxis incl. Checklisten zu Arbeits- und Gesundheitsschutz als Download	
		Arbeitsschutz (Stichwörter: Arbeitsstättenbau, Schadenstechnik,...)	Kooperationshandbuch	
		Arbeitsschutz, übergreifend	Buch: "Technologie und Innovation", Themen u.a. Risikomanagement...	
		Chemikalien	Info-Dienst Umwelt (Themen u.a. REACH, Emissionen,...)	
		Gefahrgut	Merkblätter	Über "A bin Z" gefunden
		Hygiene	Veranstaltungen, Informationen: Gaststättenunterrichtung	Über "A bin Z" gefunden

2	IHK Schwaben	Arbeitsschutz allgemein	Veranstaltung: "IHK spezial Arbeitsschutz"	
		Arbeitsschutz allgemein	z.B. Innovationsnachrichten Januar 2007 und Oktober 2006 (Themen u.a.: Arbeitssicherheit, REACH, Gefahrstoffe, Gefahrgut, Immissionsschutz)	Über "Newsletter" - "Umwelt" (Anmerkung: Nur diese beiden Ausgaben waren verfügbar)
		Arbeitssicherheit	Arbeitskreis Umweltschutz + Kontaktperson	Über "Stichwort A bis Z"
		Chemikalien	Info-Blatt "REACH in 10 Minuten" und "Auswirkungen von REACH"	Über "Stichwort A bis Z"
		Gefährdungsbeurteilung	z.B. Umweltnachrichten Januar 2007 incl. Seminarangebot	Über "Newsletter" - "Innovation"
		Gefahrgut	Erfahrungsaustausch-Kreis Gefahrgut + Ansprechpartner	Über "Wir über uns" -
		Gefahrgut	Infos, Merkblätter, Links Kursangebot für Gefahrgutbeauftragte	Über "Stichwort A bis Z"
		Geräte- und Produktsicherheit	Geräte- und Produktsicherheitsgesetz	Über "Publikationen" - "Merkblattverzeichnis nach Bereichen" - "Innovation und Umwelt"
		Hygiene	Info-Blatt "Unterrichtung im Gaststättengewerbe"	Über "Publikationen" - "Merkblattverzeichnis nach Bereichen" - "Recht/Fair Play"
		Hygiene	"Infektionsschutzgesetz"	Über "Publikationen" - "Merkblattverzeichnis nach Bereichen" -

				"Recht/Fair Play"
		Hygiene	Info-Blatt/Merkblatt "Schädlingsbekämpfung"	Über "Publikationen" - "Merkblattverzeichnis nach Bereichen" - "Recht/Fair Play"
		Hygiene	Verordnungen zur Lebensmittelhygiene	Über "Stichwort A bis Z"
		Hygiene	Info-Blatt Lebensmittelrecht, Merkblätter	Über "Stichwort A bis Z"
		Hygiene	Info-Blatt "EU-Hygienepaket"	Über "Stichwort A bis Z"
		Immissionsschutz	Arbeitskreis Umweltschutz + Kontaktperson	Über "Stichwort A bis Z"
		Maschinensicherheit	z.B. Umweltnachrichten März 2007 incl. Seminarangebot	Über "Newsletter" - "Innovation"
		Produkthaftung, Anleitung	z.B. Umweltnachrichten Februar 2007 incl. Seminarangebot	Über "Newsletter" - "Innovation"
		Sabotageschutz	Merkblatt und Link zu: Bundesministerium Wirtschaft und Arbeit - Sicherheitsforum	Über "Stichwort A bis Z"
		Sicherheit	z.B. Umweltnachrichten November 2006 incl. Link zu bmbf.de	Über "Newsletter" - "Innovation"
		Sicherheitsforschung	z.B. Umweltnachrichten Februar 2007 incl. Link zu "Sicherheitsforschungsprogramm.de"	Über "Newsletter" - "Innovation"
		Strahlenschutz	Link zu: Bayrisches Landesamt für Umwelt	Über "Stichwort A bis Z"
		Umwelt/Innovation	Link zum Innovationsportal	
		Werkstoffe	Merkblatt "Innovative Werkstoffe"	Über "Publikationen" - "Merkblattverzeichnis nach Bereichen" - "Recht/Fair Play"

3	IHK Ostwestfalen zu Bielefeld	Arbeitssicherheit	Ansprechpartner Uwe Lück	
		Gefahrgut	AK Gefahrgut	
		Werksicherheit	Information, Beratung, Schulung durch: Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Nordrhein-Westfalen e.V. (VSW NW e.V.)	
		Werksicherheit	AK Werksicherheit: Themen: - Security Management - Risk Management - Sicherheitstechnik - Brandschutz-Management - Alarm-Management - Rechtliche Rahmenbedingungen - Gebäude-Räumung - Wirtschaftsspionage 40 Mitgliedern: Werkschutzleiter und Sicherheitsverantwortliche aus allen Branchen	
		Werksicherheit	Sicherheitspartnerschaft NRW	

4	IHK Braunschweig	Arbeit: Sicherheit und Gesundheit	<p>Link zum BG-Netzwerk Prävention</p> <p>Link zum "übergeordneten Portal der gewerblichen Berufsgenossenschaft</p>	
		Arbeit: Sicherheit und Gesundheit	Ansprechpartner: Peter Peckedrath, Innovationsberatungsstelle	
		Gefahrgut	Schulung, (Gefahrgutbeauftragten-) Ausbildung, Gefahrgutinformationen, Erfahrungsaustausch	
		Gefahrgut	Ansprechpartner: Fred Scholz	
		Gefahrgut	<p>Link zu safety-expert.de (Gefahrgut im Internet)</p> <p>Link zu Gestis Stoffdatenbank</p> <p>Link zu ADR Merkblatt</p> <p>Link zu "Neue Struktur des ADR/RID zum 1. Juli 2001-1</p>	
		Gefahrgut	<p>Link zu safety-expert.de (Gefahrgut im Internet)</p> <p>Link zu Gestis Stoffdatenbank</p> <p>Link zu ADR Merkblatt</p>	
		Sicherheit	Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft e.V. (ASW)	
		Umwelt	Veranstaltung "Energieausweis"	

5	IHK Bremerhaven	Arbeitsschutz	Veranstaltung: "Haftung und Verantwortung im Arbeitsschutz"	
		Chemikalien	Veranstaltung: "EU-Chemikalienpolitik"	
		Chemikalienrecht	Informationen zu Chemikalienrecht Flyer BAuA Gefahrstoffverordnung Gefahrstoffverordnung 68 Seiten	
		Chemikalienrecht	Weiterbildung: "Die neue Gefahrstoffverordnung"	
		Geräte- und Produktsicherheit	Merkblatt: Neues Geräte- und Produktsicherheitsgesetz	
		Themenübergreifend	Unternehmerforum Werkstattgespräche Schwerpunktthemen: - Managementsysteme & Arbeitsorganisation (M&A) - Technologie & Verfahren (T&V) - Werkzeuge und Strategien (W&S) - Rechtliche Rahmenbedingungen (RR)	
		Umwelt/Energie	DIHK Merkblätter zu Umwelt-/Energiefragen	
		Umwelt/Energie	Veranstaltungen zum Thema Energie/Energieausweis	
		Verkehr/Gefahrgut	Gefahrgutbeauftragte Prüfungsfragen	
		Verkehr/Gefahrgut	Schulung, Informationen, Prüfung	

6	IHK Cottbus	Chemikalienrecht	Informationsveranstaltung (2006) zum neuen Chemikalienrecht REACH Vorträge auch als Download verfügbar	
7	IHK zu Detmold	Arbeitsschutz	Broschüre zum Work Ability Index als Download	
		Arbeitsschutz	Beratung/Information: Ansprechpartner Matthias Carl (Themen u.a. Lastenhandhabungs-Richtlinie, Bildschirmarbeitsplatzrichtlinie, Baustellenverordnung, Arbeitssicherheitsgesetz, Arbeitsstättenrichtlinie,...)	
		Arbeitsschutz	Merkblätter als Download (Betriebssicherheitsverordnung, Arbeitsschutz, -sicherheit in kleinen Unternehmen, Fachkräfte für Arbeitsschutz, Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Arbeitsmediziner)	
		Arbeitsschutz	Link zu BIA, Informationsnetzwerk "Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz", KomNet, ICSC, BauA,	
		Arbeitsschutz	Broschüre "Arbeitsrecht von A bis Z" für 9 Euro	
		Chemikalien/Gefahrstoffe	Link zu GESTIS Datenbank, IGS-public	
		Gefahrstoffe	BG/BGIA Report "Arbeitsschutzlösungen für ausgewählte Stoffe und Verfahren als Download	

8	IHK zu Dortmund	Arbeitsschutz	Broschüre "Meldewege" als Download (Hrsg: IHK Arnsberg, Arnsberg Hellweg-Sauerland, Bochum, Dortmund, Hagen, Siegen)	Unter "Innovation und Umwelt" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Ansprechpartner: Herbert Holinde	Unter "IHK von A bis Z", Geschäftsstelle Dortmund
		Arbeitsschutz	Info-Brief Arbeitsrecht (Ausgaben 17/2005, 19/2006)	Stichwortsuche "Arbeitsschutz"
		Chemikalienrecht	Broschüre und Verordnung (+ 2 Fallbeispiele) zum neuen Chemikalienrecht REACH	Unter "Innovation und Umwelt"
		Chemikalienrecht	Farben- und Lackverordnung (als Download)	Unter "Innovation und Umwelt" - "Gesetze und Verordnungen"
		Gefahrgut	Ansprechpartner: Gefahrgutbeauftragte /-fahrer, Petra Sundermann	Unter "IHK von A bis Z"
		Luftreinhaltung	Karte LKW-Entlastungszone Merkblatt LKW-Entlastungszone Luftreinhalteplan Dortmund (alles als Download) Informationen zu Feinstaub	Unter "Innovation und Umwelt" - "Maßnahmen zur Luftreinhaltung"

9	IHK zu Düsseldorf	Arbeitsschutz	Broschüre "Arbeitsschutz in kleinen und mittleren Unternehmen" als Download und kostenlos bestellbar	Unter "Industrie/Innovation/Umweltschutz" - "Umweltschutz" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Link zur Seite der HVBG Link zu www.pr.o.info.de	Unter "Industrie/Innovation/Umweltschutz" - "Umweltschutz" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	CD-Rom "Die Betriebssicherheitsverordnung - eine Umsetzungshilfe für 8 Euro bestellbar	Unter "Publikationen" - "A bis Z" - "D"
		Chemikalien	Link zur BAuA "REACH-Helpdesk"	Unter "Industrie/Innovation/Umweltschutz" - "Umweltschutz" - "EU-Chemikalienpolitik"
		Chemikalien	Servicetelefon	Unter "Industrie/Innovation/Umweltschutz" - "Umweltschutz" - "EU-Chemikalienpolitik"
		Chemikalien/Gefahrstoffe	Informationen über Stoffverbote als Downloads	Unter "Industrie/Innovation/Umweltschutz"
		Gefahrstoffe	Link zu GDL (Gefahrstoffsdatenbank der Länder)	Unter "Industrie/Innovation/Umweltschutz" - "Umweltschutz" - "Gefahrstoffverordnung"
		Sicherheit allgemein	Sicherheitsdatenblätter über NIOSH (Sprache auswählen und dann Weiterleitung zur BGIA-Datenbank (Themen z.B. Ergonomie, Lärm, Hautgefährdung,...))	Unter "Industrie/Innovation/Umweltschutz" - "Umweltschutz" - "Sicherheitsdatenblätter"
		Sicherheit allgemein	Sicherheitsdatenblätter durch Links zur BAuA und DGUV	Über "A bis Z" - Sicherheitsdatenblätter

10	IHK zu Erfurt	Arbeitsschutz	Betriebssicherheitsverordnung - Umsetzungshilfe auf CD-Rom für 8 Euro bestellbar	Über "Innovation/Umwelt" - "Umweltberatung" - "Betrieblicher Umweltschutz" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Ansprechpartner: Antje Deutscher	Über "Innovation/Umwelt" - "Umweltberatung" - "Betrieblicher Umweltschutz" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Betriebssicherheitsverordnung, 3 Beispiele als Download	Über "Innovation/Umwelt" - "Umweltberatung" - "Betrieblicher Umweltschutz" - "Arbeitsschutz" - "Interessante Dokumente"
		Arbeitsschutz	Fachbeitrag Betriebssicherheitsverordnung, Handlungshilfe als Download	Über "Innovation/Umwelt" - "Umweltberatung" - "Betrieblicher Umweltschutz" - "Arbeitsschutz" - "Interessante Dokumente"
		Arbeitsschutz	Info-Letter, Themen u.a. Arbeitsschutzvorschriften, Arbeitsstättenverordnung, alle Info-Letter als Download	Über "Recht/Fair Play" - "Arbeitsrecht" - "Info-Letter Arbeitsrecht"
		Arbeitsschutz	Link th.osha.de	Über "Branchen" - "Dienstleistungen" - "Links"
		Geräte- und Produktsicherheit	Merkblatt zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz als Download	Über "Innovation/Umwelt" - "Innovations- und Technologieberatung" - "Regeln, Normen, Patente" - "Geräte- und Produktsicherheit"
		Geräte- und Produktsicherheit	Gesetz zur Neuordnung der Sicherheit von technischen Arbeitsmitteln und Verbraucherprodukten	Über "Innovation/Umwelt" - "Innovations- und Technologieberatung" - "Regeln, Normen, Patente" - "Geräte- und Produktsicherheit"
		Hygiene	Veranstaltung "Unterrichtung im Gaststättengewerbe", 50 Euro	Über "Veranstaltungen" - "Veranstaltungsinformation" - Suche Stichwort

				"Schutz"
		Umweltschutz	Arbeitskreis Betrieblicher Umweltschutz	Über "Innovation/Umwelt" - "Umweltberatung" - "Interessenvertretung"
				Anmerkung: Arbeitskreis Umwelt, Geschäftsfeld: Innovation/Umwelt, Ausschuss: Umwelt aber nicht weiter differenziert
11	IHK Frankfurt am Main	Arbeitssicherheit	Links zu: LASI, Arbeits- und Umweltschutzinfos Institut für Chemie, Staatliche Arbeitsschutzverwaltung des Landes Hessen	Stichwortsuche "Arbeitssicherheit"
		Betrieblicher Umweltschutz	Seminarplan "Umweltschutzaufgaben" in "Umwelt-Info" z.B. 04/2007	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt-Info" (abonnierbar)
		Chemikalien	Informationen zu Chemikalienrecht und REACH in "Umwelt-Info" 06/2007	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt-Info" (abonnierbar)
		Gefahrenanalyse	Information, Link und Veranstaltung in "Innovationsnachrichten"	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovationsnachrichten" (abonnierbar)
		Gefahrgut	Nachrichten, Gesetzesänderungen	Über "IHK von A bis Z" - "Gefahrgut"
		Gefahrgut	Termine (Veranstaltungen, Aus- und Weiterbildung)	Über "IHK von A bis Z" - "Gefahrgut"
		Gefahrgut	Merkblätter	Über "IHK von A bis Z" - "Gefahrgut"
		Gefahrgut	Literaturhinweise	Über "IHK von A bis Z" - "Gefahrgut"
		Gesundheit	Informationen und Link zum Aktionsprogramm Gesundheit z.B. 05/2007	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt-Info" (abonnierbar)
		Gesundheit	Informationen zur Luftreinhaltung z.B. "Umwelt-Info" 04/2007	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt-Info" (abonnierbar)
		Hygiene	Informationen zu Lebensmittelsicherheit, Gesundheitsdienstleistungen in "Umwelt-Info" z.B. 06/2007	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt-Info" (abonnierbar)
		Hygiene	Informationen/Verordnung zur Gaststättenunterrichtung	Über "IHK von A bis Z" - "Gaststättenunterrichtung"

			Merkblatt Tätigkeit mit Lebensmitteln	
		Hygiene	Informationen zum Lebensmittelrecht	Über "IHK von A bis Z" - "Lebensmittelrecht"
		Produktsicherheit	Jahresbericht 2006 in Umwelt-Info z.B. 05/2007	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt-Info" (abonnierbar)
		Sichere Mobilität	Informationen und Link in "Innovationsnachrichten"	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovationsnachrichten" (abonnierbar)
		zivile Sicherheit	Studie BMBF als Download "Innovationsnachrichten"	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovationsnachrichten" (abonnierbar)
12	IHK Fulda	Arbeitssicherheit	Seminare vom Umweltinstitut Offenbach zu den Themen Produktsicherheit, Arbeitssicherheit, Brandschutz, Gefahrgut, Strahlenschutz u.ä.	
		Chemikalien	Merkblatt zur REACH-Verordnung und "REACH in 10 Minuten", beides als Download	direkt auf der Startseite
		Hygiene	Seminar "Unterrichtung im Gaststätten-gewerbe"	Über "Recht/Fair Play" - "Gewerberecht"
		Hygiene	Merkblätter: Infektionsschutzgesetz, Gaststättenunterrichtung	Über "Recht/Fair Play" - "Gewerberecht"

13	IHK Giessen-Friedberg	Geräte- und Produktsicherheit	Merkblätter zu: neues Geräte- und Produktsicherheitsgesetz, Bauprodukte, Elektromagnetische Verträglichkeit, Niederspannungsrichtlinie, Sicherheit von Spielzeug	Über "Innovation und Umwelt" - "Merkblätter"
		Hygiene	Veranstaltung Gaststättenunterrichtung, 51 Euro	Über "Veranstaltungen"
14	IHK Halle-Dessau	CE-Kennzeichnungen	Informationen als Downloads	Über "Innovation und Umwelt" - "Technologiepolitik" - "Beachtung technischer Regeln und Normen"
		Chemikalienpolitik	Vorträge zur REACH-Konferenz als Downloads, Infoblätter über REACH	Über "Innovation und Umwelt" - "Industrie- und Chemikalienpolitik" und über Downloads
		Feuer	z.B. Infoblatt Feuerlöscher	Über Downloads
		Gefahrenstoffe	Gefahrenstoffverordnung, Elektro- und Elektronikgerätegesetz, Informationen zu Feinstaub als Downloads	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltpolitik/Umweltberatung"
		Gefahrgut	Schulungen, Seminare, Infoblätter, Vorträge (Gefahrgutbeauftragte, Gefahrguttransporte, Gefahrgutfahrer)	Z.B. über Downloads
		Geräte- und Produktsicherheit	Informationen zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz als Download	Über "Innovation und Umwelt" - "Technologiepolitik" - "Beachtung technischer Regeln und Normen"
		Sicherheit	z.B. Infoblatt Sicherheitstechnik, GS-Zertifikat	Über Downloads
		Start/Gesundheit	Link zu guss-net	Über Start- und Unternehmensförderung

15	IHK Hannover	Arbeitsmedizinische Vorsorge	Link zu HVBG: Fragen und Antworten	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Arbeitssicherheit	Merkblatt "Wie wird man Fachkraft für Arbeitssicherheit?"	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Arbeitssicherheit	Link zu: BG der Feinmechanik und Elektrotechnik	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Arbeitssicherheit	Link zum Informationssystem für Sicherheitsdatenblätter (HVBG)	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Arbeitssicherheit	Office-Excellence-Check des Fraunhofer Instituts	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Arbeitssicherheit allgemein	Link zur Seite "Praktische Lösungen" des Länderausschusses für Arbeitssicherheit (Themen u.a. Gefahrstoffe, Lärm, Gefährdungsbeurteilung) Link zu KomNet Arbeitsschutz	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Arbeitssicherheit allgemein	IHK-Liste der Betriebsbeauftragten im Umwelt- und Arbeitsschutz	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		betrieblicher Arbeitsschutz	Informationen über den Landeskongress für betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz (September 2007) Anmeldung zum Kongress Flyer als Download Link für weiter Informationen: www.lak-nds.net	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		betrieblicher Arbeitsschutz	Aufstellung von Datenbanken zu versch. Themen, u.a. Gefahrstoffe (Aufstellung von BAuA)	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Betriebssicherheit	Umsetzungshilfe zur Betriebssicherheitsverordnung bestellbar, von 2003, 4. Auflage, CD-ROM, (6,90 Euro)	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Betriebssicherheit	Kurzübersicht Betriebssicherheitsverordnung	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"

		Biogas	Leitfaden "Errichtung und Betrieb von Biogasanlagen"	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Recht"
		Chemikalien	Merkblatt "Reach in 10 Minuten" als Download	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Praxistipps"
		Chemikalien	E-Learning Tool des Bundesamtes zu REACH	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Praxistipps"
		Chemikalien	Link zu: Europäische Chemikalienagentur	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Praxistipps"
		Chemikalien	Veranstaltungen zu REACH	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Praxistipps"
		Chemikalien	Links zu Online-Help-Desks für REACH (BAuA, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Hochschule Darmstadt, Land NRW, Umweltbundesamt, Verband der Chemischen Industrie e.V.) und zu anderen Mitgliedstaaten (Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Niederlande, Großbritannien)	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Praxistipps"
		Chemikalien	neue Chemikalienverordnung als Download DIHK-Merkblatt zum Chemikalienrecht als Download	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Recht"
		Chemikalien	Link zu: Portal "Lösemittelarme Produkte"	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Recht"
		Chemikalien	Informationen zur Verwendung von Lösemitteln	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Recht"
		Chemikalien	Anzeigeformular für Lösemittel als Download	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Recht"
		Chemikalien	Vorträge des IHK-Workshops "Chemikalien in der Produktion" als Downloads	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Veranstaltungen"
		Emissionsschutz	Fragen und Antworten der EU-Kommission	Über "Umwelt/Energie" - "Umwelt" - "Recht"

		Energie	Merkblatt "Gebäudeenergieausweis für den Altbestand"	Über "Umwelt/Energie" - "Energie" - "Recht"
		Explosionsgefahr	Broschüre zu Gefährdungsbeurteilung/Explosionsschutz vom Landesamt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Gefahrstoffe	Link zu BAuA, Thema Schutz beim Umgang mit Gefahrstoffen im Betrieb	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Gefahrstoffe	Merkblatt der BG der chemischen Industrie zum Gefahrstoffrecht	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Hygiene	Informationen zum Gaststättengesetz	Über "Rechtsinformationen" - "Gewerberecht"
		Hygiene	Informationen und Ansprechpartner zu: Lebensmittelgesetz/Lebensmittelrecht	Über "Rechtsinformationen" - "Gewerberecht"
		Hygiene (Staub)	Link zum Internetportal der BG	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Lärmschutz	Infoblatt der BG Bau zu Lärmschutz Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdung vor Lärm und Vibrationen; beides als Downloads	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Lärmschutz	Links zu: bg-laerm.de und bg-vibrationen.de	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
		Schutzausrüstung	Link zu HVBG: Checklisten für persönliche Schutzausrüstungen	Über "Umwelt/Energie" - "Arbeitssicherheit"
16	IHK Karlsruhe	Arbeits- und Gesundheitsschutz	Qualitätsmanagementsysteme - ein Wegweiser für die Praxis incl. Checklisten zu Arbeits- und Gesundheitsschutz als Download	Über "Innovation und Umwelt" - "Publikationen"
		Arbeitsschutz	Informationen im "Inforecht" Newsletter Link zu www.arbeitsrecht.de	Stichwortsuche "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz allgemein	Arbeitskreis "Umwelt/Energie"	Stichwortsuche "Arbeitssicherheit"

		Arbeitsschutzvorschriften	Link zu osha.de: Bericht der Bundesregierung von 2005 (über den aktuellen Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankengeschehen in der BRD) dort als Download	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt" - "Umwelt aktuell" und Über Stichwortsuche "Arbeitsschutz", Link zusätzlich im Infoletter
		Bildschirm- und Büroarbeitsplätze	Link zu www.arbeitssicherheit.de, Leitfaden für die Gestaltung von Bildschirm und Büroarbeitsplätzen dort als Download	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt" - "Umwelt aktuell"
		Chemikalien	Veranstaltungen zum Thema REACH	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt" - "Umwelt aktuell"
		Chemikalien	Tel, Fax und Adresse des REACH Helpdesks der BAuA	Stichwortsuche "Arbeitsschutz"
		Energie	Workshop-Angebote zu Themen der Energieeffizienz (u.a.: Heizen, Kühlen, Trocknen, Druckluft und Antriebstechnik, Potenziale im betrieblichen Alltag: Beleuchtung, Maschinenlaufzeit, Organisation)	Über "Innovation und Umwelt" - "Energie"
		Gefahrstoffe, bzw. gefährliche Konsumartikel	DIHK-Jahresbericht als Download	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovation aktuell"
		Geräte- und Produktsicherheit	Veranstaltungsangebot	Über "Innovation und Umwelt" - "Publikationen" (Veranstaltungskalender als Download)
		Innovationen	Veranstaltungsangebot zu "Wo steht mein Unternehmen hinsichtlich neuer Produkte, Verfahren/Dienstleistungen?"	Über "Innovation und Umwelt" - "Publikationen" (Veranstaltungskalender als Download)
		Lärmschutz	Link zu HVBG (Beratungsleistungen zur Prävention) Link zu BMBF (Broschüre dort als Download: Ausbildung und Beruf)	Stichwortsuche "Arbeitsschutz"

		Maschinenrichtlinien	Veranstaltungsangebot	Über "Innovation und Umwelt" - "Publikationen" (Veranstaltungskalender als Download)
		Reinigungsmittel	Wasch- und Reinigungsmittelgesetz als Download	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt" - "Umwelt aktuell"
		Technische Regeln	Veröffentlichungen zu technischen Regeln bestellbar	Über "Innovation und Umwelt" - "Publikationen" - "weitere Publikationen"
		Technische Regeln	Link zu BAuA, Regeln können dort abgerufen werden	Stichwortsuche "Arbeitsschutz"
17	IHK Koblenz	Arbeitsschutz	Arbeitsschutzpreis Link für weitere Informationen Flyer	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Aktuelles/Infos"
		Arbeitsschutz	Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Arbeitskräfte für Arbeitssicherheit als Download	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Innovation, Technologien"
		Arbeitsschutz	Arbeitsschutzgesetz als Download	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Innovation, Technologien"
		Arbeitsschutz	Arbeitszeitgesetz als Download	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Innovation, Technologien"
		Arbeitsschutz	generelle Informationen "Was ist Arbeitsschutz"	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Umwelt"
		Betriebliches Gesundheitsmanagement	Vortrag downloadbar (aus der Veranstaltung: "Forum für Arbeits- und Gesundheitsschutz"	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Aktuelles/Infos"
		Betriebliches Gesundheitsmanagement	Erfahrungsbericht "BGM als strategische Unternehmensaufgabe" als Download	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Aktuelles/Infos"
		Brandschutz	Weiterbildungsangebot (des MZM) "Fachplaner für vorbeugenden Brandschutz Aufbaustudiengang (des MZM) "Sachverständige für den vorbeugenden Brandschutz (2975 Euro)	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Aktuelles/Infos" MZM = Managementzentrum Mittelrhein

			Aufbaustudiengang (des MZM) "Brand-schutzmanager" (2850 Euro)	
		Chemikalien	REACH: Lehrgangsangebot Link zum helpdesk (www.reach-net.com/1.htm) Link zu ECHA "Reach in 10 Minuten" als Download Ansprechpartner Online-Fragebogen von UMFIS zu Um-weltschutz	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Aktuelles/Infos"
		Chemikalien	Chemikaliengesetz als Download	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Umwelt"
		Emissionen	Broschüren kostenpflichtig bestellbar (10 und 5 Euro)	Über "Kundenzentrum" - "Merkblätter und Broschüren" - "Publikationen zum Thema Industrie, Innovation und Um-welt"
		Gefahrgut	Gefahrgutbeauftragtenverordnung als Download Merkblatt zu Gefahrgutfahren Informationen zu Gefahrgut, Gefahrgut-fahrer Schulungen für Gefahrgutbeauftragte Forum "Gefahrgut Rhein-Mosel" Link zu www.bmvbs.de Link zu www.mwvlw.de	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Umwelt"
		Gefahrstoffe	Merkblatt "Nachweißführung bei Selbstanlieferung von gefährlichen Abfällen durch Gewerbetreibende"	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Aktuelles/Infos" - "Umweltnachrichten Archiv" - "Sep. 2006"

		Gefahrstoffe	Link zum Report zum Umgang mit Styrol (HVBG)	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Aktuelles/Infos" - "Umweltnachrichten Archiv" - "Sep. 2006"
		Gefahrstoffe	Gefahrstoffverordnung als Download Gefahrensymbole mit Erläuterungen Flyer der BAuA zur Gefahrstoffverordnung	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Umwelt"
		Geräte- und Produktsicherheit	EG-Richtlinien als Download Geräte- und Produktsicherheitsgesetz: Gesetzestext und "kurzer Einstieg" als Download Produkthaftungsgesetz als Download	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Innovation, Technologien"
		Lärm- und Vibrationsschutz	Verordnung zum Schutz von Beschäftigten durch Lärm und Vibration als Download	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Aktuelles/Infos"
		Luftverschmutzung	Link zur Luftreinhalte-Verordnung (www.bundesrat.de)	Über "Industrie, Innovation, Umwelt" - "Aktuelles/Infos" - "Umweltnachrichten Archiv"
		Umweltmanagement+ Risiko- und Notfallvorsorge	IHK-Ratgeber "Umweltschutz in Unternehmen - Zwischen Strafrecht und Wirtschaftlichkeit", kostenlos bestellbar	Über "Kundenzentrum" - "Merkblätter und Broschüren"

18	IHK Mittlerer Niederrhein Krefeld-Mönchengladbach-Neuss	Arbeitsschutz (Maschinen- bzw. Betriebssicherheit)	Downloads: Betriebssicherheitsverordnung Leitfaden "Überprüfung von Werkzeugen und Maschinen nach der Betriebssicherheitsverordnung" Anhänge: Ziele und Verantwortung im Arbeitsschutz (zum Ausfüllen) Checkliste Mindestanforderungen Arbeitsschutz-Dokumentation Prüf- und Wartungsplan Bestätigung der Übertragung von Unternehmerpflichten	Über "Innovation/Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Weitere Gesetze und Verordnungen zum Arbeitsschutz als Downloads: Arbeitsstättenverordnung Arbeitsstättenrichtlinien (Tabelle) zur Arbeitsstättenverordnung Arbeitssicherheitsgesetz Betriebssicherheitsverordnung Bildschirmarbeitsverordnung Persönliche Schutzausrüstung-Benutzerverordnung Biostoffverordnung Geräte- und Produktsicherheitsgesetz Röntgenverordnung	Über "Innovation/Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Leitfaden "In 17 Schritten zum Arbeitsschutzmanagement" mit 32 Anhängen (u.a. Checklisten)	Über "Innovation/Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeitsschutz"

		Arbeitsschutz	Ein Ansprechpartner für Arbeitsschutz Links zu arbeitsmedizinischen Diensten Links zu beratenden Diensten in der Arbeitssicherheit Informationen zu: Fachsicherheitskraft, Brandschutzbeauftragter, Hygienebeauftragter, usw.	Über "Innovation/Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Linkliste: BC-Verlag (Unfallverhütungsvorschriften der BG) Bezirksregierung Düsseldorf (Ausführungen zum Arbeitsschutz) BAuA BMAS Bürgerportal Arbeitsschutz NRW www.gesuenderarbeiten.de www.gesundheit-und-arbeit.de (BG) HVBG LAFA MASQT NRW Netzwerk mehr Gesundheit im Betrieb Staatliches Amt für Arbeitsschutz Mönchengladbach WEKA-Verlag	Über "Innovation/Umwelt" - "Umwelt" - "Linkliste"
		Arbeitsschutz	Merkblätter als Downloads: Betrieblicher Arbeitsschutz Änderungen durch neue Betriebssicherheitsverordnung Bestellung von Fachkräften für Arbeitssicherheit	Über "Innovation/Umwelt" - "Umweltberatung" - "IHK-Merkblätter" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Veranstaltungen: Arbeitsschutz-Sprechtage IHK-Forum Arbeitsschutz	Über "Veranstaltungen" - "Umwelt"

		Gefahrstoffe	Leitfaden "Ermitteln und Beurteilen der Gefährdungen durch Gefahrstoffe am Arbeitsplatz - Erläuterungen der Arbeitsgeberpflichten" mit 10 Anhängen Ansprechpartner Informationen zu Gefahrgutbeauftragten	Über "Innovation/Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeitsschutz"
		Maschinensicherheit	Veranstaltung zur neuen Maschinenrichtlinie	Über "Veranstaltungen" - "Technologie/Multimedia"
19	IHK für die Pfalz	Arbeitsschutz	Informationskreis Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit mit Ansprechpartner	Über "Innovation und Umwelt" - "Veranstaltungen"
		Arbeitsschutz	Auszeichnung mit dem Arbeitsschutzpreis Rheinland-Pfalz 2007 Informationen zur Bewerbung auch als Flyer zum download	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltberatung" - "Arbeitsschutz-/Sicherheit"
		Chemikalien	Veranstaltung: "REACH - von der Theorie zur Praxis" "REACH - Umsetzung in der betrieblichen Praxis" "REACH - Was kommt auf die Unternehmen zu?"	Über "Innovation und Umwelt" - "Veranstaltungen"
		Hygiene	Merkblatt Gaststättengewerbe	Über "IHK A-Z"
		Hygiene	Unterrichtstermine Gaststättengewerbe	Über "IHK A-Z"
		Umweltrecht/Verordnungen	Link zu umwelt-online	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltberatung" - "Umweltrecht"
		Unfallverhütung	Link zu Datenbank (BGVR-Online), dort kostenloser Zugriff auf Unfallverhütungsvorschriften	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltberatung" - "Arbeitsschutz-/Sicherheit"

20	IHK für Rheinhes- sen	Arbeitsschutz/ -sicherheit	Link zu: www.umwelt-online.de	Über "Innovation und Umwelt" - "Um- weltberatung" - "Recht"
		Arbeitssicherheit	Standsicherheit von baulichen Anlagen	Über "Recht und Fair Play" - "Sonsti- ges"
		Chemikalien	Informationen zu REACH (Arbeitsliste wird angekündigt, steht aber nicht online)	Über "Innovation und Umwelt" - "Um- weltberatung" - "Umweltnachrichten"
		Chemikalien	Informationen in "Umweltnachrichten" Link zum Help-Desk Link zu Veranstaltungsangebot (Lehr- gänge) Link zu UMFIS	Über "Innovation und Umwelt" - "Um- weltberatung" - "Umweltnachrichten"
		Chemikalien/Schadstoffe	Informationen in "Umweltnachrichten"	Über "Innovation und Umwelt" - "Um- weltberatung" - "Umweltnachrichten"
		Emissionshandel	Link zu: Website D-Trust Link zu: Deutsche Emissionshandelstel- le	Über "Innovation und Umwelt" - "CO ₂ Emissionshandel"
		Hygiene	Merkblatt Lebensmittelhygiene	Über "Recht und Fair Play" - "Sonsti- ges"
		Lärmschutz	Informationen in "Umweltnachrichten" Link zur neuen Verordnung	Über "Innovation und Umwelt" - "Um- weltberatung" - "Umweltnachrichten"

21	IHK Nordwestfalen in Münster	Arbeitsschutz	Link zu LAfA	Über "Innovation" - "Umwelt" - "Links"
		Arbeitsschutz	Links zu: Arbeitsschutzportal Gemeinschaftsinitiative Gesünder Arbeiten Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz	Über "Unser Service von A - Z"
		Betriebssicherheit	Umsetzungshilfe zur Betriebssicherheitsverordnung: CD-ROM (Arbeitshilfe, Informationsquellen, Checkliste) für 8 Euro bestellbar	Über "Innovation" - "Umwelt" - "Arbeitsschutz/ -sicherheit"
		Chemikalien	REACH: z.B. IHK-eco-News Juli 2007: Informationen Verordnung Online-Lehrgang	Über "Innovation" - "Umwelt" - "IHK-eco-News"
		Chemikalien	IHK-eco-News z.B. Juni 2007 Wasch- und Reinigungsmittelgesetz (Artikel) weitere Informationen und Papier als Download	Über "Innovation" - "Umwelt" - "IHK-eco-News"
		Chemikalien	REACH: DIHK-Studie zu REACH als Download DIHK-Statement zur REACH-Studie als Download	Über "Innovation" - "Umwelt" - "Chemikalien/gefährliche Stoffe"
		Chemikalien	REACH Hilfedokument "Was muss ich wissen?" als Download	Über "Innovation" - "Umwelt" - "Merblätter/Broschüren"
		Emissionen	IHK-eco-News z.B. Juli 2007: Artikel zu Emissionshandel	Über "Innovation" - "Umwelt" - "IHK-eco-News"

		Emissionen	<p>Links zu BMU: "Gesetz zur Änderung der Rechtsgrundlagen zum Emissionshandel im Hinblick auf die Zuteilungsperiode 2008 bis 2012", dort auch weitere Informationen Link zu Deutsche Emissionshandelsstelle Pressemeldung des UBA Fragen und Antworten zum Antragsverfahren im Emissionshandel</p>	Über "Innovation" - "Umwelt" - "Immissionsschutz/Klimaschutz"
		Gefahrstoffe	Gefahrenstoffverordnung (Text und Flyer) als Download	Über "Innovation" - "Umwelt" - "Chemikalien/gefährliche Stoffe"
		Gefahrstoffe	<p>Link zu: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Sämtliche Technische Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) als Download)</p>	Über "Innovation" - "Umwelt" - "Chemikalien/gefährliche Stoffe"
		Geräte- und Produktsicherheit	<p>Geräte- und Produktsicherheitsgesetz als Download Merkblätter zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz als Download Link zum TÜV Rheinland Link zu www.arbeitsschutz.nrw.de (Tipps zum Umgang)</p>	Über "Innovation" - "Downloads"
		Hygiene	<p>Gaststättengewerbe: Informationen zum Infektionsschutzgesetz Infektionsschutzgesetz als Download Ansprechpartner Schulungsmaterialien</p>	Über "Recht" - "Merkblätter"

		Hygiene	IHK-eco-News z.B. Juli 2007: Informationen zu Lebensmittel- Regelungen Artikel in Ausgabe Juni 2006	Über "Innovation" - "Umwelt" - "IHK- eco-News"
22	IHK Offenbach am Main	Arbeitsschutz	eigene Wissensdatenbank	Über "Innovation und Umwelt" - "Um- welt" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Links zu: Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik HVBG	Über "Innovation und Umwelt" - "Um- welt" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Ansprechpartner (aus dem Geschäfts- bereich Wirtschaftspolitik)	Über "Innovation und Umwelt" - "Um- welt" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitssicherheit	Bürger-CERT ("Online-Sicherheitsportal für jedermann)	Über Datenbank "Stichwort Sicherheit"
		Arbeitssicherheit	Qualitätsmanagementsysteme	Über Datenbank "Stichwort Sicherheit"
		Arbeitssicherheit	Zentrale Ansprechstelle für Arbeit- und Umweltschutz der Regierungspräsi- diums Darmstadt Link zur Homepage	Über Datenbank "Stichwort Sicherheit"
		Betriebssicherheit	Umsetzungshilfe zur Betriebssicher- heitsverordnung: CD-ROM (Arbeitshilfe, Informationsquellen, Checkliste) für 8 Euro bestellbar	Über Datenbank "Stichwort Sicherheit"
		Chemikalien	REACH: Veranstaltungsreihe	Startseite
		Chemikalien	Link zum helpdesk (REACH) Informationen zu REACH Link zu ECHA	Über Datenbank "Stichwort Arbeits- schutz"
		Gefahrgut	Informationen zu Gefahrgutbeauftragter und Gefahrgutfahrer Hinweis auf die Datenbank	Über "Innovation und Umwelt" - "Um- welt" - "Gefahrgut"

		Maschinensicherheit	Informationen zur neuen Maschinenrichtlinie Wortlaut der Maschinenrichtlinie als Download 2 Literaturempfehlungen	Über Datenbank "Stichwort Sicherheit"
23	IHK für Niederbayern in Passau	Arbeitsschutz	Broschüren (leider wird diese Seite nicht gefunden/kann nicht geöffnet werden)	Über Suche "Stichwort Arbeitsschutz"
		Arbeitssicherheit	Merkblatt: CE-Richtlinien - Ansprechpartner u. Informationsquellen	Über "Innovation und Umwelt" - "IHK Merkblätter"
		Arbeitssicherheit	Merkblatt: QM-Systeme	Über "Innovation und Umwelt" - "IHK Merkblätter"
		Arbeitssicherheit	Datenbank UMFIS, Schlagwort Arbeitssicherheit/ -schutz, Ergebnis: z.B. Beratungsgesellschaften, Firmen	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt" - "UMFIS"
		Arbeitssicherheit	Weiterbildung: Geprüfte Schutz- und Sicherheitskraft	Über "Weiterbildungsprogramm" - "Stichwort Sicherheit"
		Betriebssicherheit	"Betriebssicherheitsverordnung - eine Umsetzungshilfe" als Download Praktische Umsetzung anhand von Beispielen" als Download Umsetzungshilfe zur Betriebssicherheitsverordnung: CD-ROM (Arbeitshilfe, Informationsquellen, Checkliste) für 8 Euro bestellbar	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt"
		Chemikalien	REACH: ECO-Post Juni 2007: Artikel und link zu reach.info.de	Über "Publikationen" - "Umwelt- und Energieinformationen"
		Emissionen	ECO-Post z.B. Juni 2007: Artikel zu Emissionshandel	Über "Publikationen" - "Umwelt- und Energieinformationen"
		Geräte- und Produktsicherheit	Merkblatt: Geräte- und Produktsicherheitsgesetz	Über "Innovation und Umwelt" - "IHK Merkblätter"

		Hygiene	Lebensmittelsicherheit: ECO-Post März 2007: Artikel und Link	Über "Publikationen" - "Umwelt- und Energieinformationen"
		Maschinensicherheit	Merkblatt: CE-Kennzeichnung von Maschinen als Download	Über "Innovation und Umwelt" - "IHK Merkblätter"
		Produktsicherheit	ECO-Post März 2007: Artikel und Link zu: ec.europa.eu	Über "Publikationen" - "Umwelt- und Energieinformationen"
		Werkstoffe	Merkblatt: Innovative Werkstoffe - neue Materialien	Über "Innovation und Umwelt" - "IHK Merkblätter"
24	IHK Regensburg	Arbeitssicherheit	Datenbank UMFIS, Schlagwort Arbeitssicherheit/ -schutz, Ergebnis: z.B. Beratungsgesellschaften, Firmen	Über "Innovation und Umwelt" - "Energie/Umwelt"
		Arbeitssicherheit	Kostenloser IHK-Arbeitsschutz-Treff am 18. Juli	Über Suche "Arbeitssicherheit"
		Brandschutz	Seminarangebot: "Brandgefahren und Schutzmaßnahmen bei Schweißarbeiten" "Brandschutz im Betrieb"	Über "Weiterbildungskatalog" - "Stichwort Sicherheit"
		Chemikalien	REACH: ECO-Post Juni 2007: Artikel und Link zu reach.info.de	Über "Innovation und Umwelt" - "Energie/Umwelt"
		Chemikalien	REACH: Info-Veranstaltung „Aktuelle Informationen zum EU-Chemikalienrecht“	Über "Veranstaltungen"
		Emissionen	ECO-Post z.B. Juni 2007: Artikel zu Emissionshandel	Über "Innovation und Umwelt" - "Energie/Umwelt"
		Hygiene	Lebensmittelsicherheit: ECO-Post März 2007: Artikel und Link	Über "Innovation und Umwelt" - "Energie/Umwelt"
		Produktsicherheit	ECO-Post März 2007: Artikel und Link zu: ec.europa.eu	Über "Innovation und Umwelt" - "Energie/Umwelt"

25	IHK des Saarlandes	Arbeitssicherheit	Datenbank UMFIS, Schlagwort Arbeitssicherheit/ -schutz, Ergebnis: z.B. Beratungsgesellschaften, Firmen	Start
		Chemikalien	REACH: Informationen Deutsche Sprachfassung als Download Verordnungsentwurf als Download Link zu reach-info-de Arbeitsliste (leider wird diese Seite nicht gefunden/kann nicht geöffnet werden)	Über "Geschäftsbereiche" - "Innovation und Umwelt" - "Verweise"
		Chemikalien	REACH: "REACH in 10 Minuten" "Erste konkrete Schritte"	
		Chemikalien	Lösemittelverordnung als Download Link zu BMU	Über "Geschäftsbereiche" - "Innovation und Umwelt" - "Verweise"
		Emissionen	Link zu DEHSt EU-Richtlinie als Download weitere Informationen (Artikel)	Über "Geschäftsbereiche" - "Innovation und Umwelt" - "Emissionen"
		Gefahrgut	Gefahrgutbeauftragte Link zu Veranstalter	Über "A - Z"
26	IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum	Arbeitssicherheit	Datenbank UMFIS und UMKIS	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltschutz" - "Umweltinformationssysteme"
		betrieblicher Umweltschutz	Arbeitskreis betrieblicher Umweltschutz Stade	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltschutz" - "Betrieblicher Umweltschutz"
		Betriebssicherheit	Umsetzungshilfe zur Betriebssicherheitsverordnung: CD-ROM (Arbeitshilfe, Informationsquellen, Checkliste) für 8 Euro bestellbar	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltschutz" - "Betrieblicher Umweltschutz"

		Chemikalien	REACH: ECO-Post Mai 2007: Link zu reach.info.de	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltschutz" - "ECO-POST"
		Chemikalien	"REACH in 10 Minuten" als Download REACH Hilfe online, Tel-Nr angegeben (Anruf kostenpflichtig) und Hinweise auf Helpdesk der BAuA	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltschutz" - "REACH"
		Emissionen	ECO-Post: Artikel zu Emissionshandel	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltschutz" - "ECO-POST"
		Emissionen	Informationen zu Feinstaub und Hinweis auf Homepage des Umweltbundesamtes	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltschutz" - "Klimaschutz/Luftreinhaltung"
		Emissionen	Artikel zu: Hintergrundinformationen zum CO2-Emissionshandelssystem	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltschutz" - "Klimaschutz/Luftreinhaltung"
		Emissionen	Formulare und Leitfaden für das Bundes-Immissionsschutzgesetz (Print-Version mit CD für 37,45 Euro erhältlich)	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltschutz" - "Betrieblicher Umweltschutz"
		Hygiene	Lebensmittelsicherheit: ECO-Post: Artikel und Link	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltschutz" - "ECO-POST"
		Produktsicherheit	ECO-Post März 2007: Artikel und Link zu: ec.europa.eu	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltschutz" - "ECO-POST"
27	IHK Trier	Arbeitsschutz	Merkblatt: Neuordnung des betrieblichen Arbeitsschutzes	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovation"
		Arbeitsschutz	Arbeitskreis "Arbeitsschutz" (dazu Ansprechpartner, Ziele/Inhalte als Downloads)	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovation"
		Arbeitsschutz	Arbeitsplatzgrenzwerte (TRGS 900) als Download und Artikel	Über "Innovation und Umwelt" - "Information u. Service" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitssicherheit	Vorschriften der BG	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovation"

		Brandschutz	Brandschutzinformationen als Download	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovation"
		Chemikalien	REACH Downloads: "REACH in 10 Minuten" Broschüre: Erste Schritte unter der neuen Verordnung REACH Verordnungstext REACH Verordnungstext im EU-Amtsblatt veröffentlicht DIHK Studie zu den Auswirkungen von REACH REACH - wer hilft weiter Links: Europäische Union, Generaldirektion Unternehmen REACH (EU-Homepage) www.reach-info.de und www.reach-net.com usw.	Über "Innovation und Umwelt" - "Aktuelles"
		Chemikalien	Informations-Veranstaltungen zu REACH:	Über "Innovation und Umwelt" - "Vorträge"
		Chemikalien	REACH: Artikel: "Was kommt auf die Unternehmen zu?" Informationsveranstaltungen alle Vorträge der Veranstaltung auch als Download	Über "Aktuelles"
		Chemikalien	Artikel und Link in "Umweltnachrichten"	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltnachrichten"
		Chemikalien	Leitfaden für Meldungen neuer Stoffe als Download (öffnen leider nicht möglich)	Über "Innovation und Umwelt" - "Information u. Service" - "Arbeitsschutz"
		Emissionen	Artikel DIHK-Broschüre "CO2-Emissionshandel" für 10,00 EUR be-	Über "Innovation und Umwelt" - "Information u. Service" - "Arbeitsschutz"

			stellbar	
		Gefahrstoffe	Artikel Verweist auf europa.eu.int	Über "Innovation und Umwelt" - "Information u. Service" - "Arbeitsschutz"
		Geräte- und Produktsicherheit	Merkblatt: neues Geräte- und Produktsicherheitsgesetz	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovation"
		Maschinensicherheit	Merkblatt: CE-Kennzeichnung auf Maschinen	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovation"
		Maschinensicherheit	Veranstaltung: Novelle Maschinenrichtlinie 2006/42/EG - Neuerungen und Änderungen	Über "Innovation und Umwelt" - "Vorträge"
28	IHK Bodensee-Oberschwaben	Arbeitsschutz	direkter Ansprechpartner Arbeitssicherheit ist eigenes Geschäftsfeld in Innovation und Umwelt	Über "Innovation und Umwelt" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Informationen zu Betriebsärzten, Arbeitssicherheitsfachkraft, Ersthelfer und Betriebsanitäter (mit Links z.B. bg-praevention und Telefonnummern) als Download	Über "Innovation und Umwelt" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Broschüre "Beauftragte nach Arbeits- und Umweltschutzrecht"	Über "Innovation und Umwelt" - "Arbeitsschutz"
		Arbeitssicherheit	Datenbank UMFIS	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltberatung"
		Arbeitssicherheit	Arbeitskreis Arbeitssicherheitsfachkräfte	Über "IHK intern" - "Ausschüsse, Arbeitskreise und Gremien"
		Betriebssicherheit	In Umweltschutznachrichten: Artikel	Über Stichwortsuche Arbeitsschutz
		Chemikalien	REACH: REACH - Grundzüge der neuen europäischen Chemikalienpolitik REACH in zehn Minuten REACH-Checkliste	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltberatung"

		Chemikalien	Link zum REACH Helpdesk des Landesamt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg Link zum Helpdesk der BAuA	Über "Innovation und Umwelt" - "Umweltberatung"
		Chemikalien	In Umweltschutznachrichten: Artikel zu Wasch- und Reinigungsmittelgesetz	Über Stichwortsuche Arbeitsschutz
		Emissionen	In Umweltschutznachrichten: Artikel	Über Stichwortsuche Arbeitsschutz
		Ergonomie	In Info-Letter Arbeitsrecht Artikel über den neuen Leitfaden für Bildschirm und Büroarbeitsplätze und Link zu arbeitssicherheit.de	Über Stichwortsuche Arbeitsschutz
		Lärmschutz	In Info-Letter Arbeitsrecht Artikel über Lärmschutz und Link zu BMBF	Über Stichwortsuche Arbeitsschutz
		Maschinensicherheit	Broschüre zur CE-Kennzeichnung als Download	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovations- und Technologieberatung"
		Maschinensicherheit	In Umweltschutznachrichten: Artikel Hinweist auf Handlungsleitfaden "Maschinen- und Anlagensicherheit (bei BGN als Download)	Über Stichwortsuche Arbeitsschutz
			In Info-Letter Arbeitsrecht Artikel über Arbeitsschutz "Grundsätze der Prävention" und Link zu arbeitssicherheit.de	Über Stichwortsuche Arbeitsschutz

29	IHK Würzburg-Schweinfurt	Arbeitsschutz	Artikel zum Arbeitsschutzmanagement-systems OHRIS und Link zur Gesundheitsinitiative Gesund.Leben.Bayern	Über "Innovation und Umwelt"
		Arbeitssicherheit	Seminarangebot "Verantwortung in Arbeitssicherheit und Umweltschutz"	Über "Innovation und Umwelt" - "Seminare"
		Arbeitssicherheit	Datenbank UMKIS und UMFIS	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt"
		Arbeitssicherheit/QM	Leitfaden "QM für kleine und mittlere Unternehmen"	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovation" - "QM"
		Betriebssicherheit	Seminarangebot	Über "Innovation und Umwelt" - "Seminare"
		Chemikalien	Seminarangebot zu REACH	Über "Innovation und Umwelt" - "Seminare"
		Chemikalien	REACH: Merkblatt als Download EU-Verordnung als Download Links zu: Helpdesk der BAuA reach-net.com BDI VCI reach-info.de	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt"
		Chemikalien	REACH: ECO-Post: Artikel und Link Online-Lehrgang (Umweltamt)	Über "Innovation und Umwelt" - "Umwelt"
		Gefahrstoffe	Seminarangebot	Über "Innovation und Umwelt" - "Seminare"

		Maschinensicherheit	Seminarangebot zu CE-Kennzeichnung	Über "Innovation und Umwelt" - "Seminare"
30	IHK Berlin	Arbeitsschutz	<p>Informationen zu:</p> <p>Baustellenverordnung</p> <p>Lastenhandhabungsverordnung (Link zu BMAS, dort Download)</p> <p>PSA-Benutzungsverordnung (Link zu Bundesministerium der Justiz)</p> <p>Bildschirmarbeitsverordnung (Link zu BMAS, dort Download)</p> <p>Arbeitsstättenverordnung (Link zu BMAS, dort Download)</p> <p>Unfallverhütungsvorschriften der Unfallversicherungsträger (Link zu BMAS, dort Link zu HVBG)</p> <p>weitere Infos zu:</p> <p>Atomgesetz (Link zu gesetze-im-internet.de)</p> <p>Strahlenschutzverordnung (Link zu Bundesministerium der Justiz)</p> <p>Röntgenverordnung (Link zu Bundesministerium der Justiz)</p>	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "Technischer Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Informationen zur Bestellung von Fachkräften für Arbeitssicherheit (Link zu pro.info)	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "Technischer Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	<p>Links zu:</p> <p>Bundesministerium der Justiz</p> <p>Sozialgesetzbuch.de</p> <p>HVBG</p> <p>BAuA</p>	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "Technischer Arbeitsschutz"
		Arbeitsschutz	Links zu zahlreichen Internetadressen zum Thema Arbeitsschutz	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit"

			heit" - "Internetadressen zum Thema Arbeitsschutz"
	Arbeitsschutzmanagement	Link zu BAuA (Arbeitsschutzmanagementsysteme)	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "Technischer Arbeitsschutz"
	Betrieblicher Gesundheitsschutz	Wettbewerb "Potenzial Mitarbeiter - Unternehmen machen Zukunft"	Über "Innovation und Umwelt" - "Gesundheitswirtschaft" - "Betriebliche Gesundheitsförderung"
	Betrieblicher Gesundheitsschutz	Healthy Hotels - Gesundheitscheck für die Hotellerie (Von der AOK, Selbstcheck-CD dort bestellbar)	Über "Innovation und Umwelt" - "Gesundheitswirtschaft" - "Betriebliche Gesundheitsförderung"
	Betrieblicher Gesundheitsschutz	"Selbst-Check-Analyse" für kleine Unternehmen im Berliner Einzelhandel (Von der AOK, Auswertung einer Studie)	Über "Innovation und Umwelt" - "Gesundheitswirtschaft" - "Betriebliche Gesundheitsförderung"
	Betrieblicher Gesundheitsschutz	Veranstaltung zur Studie "Wachstums- und Beschäftigungspotenziale der Gesundheitswirtschaft in Berlin-Brandenburg"	Über "Innovation und Umwelt" - "Gesundheitswirtschaft" - "Veranstaltungen"
	Betriebssicherheit	Informationen zur aktualisierten Leitlinie zur Betriebssicherheitsverordnung	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit"
	Betriebssicherheit	IHK Merkblatt zur Betriebssicherheitsverordnung	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - News" - "Betriebssicherheitsverordnung" - "Mehr zum Thema"
	Betriebssicherheit	Links: Bundesministerium der Justiz LASI (Dort Verordnung und Leitlinie als Download) BAuA	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - News" - "Betriebssicherheitsverordnung" - "Mehr zum Thema"
	CE-Kennzeichnung	Informationen zu CE-Kennzeichnung Broschüre zu CE-Kennzeichnungen für	Über "Innovation und Umwelt" - "Innovationen"

			2,60 Euro bestellbar	
		Chemikalien	REACH: Downloads REACH-Verordnung Musterschreiben für Lieferanten IHK Merkblatt REACH REACH Timetable bis 2008 Frage-Antwort-Katalog (European Chemicals Bureau) Änderungen der Gefahrstoffrichtlinie REACH Links: ECHA Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz BAuA Helpdesk BAuA	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Chemikalienrecht und REACH"
		Chemikalien	Merkblatt zur Chemikalien-Ozonschichtverordnung als Download	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Chemikalienrecht und REACH"
		Gefahrstoffe	Vorträge der IHK- Informationsveranstaltung als Downloads	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Chemikalienrecht und REACH"
		Geräte- und Produktsicherheit	Informationen zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz Richtlinie über allgemeine Produktsicherheit als Download	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "Geräte- und Produktsicherheit"
		Geräte- und Produktsicherheit	Produktinformationen über Produktmängel Leitlinien dazu als Download	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "Geräte- und Produktsicherheit"

		Geräte- und Produktsicherheit	Links: LAGetSi BAuA Europäisches Verbraucherzentrum ICSMS BMAS: Geräte- und Produktsicherheitsgesetz	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "Geräte- und Produktsicherheit"
		Gesundheit	Ansprechpartner für: "Gesundheitspolitik, Standortpolitik, Gesundheitswirtschaft, Biotechnologie, Medizintechnik, e-Health"	Über "Innovation und Umwelt" - "Ansprechpartner"
		Immissionen	Ansprechpartner für: "Wasserwirtschaft, Immissionsschutz, Öko-Audit, Recyclingbörse"	Über "Innovation und Umwelt" - "Ansprechpartner"
		Immissionen	Merkblatt zur Bekämpfung von Staubemissionen durch Baustellen (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung)	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Immissionsschutz"
		Immissionen	Links: Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (Rechtsvorschriften Immissionsschutz und Landes Immissionsschutzgesetz Berlin)	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Immissionsschutz"
		Lärmschutz	Informationen zur neue Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Immissionsschutz"
		Lärmschutz	Stellungnahme der IHK Berlin, HWK Berlin und der Fuhrgewerbe-Innung Berlin Brandenburg e.V. zum Lärminderungsplan Pankow	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Immissionsschutz"
		Lärmschutz	Links: BMAS (Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung) BGIA	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "Technischer Arbeitsschutz" - Lärm- und Vibrationsschutz

		BGZ	
	Maschinensicherheit	Informationen zur Maschinenrichtlinie EG-Maschinenrichtlinie als Download	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "News"
	Maschinensicherheit	Links: Europäische Union ((Richtlinie und Be- rechtigung der Richtlinie als Downlo- ads) BGN (Handlungsleitfaden Maschinen- und Anlagensicherheit als Download) BAuA	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "News"
	Produkthaftung u. Produktsicherheit	NUR FÜR MITGLIEDER	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "Geräte- und Produktsicherheit"
	Produktsicherheit	Link zu ec.europa.eu (DV-System zur Meldung gefährlicher Produkte)	Über "Innovationen und Umwelt" - "Umwelt" - "Arbeits- und Produktsicherheit" - "News"